PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2011-2012 Nr. 31

Ausführlicher Bericht

6. Dezember 2011

VORSITZ: Herr F. SCHRÖDER, Präsident

SEKRETÄRIN: Frau R. STOFFELS

Die Sitzung wird um 17.03 Uhr eröffnet.

ERÖFFNUNG UND ANWESENHEITEN

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ich eröffne die heutige Plenarsitzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Anwesend sind Frau R. ARENS, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, K.-H. BRAUN, R. CHAINEUX, F. CREMER, Frau P. CREUTZ, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren H.-D. LASCHET, A. MERTES, P. MEYER, Frau N. ROTHEUDT, Frau P. SCHMITZ, die Herren F. SCHRÖDER, C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, die Herren A. VELZ und J.-L. VELZ, Herr Ministerpräsident K.-H. LAMBERTZ, die Herren Minister H. MOLLERS und O. PAASCH, Frau Ministerin I. WEYKMANS, die beratenden Mandatare, die Herren D. BARTH und B. LUX.

Entschuldigt sind Frau G. THIEMANN sowie die beratende Mandatarin Frau A. MARENNE-LOISEAU.

Abwesend sind die beratenden Mandatare Herr J. BARTH, Frau M. BONGARTZ-KAUT und Frau C. MARGREVE, die Regionalabgeordneten Frau M. DETHIER-NEUMANN und Herr E. STOFFELS, die Senatorin Frau C. NIESSEN, die Kammerabgeordnete Frau K. JADIN sowie der Europaabgeordnete Herr M. GROSCH.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, möchte ich unserer neuen Föderalregierung, die heute Nachmittag vor Seiner Majestät, dem König, den Eid auf die Verfassung abgelegt hat, recht herzlich gratulieren.

Zur Bewältigung der Finanzkrise und zur Umsetzung der vereinbarten Staatsreform, die für die Zukunft unseres Landes und unserer Deutschsprachigen Gemeinschaft von großer Bedeutung ist, kommt es sicherlich darauf an, besonnen, jedoch entschlossen richtungsweisende Beschlüsse zu fassen. Ich wünsche der neuen Regierung unter Premierminister Elio Di Rupo viel Erfolg!

(*Allgemeiner Applaus*)

DEKRETENTWURF ZUR DRITTEN ANPASSUNG DES DEKRETS VOM 3. DEZEMBER 2009 ZUR FESTLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2010 – DOKUMENT 5-HH2010-3. ANPASSUNG (2011-2012) NR. 2

DEKRETENTWURF ZUR ENDGÜLTIGEN ABRECHNUNG DES HAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2010 – DOKUMENT 6-HH2010-ENDGÜLTIGE ABRECHNUNG (2011-2012) NR. 3

DEKRETENTWURF ZUR ZWEITEN ANPASSUNG DES DEKRETS VOM 9. DEZEMBER 2010 ZUR FESTLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011 – DOKUMENT 5-HH2011-2. ANPASSUNG (2011-2012) NR. 3

DEKRETENTWURF ZUR FESTLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2012 – DOKUMENT 4-HH2012-FESTLEGUNG (2011-2012) NR. 5

DISKUSSION (FORTSETZUNG)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir setzen die allgemeine Diskussion über die dritte Anpassung des Einnahmen- und Ausgabenhaushalts 2010, die Abrechnung des Haushaltsplans 2010, die zweite Anpassung des Einnahmen- und Ausgabenhaushalts 2011 und die Festlegung der Haushaltspläne 2012 mit den Stellungnahmen der Fraktionen zu den Organisationsbereichen 50 und 40 der Haushaltsdokumente fort.

Für die heute vorgesehenen Organisationsbereiche 50 und 40 wurden die Redezeiten auf insgesamt 40 Minuten pro Fraktion festgelegt. Ich erinnere daran, dass innerhalb der einzelnen Diskussionsrunden mehrere Redner derselben Fraktion das Wort ergreifen können; allerdings muss dies hintereinander erfolgen.

ORGANISATIONSBEREICH 50 – GESUNDHEIT UND SOZIALES

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir beginnen mit der dritten Diskussionsrunde, und zwar mit den Stellungnahmen zum Organisationsbereich 50 – Gesundheit und Soziales. Für die CSP-Fraktion hat Herr Meyer das Wort.

HERR MEYER (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Organisationsbereich 50 – Gesundheit und Soziales – hat für das kommende Jahr keine wirklich tiefgreifende Entwicklung erfahren. Man könnte sagen, dass der gesamte Bereich von Knappheit gekennzeichnet ist.

Mit den Reserven von Einrichtungen wie der Dienststelle für Personen mit Behinderung werden derzeit die vorhandenen Haushaltslöcher gestopft. Dadurch werden leider auch wichtige Dienstleistungen für die Schwachen in unserer Gesellschaft eingeschränkt. Diese Entwicklung ist spätestens seit der letzten Haushaltsdebatte bekannt.

Im Hinblick auf die anstehenden großen Herausforderungen im Sozialbereich möchte ich mich in diesem Jahr vor allem auf den Themenbereich des demografischen Wandels konzentrieren. Damit möchte ich jedoch nicht verharmlosen, dass die Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitsbereich immer größer werden. Ich möchte auch vorwegnehmen, dass die CSP-Fraktion die sich zunehmend verschlechternden Zahlen mit Bedauern zur Kenntnis nimmt. Immer mehr Menschen benötigen das Eingliederungseinkommen, das Existenzminimum vom Staat, immer mehr Menschen beantragen Asyl und immer mehr Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind im Rahmen der Integrationsarbeit auf diese Hilfen angewiesen.

Bereits im vergangenen Jahr habe ich davon gesprochen, dass das Budget des ÖSHZ erhöht werden müsste, weil die Herausforderungen immer größer werden. Für eine Oppositionspartei ist es meines Erachtens relativ schwierig, diese Erhöhung zu erreichen. Im letzen Jahr haben wir uns dafür eingesetzt, aber man hat uns klargemacht, dass es schwierig ist, den Haushalt im Sozialbereich zu erhöhen. Wir haben das zur Kenntnis genommen, und wenn ich mich in diesem Jahr auf den Bereich des demografischen Wandels konzentriere, soll das nicht bedeuten, dass diese Herausforderungen nicht auch eine zentrale Rolle spielen. Heute Abend stelle ich die Frage nach den Möglichkeiten, die unsere Gemeinschaft hat oder bietet, um den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft begegnen zu können.

Die finanziellen Handlungsspielräume unserer Gemeinschaft sind sehr eng bemessen, aber das, was in den kommenden Jahren auf uns zukommen wird, ist überwältigend. Dazu möchte ich Ihnen zunächst einige Zahlen nennen: Wurden Frauen im Jahr 1946 durchschnittlich 67 Jahre alt, werden sie im Jahr 2030 durchschnittlich 86 Jahre alt. Bei Männern liegt die Steigerung der Lebenserwartung rund fünf Jahre unter diesem Durchschnitt. Nach den heutigen Erkenntnissen wird sich der Anteil der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2003 beinahe verdoppelt haben. Dies ist insofern positiv zu bewerten, als es der technische und medizinische Fortschritt den Menschen ermöglicht, länger zu leben. Das ist lobenswert, doch müssen wir uns meines Erachtens auf die damit verbundenen Herausforderungen vorbereiten.

Konkret bedeutet das, dass die Altersentwicklung der Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von 2020 bis 2040 große Auswirkungen auf viele Bereiche unserer Gesellschaft haben wird. Der demografische Wandel wird sich bei der Gruppe der Hochbetagten bereits in den unmittelbar bevorstehenden Jahren konkret bemerkbar machen. Der Anstieg der Zahl der Menschen über 85 Jahre ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits bis zum Jahr 2020 stark zu spüren und wird sich bis 2040 kontinuierlich fortsetzen: 2010 waren rund 1.400 Menschen über 85 Jahre alt. 2020 werden es 2.050 Menschen, 2030 sage und schreibe 2.500 Menschen und – kaum zu glauben – 2040 3.300 Menschen sein.

Die CSP-Fraktion erkennt in der Altersentwicklung den größten Handlungsbedarf. Wenn wir einer Überforderung des Sektors entgegenwirken möchten, muss unsere Politik bereits heute den Hebel da ansetzen. Wir benötigen einen globalen Strategieplan, ein sogenanntes Gesamtkonzept, da unsere Gemeinschaft auf die Herausforderungen des demografischen Wandels vorbereitet sein muss. Dieses Konzept muss und kann jedoch nur in enger Kooperation und Absprache und meines Erachtens sogar nur unter Federführung der im Sektor des Sozialbereichs angesiedelten Akteure erarbeitet werden.

Wo sind die Ansatzpunkte? Was ist konkret zu tun? Das Quartierskonzept, die sogenannten Wohnhilfezonen in Eupen, oder das Seniorendorfhaus Schönberg stellen interessante Konzepte für unsere Gemeinschaft dar. Diese beiden Konzepte werden jedoch nicht reichen, wenn wir in den kommenden Jahrzehnten über ein praktikables System zur Bewältigung des demografischen Wandels verfügen möchten. Dabei muss es nicht immer nur um die Infrastruktur gehen. Um die Autonomie älterer Menschen möglichst langfristig zu sichern und dafür zu sorgen, dass sie ihren Lebensabend möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung verbringen können, könnten in unserer Gemeinschaft durch finanzielle Anreize – Stichwort „thematische Prämien" – nach dem Vorbild der Flämischen Gemeinschaft wichtige Steuerungsinstrumente eingeführt werden.

In Flandern besteht im Gegensatz zum Ergebnis einer vor acht Jahren in Auftrag gegebenen Studie bereits eine Pflegeversicherung, die nicht auf föderaler Ebene angesiedelt ist. Dort zahlt die Gemeinschaft im privaten wie im öffentlichen Sektor zusätzliche Prämien, zum Beispiel für einen Zeitkredit oder eine Laufbahnunterbrechung.

Die sogenannte *Vlaamse Zorgverzekering* ist ein interessantes Steuerungsmittel, um den Menschen im Falle von Pflegebedürftigkeit finanziell unter die Arme zu greifen. Worum geht es bei dieser Versicherung? In Flandern können sich Bürger ab dem 26. Lebensjahr einer sogenannten Pflegekasse anschließen. Die eingezahlten Beiträge werden für Beihilfen zu den Unkosten für nicht medizinische Pflege eingesetzt. Wenn der Beitragszahler nun selbst pflegebedürftig wird, erhält er eine Unterstützung für die häusliche Hilfe und Pflege. Es geht hier wohlgemerkt um die Mehrkosten, die aufgrund der Inanspruchnahme zusätzlicher Hilfsleistungen entstehen. Diese Hilfsleistungen werden also durch diese Pflegeversicherung vergütet. Gerade Menschen in finanzieller Notsituation – wir alle wissen, dass viele alte Menschen ihren Lebensunterhalt mit einer kleinen Rente bestreiten müssen – erhalten einen fundamentalen Ausgleich für ihre

Pflegebedürftigkeit. Damit wir uns gut verstehen, möchte ich betonen, dass die medizinischen und die paramedizinischen Leistungen, die derzeit noch vom LIKIV abgedeckt werden, von dieser Vergütung ausgeschlossen sind.

Ich wiederhole: Die Lebenserwartung der Menschen steigt kontinuierlich und damit auch das Risiko, pflegebedürftig zu werden. Herr Minister, wäre die Pflegeversicherung kein probates Mittel, um die Altersarmut einzudämmen und pflegebedürftigen Menschen ein längeres Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen?

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass wir in Belgien und vor allem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind. Dahingegen geht hier die Zahl der unter 18-Jährigen im Verhältnis am stärksten zurück.

Unseres Erachtens sollten wir entgegen dem allgemeinen Trend, dass jede Gemeinschaft immer häufiger ihr eigenes Süppchen kocht, bei gemeinsamen Herausforderungen verstärkt auf gemeinsame Lösungskonzepte setzen. Daher sollten wir einen Anschluss der Deutschsprachigen Gemeinschaft an das bestehende flämische System der Pflegeversicherung ernsthaft prüfen und den Kontakt zu unseren flämischen Kollegen suchen.

Deshalb regt die CSP-Fraktion heute Abend erneut an, im Rahmen der in Ausschuss IV zum demografischen Wandel anberaumten Beratungen Verantwortungsträger der flämischen Pflegeversicherung anzuhören. Meines Erachtens waren die Kollegen der anderen Fraktionen dieser Idee nicht abgeneigt, was uns sehr freut.

Gleiches gilt für die thematischen Prämien für die Laufbahnunterbrechung oder den Zeitkredit. Beides wird in der Flämischen Gemeinschaft bereits umgesetzt. Eines ist sicher: Wer sich in Zukunft um seine pflegebedürftigen Angehörigen kümmert, sollte nicht vor das Dilemma gestellt werden, ob es für ihn aus beruflichen oder finanziellen Gründen verkraftbar ist oder nicht. Wenn wir dazu beitragen können, dass sich jemand um einen pflegebedürftigen Angehörigen kümmert, dann sollten wir diese Chance auch nutzen, denn ein solches Engagement sollte von der Politik honoriert werden. Schließlich ist Eigeninitiative in den kommenden Jahrzehnten gefragter denn je.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf sind nach Angaben der Regierung im neuen Familienkonzept Ansatzpunkte vorgesehen. Wir stellen die Frage: Ist die Regierung bereit, zu diesem Zweck finanzielle Beihilfen zu gewähren? Ein Budget ist dafür im Finanzierungskonzept des Regionalen Entwicklungskonzepts jedenfalls nicht direkt vorgesehen.

Herr Minister, es gibt einige interessante Ansatzpunkte. Dabei denke ich vor allem an Projekte im Bereich der Aufwertung der Pflegeberufe, im Bereich der Präventionsmaßnahmen für Senioren und an die Verbesserung der Angebote im häuslichen, transmuralen und stationären Bereich. Wenn wir diese Herausforderungen bewältigen möchten, wird uns das nach meiner Überzeugung nicht gelingen, indem wir die entsprechenden Zuweisungen mit kleinen Budgets bestücken. Die CSP-Fraktion steht Ihnen zur Seite, um sich in den kommenden Monaten und Jahren gemeinsam mit Ihnen für diese Projekte einzusetzen, und dies neben all den anderen Herausforderungen, die die Gesellschaftsentwicklung mit sich bringt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, auch die Staatsreform wird in diesem Bereich neue Möglichkeiten an die Hand geben. Ich denke beispielsweise an die Übertragungen im Bereich der Präventionspolitik, der Gesundheitspflege, der Familienpolitik, der Mittel für die Seniorenhilfe und an die Vereinheitlichung der Seniorenpolitik und der Langzeitpflege. Hier werden sich neue Ansatzpunkte bieten, die unsere Anregungen möglicherweise umsetzbar machen.

Herr Minister, um auf diesem Gebiet wirklich fit zu sein, müssen wir schon heute Überlegungen anstellen, und das auf möglichst breiter gesellschaftlicher Basis und unter starker Einbeziehung aller privaten Partner im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der CSP*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Werter Kollege, während Ihrer Rede ist, wie alle Jahre wieder, der Nikolaus gekommen. Das muss für Ihre Wünsche ein gutes Omen sein. Dankeschön, Herr Frank! Für die SP-Fraktion hat Frau Stoffels das Wort.

FRAU STOFFELS (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach vielen Monaten der politischen Rangelei und dank des zähen Durchhaltevermögens des jetzigen Premierministers konnte der König heute Nachmittag zur Vereidigung der neuen Regierung schreiten. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen und der neuen föderalen Regierung viel Glück und Erfolg zu wünschen. Unter der Leitung des neuen Premierministers wurde nicht nur ein Regierungsabkommen ausgehandelt und ein Haushalt ausgearbeitet, nein – das ist leider schon fast vergessen –, das Land wurde zudem vor der Spaltung gerettet.

Weil dieser Erfolg mir persönlich so viel bedeutet, habe ich mich dazu veranlasst gefühlt, diesen als Einleitung zu meinem Redebeitrag zu erwähnen, denn alle, die heute nur Kritik vorbringen, sei es im privaten Umfeld oder aber in anderen Parlamenten, sollten nicht vergessen, dass Belgien kurz vor dem Zusammenbruch stand, und das wäre eine echte Katastrophe gewesen. Deshalb wünsche ich dem Premierminister und seiner Regierungsmannschaft viel Erfolg!
(*Vereinzelter Applaus*)

Ich komme nun zu meiner Stellungnahme zum Haushalt: Ich möchte vorwegnehmen – und es wird Sie sicher nicht verwundern –, dass die SP-Fraktion die Maßnahmen im Organisationsbereich 50 gutheißt. Mit der vorgeschlagenen Bestückung der einzelnen Programme und Zuweisungen können, trotz des aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise erneut erforderlichen Sparhaushalts, die wichtigsten und in ihrer Zahl mittlerweile
sehr beachtlichen Projekte, Dienstleistungen und Angebote im Familien-, Behinderten-, Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsbereich gefestigt werden. Wir finden, dass dies in der heutigen Zeit schon eine gute Nachricht ist.

Wir brauchen keine Dienstleistungen zu streichen. Im Gegenteil, wir werden unser Ziel, die Effizienz unserer Dienstleistungen zu verbessern, nicht aufgeben. Dies zeigen die im Ausgabenhaushalt erneut vorgesehenen Mittel für Fort- und Weiterbildungen sowie für Gutachten und Evaluierungen. Geplant sind darüber hinaus eine Reihe von Informationsveranstaltungen, Sensibilisierungskampagnen, Partizipationsveranstaltungen und Bürgerforen im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzepts.

Dank ausgezeichneter Fort- und Weiterbildungen kann gewährleistet werden, dass die Familien und Senioren, die Alleinerziehenden, die Kinder und Jugendlichen sowie die Personen mit einer Behinderung in unserer Gemeinschaft auch weiterhin qualitativ hohe Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Auch Menschen, die in eine Krisensituation geraten, sollen in Zukunft die Möglichkeit erhalten, sich mit einem auf sie zugeschnittenen Hilfsangebot so schnell wie möglich aus ihrer misslichen Lage zu befreien.

Bedingt durch den gesellschaftlichen Wandel läuft natürlich auch in unserer Gemeinschaft nicht alles nach Plan und gibt es noch Lücken in unserem Dienstleistungsangebot. Es stellt sich die Frage, wie wir diese Lücken auch in Anbetracht der dafür erforderlichen Mittel möglichst effizient schließen können. Diese Frage beschäftigt nicht nur die Politik, sondern auch die Dienstleister sehr. Deshalb müssen nicht nur die Regierung, das Parlament und die Mitarbeiter des Ministeriums, sondern oftmals auch die Dienstleister Reisen unternehmen, um sich andernorts Modelle anzuschauen, die für unsere

Gemeinschaft in Frage kommen könnten. Das war in der Vergangenheit so, und das soll auch in Zukunft so sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, auch bei den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich außerhalb unserer Gemeinschaft mit viel Motivation informieren und so manches Mal mit guten Ideen reich beladen zurückkehren. Es mag sein, dass nicht alle Ideen eins zu eins umgesetzt werden können. Erfahrungsgemäß können jedoch oft Elemente für ein passgenaues Angebot hier vor Ort verwendet werden. Glücklicherweise verfügen wir mittlerweile über gute Kontakte im In- und Ausland, durch die ein großes Netz entstanden ist, das uns bei der Suche nach guten Referenten und Partnern für neue Projekte nützlich ist.

Damit wir passgenaue Angebote schaffen können, müssen wir die aktuelle Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfassen. Dafür benötigen wir genaue Daten, die uns etwa die von Mai bis Juni 2011 bei 1.013 Personen telefonisch durchgeführte Meinungsumfrage lieferte. So konnte zum Beispiel in Erfahrung gebracht werden, dass es sich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gut leben lässt und man gerne hier zu Hause ist. Neben der positiven Erwartungshaltung der Bevölkerung wurde allerdings auch deutlich, dass die Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wenig bekannt sind. Demzufolge gilt es noch mehr als bisher, die verschiedenen Möglichkeiten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft bietet, bekanntzumachen.

Für die Meinungsbildung sind Bürgerforen und Gutachten notwendig, zum Beispiel das Bürgerforum „Generationen in Aktion" oder die sehr interessante Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Medienkonsum, zu den Schulleistungen und zu den Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Im Rahmen des vom Beirat für Familien- und Generationenfragen organisierten Bürgerforums „Generationen in Aktion" wurde klar, dass besonders Vorurteile das Miteinander von Jung und Alt prägen. Ein Lösungsansatz, so ein Fazit des Forums, bestehe darin, die Möglichkeit einer außerfamiliären Kooperation zu suchen. Neben verschiedenen Initiativen, wie zum Beispiel dem Austausch zwischen Grundschulen und Seniorenheimen, die viel zu selten ergriffen würden, müsse eine gute und weiterführende Idee institutionalisiert werden.

Eine Initiative, die wir alle ergreifen können, wurde bei diesem Bürgerforum ebenfalls hervorgehoben: Frühzeitig an das Altern denken. Die Menschen sollen in vielerlei Hinsicht ermutigt werden, daran zu denken, dass sie eines Tages älter werden, beispielsweise bei der Einrichtung ihrer Wohnung. Dieses kleine Beispiel zeigt die Notwendigkeit und die Nützlichkeit solcher Veranstaltungen.

Die KFN-Studie, die vor einigen Tagen im Ministerium vorgestellt wurde, hat uns meines Erachtens alle überrascht. Wer hätte beispielsweise gedacht, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Gewaltverhalten in Familien und im Jugendalter so weit verbreitet ist? Fast 20 % der Jugendlichen haben in den letzten 12 Monaten einem anderen Kind wehgetan oder es verletzt, und von diesen 20 % haben wiederum 20 % ihrem Opfer einen derartigen körperlichen Schaden zugefügt, dass es ärztlich behandelt werden musste. War uns zudem vor der Veröffentlichung der Studienergebnisse klar, dass etwa jeder 12. männliche Jugendliche von Computerspielen abhängig beziehungsweise stark suchtgefährdet ist? Diese beliebig aus der Studie zitierten Beispiele zeigen die Wichtigkeit solcher Untersuchungen auf. Mittel, die für diese Zwecke eingesetzt werden, sind gut eingesetzte Mittel. Mit den Ergebnissen solcher Studien können, ja müssen wir politisch arbeiten.

Die Passgenauigkeit von Angeboten erst auszuloten, ist ebenfalls ein wichtiges Instrument zur Gestaltung einer sinnvollen Politik. Als Beispiel möchte ich den Eltern-Kind-Treff in Kelmis nennen, um dessen Fortbestand die Frauenliga im Sommer noch bangte und der jetzt als Pilotprojekt realisiert wird. Unter Einbeziehung und Begleitung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung (ISM) in Mainz wird ein „Haus der

Familie" entstehen, in dem unterschiedliche Angebote für Familien unter einem Dach vereint werden. Somit wird in diesem Haus allen Familien die Möglichkeit geboten, mit ihren Sorgen und Nöten, aber auch mit ihren Fragen und Bedürfnissen vorstellig zu werden und kompetente Ansprechpartner zu finden.

Analog zum „Haus der Familie" in Kelmis möchte ich auf ein anderes sehr interessantes Projekt zurückkommen, nämlich auf das Seniorendorfhaus in Schönberg. In diesem Haus können Menschen im Seniorenalter tagsüber mit Gleichaltrigen zusammenkommen und werden dort betreut, begleitet und altersgerecht beschäftigt. So erfahren diese Menschen eine interessante Abwechslung, und die betreuenden Angehörigen kommen derweil in den Genuss einer willkommenen Verschnaufpause.

Dank unserer guten Kontakte zum deutschsprachigen Ausland wird im kommenden Jahr ein weiterer Modellversuch starten. In Begleitung von Herrn Professor Mennemann von der KFA Münster soll ein neues Konzept ausprobiert werden, mit dem Familien mit vielfältiger Problembelastung schneller und effektiver geholfen werden kann. Wir hoffen, dass dieses neue Projekt vor allem im Sinne der Familien erfolgreich sein wird.

Obwohl schon viel getan wird, bleibt immer noch viel zu tun. So enthält das Regionale Entwicklungskonzept ambitionierte Pläne für die Zukunft, die im Bereich Gesundheit und Soziales bis zum Jahr 2025 vorgesehen sind. Um die gesteckten Ziele zu erreichen, müssen viele Wege beschritten werden. Unter anderem wird es darauf ankommen, bestehende soziale Dienstleistungsangebote stärker zu vernetzen und Organisationsformen zu optimieren.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bei allen Anstrengungen, die Situation der Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verbessern, und bei allen dafür erforderlichen finanziellen und materiellen Mitteln wollen wir nicht vergessen, was schon alles auf den Weg gebracht und inzwischen realisiert wurde. Viele Dienstleistungen und Strukturen wurden geschaffen. Viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen täglich, teils aufopfernd, ihre Pflicht. Viele Menschen gehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihrer Arbeit nach und stehen hier in Lohn und Brot. Daneben gibt es eine große Zahl ehrenamtlich Tätiger, die das gesellschaftliche Zusammenleben bereichern. Kurz: Es gibt zwar noch viel zu tun, aber es wurde auch schon eine ganze Menge getan.

Aus den Medien erfahren wir täglich von Krisen. Da ist die Rede von der Finanzkrise, von der Bankenkrise, von der Wirtschafts- und von der Schuldenkrise. Überall hört man nur von Krisen. Man könnte meinen, dass all die Krisen kaum noch Platz zum Leben lassen. Trotz aller Krisen würde ich gerade an dieser Stelle sagen, dass wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gut aufgestellt sind. Es gibt keinen Stillstand, und wir sind vor allem gewillt, die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch weiterhin zu gestalten, und zwar zum Wohle der Menschen. Wir planen die Zukunft gemeinsam mit vielen Akteuren, mit all denen, die Ja sagen zu unserer Gemeinschaft, die Ja sagen zu einer Mitmachgesellschaft, in der man sich nicht nur versorgen lässt, sondern auch bereit ist, mitzusorgen und sich beruflich oder ehrenamtlich einzubringen. Wir planen die Zukunft gemeinsam mit jenen, die sagen: Gemeinsam werden wir das schaffen! Und so lautet meine Devise: Und jetzt erst recht! Deshalb stimmt die SP-Fraktion dem Haushaltsentwurf zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der SP*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! PPP: Prävention, Partnerschaft, Partizipation. Das war unsere Forderung vor einem Jahr. Ich möchte durch diese Brille einige Entwicklungen des Organisationsbereiches 50 bewerten. Als da wären: ein Jugendhilfeforum mit ca. 70 Akteuren, ein Konzept zur Familienpolitik, ein Konzept zur Seniorenpolitik für 2013, ein Projekt für Netzwerkarbeit mit Familien mit vielfältiger Belastung.

Ja, Minister Mollers lässt den Willen erkennen, an mittel- bis langfristiger Prävention zu arbeiten und sich dafür mit vielen Menschen zu konzertieren. In Arbeitsgruppen oder Foren werden Situationsbilder erstellt und Vorschläge formuliert. Das ist in unseren Augen positiv.

Der Eltern-Kind-Treff in Kelmis wird dank der Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einem Pilotprojekt, aus dem Erkenntnisse für die Zukunft gewonnen werden sollten. Es laufen konstruktive Gespräche zwischen Ministerium, Minister und anderen offenen Treffs im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bis zum Süden ist diese Offenheit leider noch nicht durchgedrungen.

Wichtig ist für uns: Minister Mollers hat geäußert, dass er eine dekretale Basis für die Förderung dieser Einrichtungen schaffen will. Herr Minister, werte Kolleginnen und Kollegen, die ECOLO-Fraktion hat im September dieses Jahres genau diese Entwicklung gefordert. Wir sind zufrieden, damit offene Türen einzulaufen. Zurzeit konzertieren wir uns fleißig mit Betroffenen. Sie können in den nächsten Monaten von ECOLO einen Vorschlag erwarten.

Es gibt also Ansätze von Prävention, partnerschaftlichem Umgang und Partizipation, und dennoch gehen diese Ansätze uns nicht weit genug oder werden nicht konsequent genug praktiziert. Es werden viele Menschen gehört bei der Situationsanalyse, z. B. bei den Familien mit vielfältiger Belastung, oder beim familienpolitischen Konzept. Dann wird dieses Einbeziehen der Betroffenen jedoch unterbrochen. Alle wissen, dass sich etwas tut. Das wird ja kommuniziert. Viele wissen, dass es sie direkt betreffen wird. Was sich tut, ist aber eine Blackbox. Das bringt Unruhe und Verunsicherung im Sektor. Es entstehen Bilder und Vermutungen: Werden wir verplant? Wieso dürfen wir nicht mehr mitreden? Nimmt man uns Fachleute nicht ernst? ECOLO kritisiert diesen Leerlauf in der Kommunikation.

Ich nehme als Beispiel die Netzwerkarbeit. Dabei handelt es sich um ein Projekt, das ein Jahr lang als *die* neue Methode angekündigt wurde. Herr Minister Mollers: Wie oft haben Sie in diesem Jahr mit Verantwortlichen von nicht ministeriumseigenen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Ihre Pläne gesprochen? Was wissen die ÖSHZ, die Beratungsstellen, die PMS-Zentren u. a. bisher davon? Haben Sie nach deren bisherigen Erfahrungen mit Netzwerkarbeit und nach deren fachlichem Wissen gefragt? Was wissen die befragten Familien davon?

Im Ausschuss wurde uns ein fertiges Konzept vorgestellt, das ab kommendem Monat und über ein Jahr viele Einrichtungen, Leitungen und Personalmitglieder einplant. Ich kritisiere hier nicht die Inhalte, wohl aber die Vorgehensweise, die die Akzeptanz des Projekts erschweren wird. Jede seriös arbeitende Dienststelle – und davon haben wir viele – hat im Dezember die Schwerpunkte für die Arbeit, die dazu gehörende Weiterbildung und auch die entsprechende Zeit geplant. Es ist nicht seriös, wenn Sie, Herr Minister, jetzt mit einem zeitintensiven Projekt kommen, das in einem Monat beginnen soll. Hätten Sie die Einrichtungen nicht früher einbeziehen können?

Andere Frage: Wie haben Sie das Einbeziehen der betroffenen Familien geplant? Wie und wann werden diese in die Bewertung des Projekts einbezogen? Schließlich haben sie in der Anfangsphase mitgearbeitet. Über diese Aspekte wurde bei der Vorstellung kaum etwas gesagt. Da gibt es noch Nachbesserungsbedarf. Wir hoffen, dass das für die kommenden Konzepte anders laufen wird. Wie oft haben Sie beispielsweise mit den Akteuren der Kleinkindbetreuung, der PMS-Zentren oder mit Elternräten über das Familienkonzept gesprochen? Sie sehen es gibt noch viele Fragen. Wir würden uns wünschen, dass Ihre Bemühungen in diese Richtung noch ein gutes Stück weitergehen.

Ich werde jetzt einige Themen nennen, die für die ECOLO-Fraktion zu den Prioritäten im Gesundheits- und Sozialbereich gehören. Erstens, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Sozialdiensten und Schulmilieu, nicht nur in der Jugendhilfe, sondern auch

allgemein. Beim Jugendhilfeforum wurde der Ruf nach Erziehern und Sozialarbeitern im Schulmilieu laut. Die Planungen zur Umstrukturierung der PMS-Zentren können zu dieser Kooperation beitragen. Sie werden aber nicht die alleinige Lösung sein. Die von Herrn Braun gestern geforderte bildungspolitische Debatte sollte unserer Meinung nach diese Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Bildungspolitik berücksichtigen. Zweitens, bei der Planung der Seniorenpolitik wird der Ruf nach alternativen Wohn- und Begleitstrukturen laut. Meine beiden Kollegen haben es eben schon angesprochen. ECOLO schlägt als Ziel vor, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis 2014 ein bis zwei Pilotprojekte für die verschiedenen Modelle – Betreutes Wohnen, Seniorenhaus, Quartierskonzept, Mehrgenerationenhaus, Wohngemeinschaften – gibt. Ein interessantes Modell wurde mit der Planung des Dorfhauses Schönberg gestartet, das dank einer Kooperation zwischen Familienhilfsdienst und ÖSHZ möglich wird. Betreutes Wohnen gibt es bereits. In der Wallonischen Region wird im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus ein Projekt für „soziale betreute Wohneinheiten" *(résidences-services sociales)* entworfen. Der zuständige Minister Nollet sagte uns, dass er mit Ihnen, Herr Minister Mollers, zwecks Kooperation mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Kontakt aufgenommen habe. Hoffentlich kann dadurch auch Menschen mit kleineren Einkommen das Betreute Wohnen leichter zugänglich gemacht werden.

Das Quartierskonzept ist angekündigt und die Deutschsprachige Gemeinschaft hat finanzielle Unterstützung vorgesehen. Gewisse Wohnzonen sollen bewusst so gestaltet werden, dass sie sowohl junge als ältere Menschen anziehen. Die gegenseitige Hilfe und nachbarschaftliche Unterstützung wird gefördert. Professionelle Dienste können diesen gesellschaftlichen Prozess unterstützen. Professionelle Dienstleistungen werden da angeboten, wo Bedarf ist. Das ist ein zukunftsträchtiges Modell. Die konkrete Verwirklichung des Quartierskonzepts in Eupen scheint aber bisher auf sich warten zu lassen. Zumindest gibt es noch nichts Konkretes zu vermelden. Kann die Deutschsprachige Gemeinschaft da eine aktivere Rolle einnehmen?

Für ECOLO sollten Politik und Ministerium Anstöße zur Verwirklichung neuer Modelle geben und die Prozesse mit ihrem Know-how begleiten. Wenn solche Modelle einmal in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gestartet sind, werden sie von allein Kreise ziehen und sich je nach Bedarf entwickeln. Da sind dann auch Privatinitiativen gefragt.

Ja, es gibt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft viele Baustellen, an denen gearbeitet wird. Wir kritisieren, dass es keine klaren Zahlen und keine definierten Ziele gibt. Wo wird voraussichtlich was und wie viel gebraucht? Hoffentlich wird uns das seniorenpolitische Gesamtkonzept 2013 mehr Klarheit bringen.

Bei den Besuchen von Ausschuss IV in den Beschützenden Werkstätten wurde die große Integrationsarbeit deutlich, die von diesen Betrieben geleistet wird. Mehr als 250 Menschen mit einer körperlichen, geistigen, psychischen oder sozialen Einschränkung finden dort einen Arbeitsplatz. Das ist ein Stabilisierungsfaktor in deren Leben. In den letzten Jahren sind Anstrengungen von den Beschützenden Werkstätten gefragt worden, die zum Ziel hatten, ihre klassische Zielgruppe mit der der Solidarwirtschaft zu verbinden. Erster Beweggrund dafür ist ein finanzieller. Das erlaubt es, Mittel aus verschiedenen Kassen und auch vom Föderalstaat abzurufen. Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden. Dieses gemischte Publikum stellt aber die Verantwortlichen und das Personal der Werkstätten vor große Herausforderungen. Der Betreuungsschlüssel wurde nicht entsprechend angepasst. Das vorhandene Personal muss mehr Menschen betreuen und gleichzeitig die Schwierigkeit dieser zunehmend gemischten Gruppen in Kauf nehmen. Das ist eine bedrohliche Entwicklung. ECOLO sagt Ja zur Kombination von Solidarwirtschaft und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Wir sagen Nein dazu, diese Entwicklung auf dem Rücken der Verantwortlichen und Betreuer und schließlich der dort arbeitenden Menschen zu betreiben.

Zuwanderung spielt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zunehmend eine Rolle. Damit das Miteinander der verschiedenen Kulturen gelingen kann, braucht es politische Maßnahmen. ECOLO plädiert für eine Integrationspolitik nach den Prinzipien „fördern" und „fordern". Das Erlernen der Sprache ist dafür ebenso eine Grundbedingung wie das Vorhandensein von entsprechenden Kursen. Wir wollen eine Gemeinschaft, die Menschen aufnimmt. Zusammenleben geht nur, wenn die hiesige Bevölkerung und die Zugezogenen natürliche Begegnungsorte haben. Wenn die Bereitschaft, voneinander zu lernen, auf beiden Seiten besteht. Das Zusammenleben der Kulturen wird bei der regionalen Entwicklung ein Schwerpunktthema sein. Daran kommen wir nicht vorbei. Im REK steht dazu aber nichts. In dieser Hinsicht muss nachgebessert werden, denn da hinkt die Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch hinterher.

Der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung bleibt ein wichtiges Thema. Dass das bestehende Angebot nicht reicht, wird an den Wartelisten deutlich. Die Frauenliga hat es letzte Woche in der hiesigen Presse deutlich veranschaulicht. Es wird immer schwieriger, neue Tagesmütter zu finden. Das hat sicher auch mit dem noch ungenügenden Sozialstatut der Tagesmütter zu tun. Vielleicht müssen wir uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehr darauf einstellen, andere kollektive Betreuungsmodelle zu finden.

Wenn Minister Mollers eine Krippeninitiative für den Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft ankündigt, finden wir das positiv. Wenn das Ausbauprojekt für das RZKB und damit für die Krippe in Eupen aus dem Infrastrukturplan verschwindet, dann ist das ein negatives Zeichen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat dieses Projekt nicht gestrichen. Das Problem scheint zu sein, dass der Ausbau an der vorgesehenen Stelle nicht möglich ist. Aber daran darf ein so wichtiges Projekt nicht scheitern. Wir fordern die Deutschsprachige Gemeinschaft auf, aktiv und gemeinsam mit dem RZKB und gegebenenfalls mit der Stadt Eupen nach angepassten Lösungen zu suchen. Die räumliche Enge im bestehenden Gebäude des Regionalen Zentrums für Kinderbetreuung ist wirklich bedrückend und meines Erachtens einer Qualitätsarbeit nicht förderlich.

Zum Schluss möchte ich kurz auf die anstehenden Herausforderungen im Gesundheits- und Sozialbereich eingehen, die durch die Staatsreform auf uns zukommen. Mit der Übertragung der Krankenhauspolitik erhält die Deutschsprachige Gemeinschaft ein zentrales Instrument für die Planung der Gesundheitsversorgung. Die Überlegungen zur Zukunft unserer Krankenhäuser beinhalten viele Fragen: Was können wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft abdecken? Wie positionieren sich unsere Krankenhäuser im Vergleich zu den größeren, spezialisierten Kliniken im nahen Umfeld? Andere Fragen sind gemeinschaftsinterner Art: Wie wird die Kooperation zwischen den hiesigen Kliniken gestaltet? Wie können sie Angebote aufbauen, die sich gegenseitig ergänzen? Welchen Platz nehmen sie in der allgemeinen medizinischen Versorgung ein? Wie gestalten wir die Kooperation mit den Allgemeinmedizinern und mit anderen Gesundheitsdienstleistern? Wie können wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Gesundheitsdienstleistungen für die Zukunft absichern? Gleichzeitig werden wir zuständig für die gesamte Gesundheitsvorsorge sein. Es wird also möglich sein, eine ganzheitliche Sicht zum Gesundheitsbereich zu entwickeln. Das ist eine große Chance.

Der Erhalt der Gesundheit im Sinne eines körperlichen und seelischen Wohlgefühls ist ein zentraler anzustrebender Wert. Ihr Erhalt und die Absicherung der Gesundheitspflegeleistungen gehen uns alle an. Bei der Entwicklung dieser Zukunftsvisionen wird es darauf ankommen, die Blickwinkel der Politikverantwortlichen, der Fachleute und der Patienten oder Nutznießer dieser Dienstleistungen zusammenzubringen. Hier geht es nicht um Rivalität und Konkurrenzdenken. In diesem System wird für jeden ein Platz sein. Wichtig ist, gemeinsam Zukunftskonzepte zu entwickeln und dann den Platz der einzelnen Akteure festzulegen. Es wird also nicht ausschließlich um Überlegungen zur Absicherung der Krankenhausstandorte gehen. Dieses Projekt ist im REK für 2012 vorgesehen. Diese Überlegungen müssen auf breiterer

Basis geführt werden. ECOLO bedauert, dass die Kosten für die externe Beratung hinsichtlich dieser Überlegungen im Haushalt nicht abgesichert sind. Wir glauben, dass dieser Prozess aufgrund seiner Komplexität dringend eine fachliche Beratung braucht.

Die Übertragung der Altenheimpolitik und der Beihilfe zur Unterstützung von Betagten stellt eine ähnliche Herausforderung dar und sollte nach dem gleichen Modell vorbereitet werden.

In Bezug auf die Kinderzulagen stellt ECOLO sich vor, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft sich einen genügend langen Übergangszeitraum einräumt, bevor sie Änderungen im bestehenden System anbringt. Das heißt nicht, dass wir unbedingt für das Beibehalten der aktuellen Bedingungen sind. Die Kinderzulagen sind ein wichtiges Instrument, das wirklich gut, gründlich und langfristig durchdacht und überprüft werden sollte, um daraus ein möglichst gerechtes und unterstützendes Instrument für eine moderne Familienpolitik zu machen.

ECOLO ist zufrieden, dass das Parlament eigene Initiativen im Hinblick auf einen Dialog mit Fachleuten und betroffenen Menschen ergreifen wird. Wir sind überzeugt, dass diese Initiative einen wichtigen Baustein für die Erarbeitung von spannenden Konzepten für die neuen Kompetenzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft darstellen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei ECOLO*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Keul das Wort.

HERR KEUL (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Zum Organisationsbereich 50 – Gesundheit und Soziales – möchte ich in meiner heutigen Stellungnahme schwerpunktmäßig auf die Seniorenpolitik und das Gesundheitswesen eingehen.

Wer von Seniorenpolitik spricht, ist verpflichtet, sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auseinanderzusetzen. Es ist unumstritten, dass dieser einen erhöhten Bedarf an ausgebildetem Pflegepersonal mit sich bringt und demnach eine enorme finanzielle Herausforderung für die öffentliche Hand, die auch zeitgleich Impulsgeber für neue Initiativen sein soll, darstellt. Um diese Herausforderung zu meistern, bleibt es wichtig, gut vorbereitet zu sein und zukunftsorientiert zu agieren. Wir müssen schon heute Weichen stellen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Wir dürfen nicht den Fehler machen, den demografischen Wandel als ein reines Problem der Zukunft zu sehen. Wer die Deutschsprachige Gemeinschaft zukunftsfähig machen will, der muss im Hinblick auf den demografischen Wandel schon heute aktiv werden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat bereits einige Weichen gestellt.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mit der sechsten Staatsreform noch mehr Befugnisse im Bereich der Senioren- und Familienpolitik erhalten wird, werden wir bald noch mehr Hebel in der Hand haben, um eine noch gezieltere und für die Deutschsprachige Gemeinschaft angepasste Politik zu gestalten .

Wie erwähnt, sind in diesem Bereich bereits erste Schritte unternommen worden. Die in der letzten Legislaturperiode in die Wege geleitete Reform der häuslichen Hilfe zeugt vom resoluten Willen der Regierung, angepasste Antworten auf den sichtbaren Wandel in unserer Gemeinschaft zu geben. Eines muss uns klar sein: Wir können nicht alle Senioren in Alten- oder Pflegeheimen unterbringen. Das Ziel der Reform der häuslichen Hilfe war es, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Senioren so lange wie möglich selbstständig zu Hause leben können. Die aufsuchende Arbeit, die vom zuständigen Dienst *Eudomos – Ihr häuslicher Begleitdienst* gewährleistet wird, ist ein Schlüsselfaktor, um dieses Ziel zu erreichen. Die individuelle und professionelle Gesamtberatung entlastet

nicht nur unsere Pflegeeinrichtungen, sondern nimmt darüber hinaus vielen Senioren die Angst vor dem Altern.

Die Pflegebedürftigkeit an sich beinhaltet mehrere Facetten. Neben dem Projekt zur Betreuung kranker Kinder, das es Eltern ermöglichen soll, ihrem Beruf nachzugehen und für diesen Zeitraum ihr krankes Kind in Obhut zu geben, ist außerdem ein Seniorenhaus in Schönberg geplant, was auch meine Vorrednerinnen bereits erwähnten. Dieses Pilotprojekt verschreibt sich ebenfalls der Philosophie, ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu halten. Viele von ihnen müssen nicht unbedingt eine Komplettbetreuung eines Altenheims in Anspruch nehmen. Eine Unterstützung im Alltag oder ein Beschäftigungsangebot im heimischen Lebensumfeld reicht oft aus, um den Lebensabend der Senioren zu gestalten. Bei all diesen Angeboten scheint mir auch wichtig zu sein, dass wir unsere älteren Mitmenschen dabei nicht entmündigen oder bevormunden. Das Seniorendorfhaus ist ein Angebot ohne Verpflichtungen und ohne Stigmatisierungen. Diese Art von Pilotprojekten müssen wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vermehrt fördern. Diese Art von neuen und zukunftsorientierten Wohnformen müssen wir unterstützen. Die Gestaltung des demografischen Wandels ist nicht alleine eine Aufgabe der zuständigen Behörden, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn diese Entwicklung betrifft uns letzten Endes alle.

Uns Liberalen ist es seit jeher ein Bedürfnis, allen Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Das Ziel, jedem möglichst lange ein möglichst autonomes Leben zu Hause zu gewährleisten, verschreibt sich diesem Gedanken.

Das Dorfhaus in Schönberg soll als Tagesstätte dienen und bis zu 15 Personen Platz und die erforderliche Begleitung und altersgerechte Beschäftigung bieten. Der Senior wird in seiner Gesamtheit wahrgenommen. Im kommenden Jahr soll das Dorfhaus seine Tätigkeiten aufnehmen. Ich bin gespannt, wie dies angenommen werden wird.

Das Programm 11 – Familie und Senioren – umfasst für das Haushaltsjahr 2012 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5.832.000 Euro und Ausgabeermächtigungen in Höhe von 5.227.000 Euro und ist Beweis dafür, dass die Sozialpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, trotz Sparhaushalt, vorrangig ist.

Noch ein Wort zur Behindertenpolitik (Programm 13): Es ist beeindruckend zu sehen, dass innerhalb unserer kleinen Gemeinschaft kein Bürger außen vor gelassen wird. Das REK sieht beispielsweise das Zukunftsprojekt *Vielfalt erwünscht* vor, das sich die soziale Einbindung aller Bürger zum Ziel gesetzt hat. Für die Umsetzung dieses Projekts wurden bereits erste Mittel vorgesehen. Dieser erwünschten Vielfalt verschreibt sich meines Erachtens auch das Vorhaben, die Grundschule für differenzierten Unterricht in Elsenborn, der Primarschule von Bütgenbach anzugliedern. Kein Kind, egal ob mit oder ohne Behinderung, sollte in irgendeiner Weise in der Gesellschaft stigmatisiert oder ausgeschlossen werden. Sicherlich ist diese Zusammenlegung nicht nur eine logistische Herausforderung, auf die mein Kollege Dannemark gestern hingewiesen hat, sondern auch eine Herausforderung für das Lehr- und Schulpersonal. Dennoch ist sie der richtige Schritt, denn in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist Vielfalt erwünscht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, erlauben sie mir zum Abschluss meiner Intervention noch einige Bemerkungen zum Gesundheitswesen, dem Programm 16. Zwar wurden die Zuweisungen für die allgemeinen laufenden Ausgaben gekürzt, dies ist aber eher die Folge der Evaluierung der Entwicklung bestimmter Kosten, die in den letzten Jahren reduziert wurden. Für die Fortbildungen der Notärzte, Sanitäter, Seniorenbetreuer, Krankenpfleger, Hebammen und des medizinischen Hilfspersonals sieht der Haushalt 2012 290.000 Euro vor. Diese Subventionen kommen größtenteils dem KPVDB zugute.

Wir begrüßen die Initiative, in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule Weiterbildungen anzubieten, da sie dem Pflegepersonal die Möglichkeit geben, neuste Pflegetechniken zu erlernen. Die Rolle des KPVDB innerhalb des Kranken- und Pflegesektors wird immer wichtiger. Er ist nicht nur der Berufsverband und die Interessenvertretung seines Sektors, sondern nimmt eine immer wichtigere und zentralere Funktion bei der Professionalisierung unseres Kranken- und Pflegepersonals

ein. Die zahlreichen vom KPVDB angebotenen Aus- und Weiterbildungen zeugen von dieser Entwicklung.

Des Weiteren sind die Modernisierung und der Ausbau unserer Krankenhäuser ein Zeichen dafür, dass die Gesundheitspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine zentrale Stelle einnimmt. Wer zum Beispiel die Klinik St. Josef vor gut 20 Jahren gekannt hat und sie sich heute ansieht, der stellt schnell fest, wie sehr sich dieses Krankenhaus entwickelt hat. Wenn man sich die Infrastruktur ansieht, die in den letzten Jahren in St. Vith entstanden ist, stellt man fest, dass sich das Krankenhaus nicht nur vergrößert hat, sondern dass sich auch das Angebot in diesen Jahren enorm erweitert hat. Ein sehr gutes Beispiel ist die neue Rehabilitationsklinik. Das Angebot dieser Klinik stößt bei der Bevölkerung auf sehr viel Zuspruch. Mir jedenfalls ist bisher nur Gutes zu Ohren gekommen. Ähnliches gilt für das St.-Nikolaus-Hospital in Eupen. Im Zuge der Staatsreform wird die Deutschsprachige Gemeinschaft noch mehr Verantwortung übernehmen und für die Kranken- und Pflegeinfrastruktur verantwortlich werden. Angesichts der bisherigen Entwicklung auf unserem Gebiet ist mir nicht bange, dass wir diesen neuen Aufgaben nicht gewachsen sein könnten.

Die aktuellen Umbauarbeiten haben zudem Einfluss auf den Arbeitsmarkt, denn wie wir kürzlich im *Grenz-Echo* lesen durften, darf man bei Abschluss der Arbeiten an der Klinik St. Josef in St. Vith mit insgesamt 500 Arbeitsplätzen rechnen. Kurz: Trotz Sparmaßnahmen ist der Haushalt 2012 bemüht, auf den realen Bedarf einzugehen.

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen. Das Gesundheitswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat nur dann eine Zukunft, wenn eine intensive Zusammenarbeit zwischen den beiden Krankenhäusern, ungeachtet der bereits bestehenden grenzüberschreitenden Kooperationen, auf allen Ebenen der medizinischen Versorgung vorangetrieben wird. Nur dies sichert langfristig die bestmögliche medizinische Betreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Anstrengungen der Klinik St. Josef in St. Vith im Hinblick auf die Einrichtung einer Jugendpsychiatrie im Raum Eupen können in diesem Zusammenhang als Schritt in die richtige Richtung wahrgenommen werden. Wir werden dem Organisationsbereich 50 zustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!
(Applaus bei der PFF)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Herr Präsident, Mitglieder der Regierung, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Der Organisationsbereich 50 – Gesundheit und Soziales – ist in den Augen vieler ein sehr wichtiger und neben dem Organisationsbereich 30 – Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung – vielleicht *der* wichtigste Verantwortungsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ohne Zweifel gibt es zahlreiche Einrichtungen, die in diesem Bereich tagtäglich einer professionellen Arbeit nachgehen.

In Belgien und auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügen wir über ein gut funktionierendes Kranken- und Sozialsystem. Diese Tatsache sollte auch ein Oppositionspolitiker bestätigen. Er sollte jedoch auch erwähnen, dass dieses System nicht zwingend auf der Grundlage einer vernünftigen Politik fußt, sondern vielmehr auf der Bereitschaft und der Leistung von Arbeitnehmern, von Angestellten und von Ehrenamtlichen, die in den verschiedensten Diensten tätig sind. Im Rahmen der verschiedenen Ausschussanhörungen zu den Geschäftsführungsverträgen vermittelten gerade die Akteure aus dem Sozialbereich den Eindruck, dass dort solide Arbeit geleistet wird, und das ist auch gut so.

Wie sehen nun die Perspektiven, die Prognosen, die Leitlinien und der diesbezügliche Haushalt aus? Zunächst einmal möchte ich auf die Istsituation eingehen und als Beispiel das Programm 14 – Besondere Hilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – nehmen. Die Zahlen in der Haushaltsfibel spiegeln in den verschiedensten Bereichen eine

erschreckende Entwicklung wider. Die Anzahl Interventionen des Jugendhilfedienstes oder der vom Jugendgerichtsdienst zu betreuenden Jugendlichen verdeutlichen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft keine Insel ist und dass sich die Problemfälle auch im ländlichen Raum immer mehr häufen – eine Tendenz, die vor Jahren nur in Großstädten zu verzeichnen war.

Seit 2007 ist die Anzahl der laufenden Akten im Vergleich zu den Vorjahren um 72 % angestiegen. Als Grund für diesen Anstieg wird unter anderem eine zunehmende Komplexität der Problematik in den Familien genannt. Im Rückblick auf das Jahr 2010 heißt es dazu in der Haushaltsfibel wörtlich: „Die Umstände, in denen die Sozialarbeiter die Kinder vorfinden, werden immer dramatischer und bedrohlicher." Auf diese Problematik hat man reagiert und dem Dienst zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Es stellt sich nur die Frage, wie es weitergeht.

Wir befinden uns in einer Situation, in der zahlreiche Jugendliche nicht mehr mit dem Tempo Schritt halten können, welches das System fordert, in der Eltern mit ihren Kindern einfach überfordert sind und in der immer mehr Jugendliche, trotz aller Bemühungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, den Anschluss verloren haben. Wenn sich Jugendliche einmal in dieser Spirale befinden, ist es für sie besonders schwierig, wieder herauszufinden. Im Haushalt ist davon immer wieder die Rede und die Problematik wird nicht verschwiegen. Man bewilligt weitere Gelder. So wurde 2011 der Jugendhilfedienst personell gestärkt, und auch für 2012 sind weitere Hilfen im Fall einer unzureichenden Anzahl von Unterbringungsplätzen vorgesehen.

Die Entwicklung in diesem Bereich ist jedoch beunruhigend. Das wird in der Haushaltsfibel deutlich angesprochen und es werden auch einige Ursachen aufgelistet: Zunahme der Kinderarmut, Anstieg der sozialen, kulturellen und schulischen Ausgrenzung, Rückgang des sozialen Zusammenhalts. Ich persönlich bin jedoch der Meinung, dass dies nicht die alleinigen Ursachen sind, sondern dass andere Faktoren diese Entwicklungen begünstigen.

Meines Erachtens sind die Ursachen viel tiefschichtiger und sind unter anderem systembedingt. Familien leiden unter Stress, hervorgerufen durch Mangel: Mangel an Zeit, unter anderem für die Erziehung der Kinder; Mangel an Geld; Mangel an Fürsorge; Mangel an Selbstbewusstsein. Eine weitere Ursache, die man ansprechen sollte, ist der Mangel an Eigenverantwortung. Die Schuld für all das darf man nicht ausschließlich bei der Politik suchen, denn hier treffen mehrere gesellschaftliche Probleme aufeinander.

Eines möchte ich jedoch klar betonen: Die Politik beschäftigt sich größtenteils nur mit den Auswirkungen. Sie sieht dafür Mittel und Gelder vor und erkennt selbst den Ernst der Lage, doch in gewisser Weise resigniert sie vor der Entwicklung, denn mit neuen Mitteln und Strategien allein werden die Probleme nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil, die Entwicklung geht weiter. Wenn man sich dazu unter anderem das REK und die im Ausschuss vor einigen Wochen vorgestellte Ressourcenplanung anschaut, erkennt man auch hier einen Mangel. Selbst für die für 2012 vorgesehenen Projekte gibt es noch viele ungeklärte Posten; rote Zahlen für ungedeckte Mittel sind überall wiederzufinden.

Meine Damen und Herren, gestern haben wir unter anderem über die Staatsschuld und die daraus resultierenden Belastungen gesprochen. Heute reden wir im Organisationsbereich 50 über Probleme und Ursachen, die zwar offensichtlich sind, von der Politik jedoch teilweise ignoriert oder hilflos zur Kenntnis genommen werden. Gestern sagte ich deutlich, dass ein Umdenken unumgänglich ist: Wir brauchen ein anderes Wirtschafts- und Finanzsystem und vor allem ein anderes, ein gerechteres Geldmodell. Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich ist ein Umdenken zwingend erforderlich. Nicht nur die Staatsverschuldung stellt ein Problem dar, sondern auch die Verschuldung der privaten Haushalte. Dies ging deutlich aus der Anhörung der Verbraucherschutzzentrale hervor. Die Probleme, die andernorts die Sozialarbeiter seit Jahren beschäftigen, werden auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft immer deutlicher, und genau wie bei der

Problematik der Jugendhilfedienste wird immer wieder von der Komplexität der Fälle gesprochen.

Genau wie gestern möchte ich dazu aufrufen, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern nach Lösungen zu suchen, die langfristig für eine Verbesserung sorgen könnten. Seit Jahren schlägt VIVANT vor, den Bürgerinnen und Bürgern durch ein existenzsicherndes Grundeinkommen die Möglichkeit zu geben, sich freier zu entfalten – eine Idee, die wie so viele andere zuerst belächelt wurde. Heute ist es anders, denn diese Idee nimmt mehr und mehr Gestalt an. Kein seriöser Politiker belächelt sie mehr, weil ein Umdenken ganz einfach unumgänglich ist.

Ob es die erneuerbaren Energien, das Grundeinkommen oder das Geldwesen betraf, anfangs wurden wir besonders in diesem Hause nur belächelt und beschimpft. Die Wichtigkeit des Klimaschutzes und die Investition in erneuerbare Energien haben mittlerweile alle Parteien im Programm. Manche nehmen dieses Thema seriöser, andere laufen mit. Auch die Problematik des bestehenden Schuldgeldsystems wird öffentlich mehr und mehr diskutiert. Meines Erachtens wird auch die Idee eines Grundeinkommens bald nicht mehr belächelt, sondern – so hoffe ich jedenfalls – ernsthaft besprochen werden und vielleicht sogar in diesem Hause Gegenstand von Debatten sein. Sie ist zwar kein direkter Befugnisbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft, jedoch muss sich diese mit den Auswirkungen beschäftigen. Abhilfe könnte in diesem Zusammenhang ein Grundeinkommen schaffen. Übrigens könnte die Deutschsprachige Gemeinschaft mit einer Resolution ein Signal nach Brüssel senden und so auch einmal mit einer Idee und nicht nur mit Forderungen glänzen.

In der kürzlich vorgestellten Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen wurde deutlich hervorgehoben, dass die Gewalt in unseren Breitengraden ein Problem darstellt. Die Bereitschaft von Eltern zu Gewalt an Kindern und von Jugendlichen
zu Gewalt an Jugendlichen ist deutlich höher als beispielsweise in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland. Auch dieser Punkt wird in der Haushaltsfibel als Ursache für die Problematik gefährdeter Jugendlicher aufgeführt.

In der kommenden Woche werden wir im Ausschuss Zeit finden, um darüber ausführlich miteinander zu reden. Eines möchte ich jedoch vorwegnehmen: Der Leiter des Forschungsinstituts gab klar und deutlich zu verstehen, dass die Gewalt im Elternhaus eine der Hauptursachen für die jugendliche Gewalt ist und dass Belgien diesbezüglich in puncto Gesetzgebung den meisten europäischen Ländern hinterherhinkt. So ist das elterliche Züchtigungsrecht in Belgien immer noch im Grundrecht verankert, was eigentlich schockierend ist. Ich möchte alle Fraktionen dieses Hauses auffordern, die Verantwortlichen in Senat und Kammer in Form einer Resolution aufzurufen, es unseren Nachbarländern gleichzutun und dieses Gesetz abzuändern beziehungsweise das Züchtigungsrecht ganz zu streichen. Meines Erachtens weiß jeder, der vor zwei Wochen dem Leiter des Forschungsinstituts anlässlich der Vorstellung der Studie aufmerksam zugehört hat, wovon ich rede. Ich hoffe, dass wir hinsichtlich einer Resolution im Parlament eine Einigung finden können.

Ich komme zum Programm 16 – Gesundheitswesen: Grundsätzlich ist mir in diesem Bereich wie im Programm 14 – Besondere Hilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – aufgefallen, dass man sich mit den Auswirkungen und weniger mit den Ursachen beschäftigt. Im Programm 16 hätte die Deutschsprachige Gemeinschaft jedoch mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Ursachen zu nehmen, wobei auch hier gilt, dass jeder Bürger in erster Linie eine Eigenverantwortung trägt. Appelle nützen nichts, wenn die Bürger nicht selbst anfangen, beispielsweise auf gesunde Ernährung zu achten oder den Missbrauch von Genussmitteln einzustellen. Es ist jedoch Aufgabe der Politik, den Menschen beizustehen, Empfehlungen auszusprechen, Hilfen anzubieten und Vorsorge zu betreiben, damit die Folgekosten bezahlbar bleiben. Einfacher ausgedrückt: Vorsorge kommt vor der Sorge.

In den letzten beiden Jahren habe ich festgestellt, dass man sich im Grunde viel zu wenig mit der Gesundheit der Menschen, jedoch sehr viel mit ihren Krankheiten befasst. Im Gesundheitswesen beschäftigt man sich also größtenteils mit der Krankheit, was eigentlich seltsam ist. Erlauben Sie mir kurz eine Parallele zu der gestrigen Haushaltsdebatte. Gestern war oft die Rede von Schulden und weniger die Rede von Geld. In der Debatte über den Bereich Gesundheit reden wir von Krankheiten. Ich weiß, dass es einige stört, wenn ich dies so anspreche, aber es verwirrt uns, weil wir uns von den einfachsten Dingen entfernt haben und uns nicht eingehender mit einer Materie beschäftigen möchten. Wenden wir uns also der Gesundheit zu.

Die Gesundheit des Menschen ist laut Weltgesundheitsorganisation ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Folglich kann man sich dann auch die Frage stellen, wer dann noch gesund ist. In den letzten Jahrzehnten ist die Lebenserwartung deutlich gestiegen. Befürworter der modernen, klassischen Medizin schreiben sich diesen Erfolg zu. Sicherlich ist es ein kostbares Gut, dass ein neugeborenes Kind eine höhere Lebenserwartung hat, und sicherlich hat auch dies mit Erfolgen in der Medizin zu tun. Sollten wir dies jedoch als einziges Kriterium nehmen? Alt werden und gesund bleiben – ein alter Menschheitstraum, vielleicht eine Vision. Oder doch ein Ziel? Meines Erachtens sollte die Gesundheitsvorsorge ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik sein.

Wenn man sich die Ressourcenplanung des REK im Themenbereich *Solidarregion DG* etwas genauer anschaut, fällt eines auf: Unter diesem Bereich ist das Projekt *Gesundheit sichern* vermerkt. Dieses Projekt teilt sich dann nochmals in folgende Teilprojekte auf: *Festigung der Krankenhausstandorte*, *Flächendeckende Betreuung von Hausärzten* und *Aufwertung der Pflegeberufe*. Sicherlich sind das alles äußerst wichtige, ehrbare und – um im Sprachgebrauch zu bleiben – löbliche Ziele, doch diese haben etwas mit „Krankheit behandeln" und nicht mit „Gesundheit sichern" zu tun. Im Ausschuss hatte ich den zuständigen Minister bereits darauf angesprochen. Er meinte dazu, dass die Begriffswahl eher zufällig gewesen sei – vielleicht kann er das morgen nochmals klarstellen – und die Prävention in einem anderen Punkt des REK Erwähnung finde.

Und in der Tat gibt es bei dem Projekt *Sozialdienste Hand in Hand* ein Teilprojekt mit der Bezeichnung *Effiziente und abgestimmte Gesundheitsförderung und Prävention für Erwachsene und Senioren*. Nicht nur die wenigen Mittel, die für diese Projekte bereitgestellt werden, irritieren uns, sondern auch der Stellenwert der Gesundheitsförderung. Meines Erachtens sollte man nicht nur von Prävention für Erwachsene und Senioren sprechen, sondern bereits bei den Kindern in der Schule sollte eine entsprechende Aufklärung stattfinden. Einige kleinere Projekte gibt es regelmäßig in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In unseren Augen wird in diesem Bereich jedoch viel zu wenig getan.

Eine Aufklärung über die Ernährung, zum Beispiel über die Zusatzstoffe in Nahrungsmitteln, ist unerlässlich. Dabei dürfen wir uns nicht auf die Lebensmittelindustrie verlassen, sondern die Politik sollte neutral informieren. Ein Großteil der sogenannten Zivilisationskrankheiten ist ernährungsbedingt; das Übergewicht stellt bei Kindern ein zunehmendes Problem dar. Genauso verfallen viele junge Mädchen dem Schlankheitswahn. Beides – Übergewicht und Schlankheitswahn – stellt unglaubliche Risiken dar. Auch hier möchte ich zuerst an die Eigenverantwortung der Einzelnen und der Eltern appellieren. Jedoch kann die Deutschsprachige Gemeinschaft durch konsequente Aufklärung über gesunde, bewusste Ernährung ihren Beitrag dazu leisten. Ich wiederhole: Vorsorge kommt vor der Sorge. Es ist auch längst bewiesen, dass gesunde Kinder besser lernen und motivierter und glücklicher sind.

Kurz ein Wort zu den Impfkampagnen: Im Rahmen einer Interpellation hat mein Kollege Herr Mertes vor einigen Monaten bezüglich der geplanten Impfkampagne zu den

HP-Viren sachlich auf die Gefahren einer Impfung aufmerksam gemacht. Sie erinnern sich sicherlich an die damalige Diskussion. Das Thema Impfungen bleibt aktuell. So ist in der Haushaltsfibel zu lesen, dass eine Informationskampagne für die Nachimpfung gegen Masern gestartet wird. Meine Damen und Herren, ich möchte die bereits in diesem Hause geführte Diskussion nicht erneut aufrollen, aber egal, welche Empfehlung Sie auch aussprechen, Herr Minister, versuchen Sie, neutral zu bleiben, und sprechen Sie auch die Impfrisiken an. Ich hatte dazu bereits zwei Bücher empfohlen und möchte jeden interessierten Bürger auffordern, sich kritisch mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Fragen Sie Ihren Arzt ruhig und sachlich nach den Impfrisiken.

Ich komme nun zum demografischen Wandel: In der Haushaltsdebatte 2010 hatte ich bezüglich dieses Organisationsbereichs von Alternativen, Ideen und Konzepten gesprochen, die andernorts seit Jahren funktionieren und die auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einer angepassten Form interessant sein könnten. Vielleicht erinnern sich einige. Es ging damals um eine japanische Zeitwährung, die in der Altenpflege in Japan seit Jahren Erfolge feiert. Vielleicht erinnern Sie sich auch an die herablassende Art, mit der der zuständige Minister dieses Konzept in seiner Replik kommentierte. Lassen wir dies jedoch beiseite, denn etwas nuancierter und vor allem sachlicher war der zuständige Kabinettsmitarbeiter vor einigen Wochen, als es in Ausschuss IV genau um diese Thematik ging und der Regierung der Fragenkatalog der Ausschussmitglieder zum demografischen Wandel vorgestellt wurde.

In diesem Zusammenhang hatte die VIVANT-Fraktion nochmals auf die japanische Pflegewährung in der Altenpflege hingewiesen und gleichzeitig Infomaterial über ähnliche Konzepte im deutschen Bundesland Baden-Württemberg verteilt, die übrigens auf Initiative der dortigen Landesregierung initiiert wurden.

Der zuständige Kabinettsmitarbeiter hatte sich ausführlich über die verschiedenen Konzepte in Süddeutschland informiert und sprach sehr wohlwollend, ja sogar lobend darüber. Er schlussfolgerte, dass die Einführung einer solchen Währung für die Deutschsprachige Gemeinschaft eine durchaus interessante Idee sein könne. Man spürte sofort, dass er sich damit befasst hat, und ich hoffe, dass er sein Wissen an den zuständigen Minister weitergeleitet hat, der in besagter Sitzung leider abwesend war.

Meine Damen und Herren, eigentlich ist dies ein gutes Beispiel dafür, wie man sich verhält, wenn man nicht voreingenommen an eine Sache herangeht. Meines Erachtens ist ein großes Problem in diesem Hause, dass man gegenüber vielen Ideen, die unter anderem die VIVANT-Fraktion vorschlägt, parteiisch ist und nicht vernünftig an die Sache herangeht. Bevor man sich sachlich mit etwas auseinandersetzt, wird es beschimpft und schlechtgeredet. Ich bin mir sicher – das Beispiel des Kabinettsmitarbeiters hat dies gezeigt –, dass einige wohl anders über unsere Vorschläge zum Geldsystem, zur Sozialreform oder zur Einführung von Komplementärwährungen denken würden, wenn sie sich ausführlich damit beschäftigen würden.

Meine Damen und Herren, in der Politik brauchen wir große Ziele und auch Utopien, denn wenn die Politik keine Ziele mehr hat, dann brauchen wir keine Politik mehr, dann haben wir nur noch Verwaltung. Immer schon gab es mutige Menschen mit Visionen, die mit dem Bestehenden nicht einverstanden waren, die sich geöffnet haben und dadurch eine Veränderung erreicht haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Frau Klinkenberg das Wort.

FRAU KLINKENBERG (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Oppositionsparlamentarier, es ist klar, dass es einfach ist, Sparhaushalte zu kritisieren. Tatsache ist jedoch, dass dieser Sozialhaushalt wirklich sehr sozial ist. Schauen wir uns doch die Fakten einmal an. Da wäre also ein Haushalt im Organisationsbereich 50, der im Vergleich zum Vorjahr um circa 7 % angestiegen ist, und das bei finanzpolitisch

schlechten Rahmenbedingungen und beunruhigenden Wirtschaftsparametern, die auch in den kommenden Jahren Sparmaßnahmen befürchten lassen. Das ist äußerst bedauerlich, liegt aber jenseits des Einflusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gerade in diesem Kontext den Sozialbereich aufzuwerten, ist ein klarer Hinweis auf die Prioritäten der Regierung.

Es stimmt, dass sich die Wirtschaftsparameter seit der Verabschiedung des Haushalts durch die Regierung noch weiter verschlechtert haben, womit die Deutschsprachige Gemeinschaft höchstwahrscheinlich wesentlich weniger Geld ausbezahlt bekommt als ursprünglich vorgesehen. Trotzdem ist es in meinen Augen sehr wichtig, dass das Parlament den Haushalt jetzt verabschiedet, denn nur so bleibt die Regierung handlungsfähig und kann den vielen Organisationen und Diensten auch nach dem 1. Januar 2012 weiterhin Zuschüsse auszahlen, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigen. Demzufolge ist es also besser, Einsparungen nicht auf die Schnelle vorzunehmen, sondern die notwendigen Korrekturen im Rahmen der ersten Haushaltsanpassung nachzureichen. Ich gehe jedoch davon aus, dass Sie, Herr Minister Mollers, bereits jetzt nach Möglichkeiten und Wegen suchen, sozialverträgliche Einsparungen vorzunehmen. Natürlich würde ich mir wünschen, dass der Sozialbereich möglichst wenig von den Einsparungen betroffen ist und dass alle Dienstleistungen weiterhin aufrechterhalten werden.

Während die Haushaltslage angespannt ist, steigt die Dotation der Dienststelle für Personen mit Behinderung von 2011 bis 2012 um mehr als 600.000 Euro. Im Behindertenbereich kommt viel Arbeit auf uns zu. Eine der größten Herausforderungen wird die Umsetzung der von uns unterzeichneten UN-Behindertenrechtskonvention sein, denn im nächsten Jahr muss auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein Aktionsplan ausgearbeitet werden, bei dem sowohl Erwachsene als auch Kinder mit Behinderung einbezogen werden. Dem Planen muss dann die Aktion folgen, die den Weg für eine barrierefreie Deutschsprachige Gemeinschaft ebnet.

Was genau ist Barrierefreiheit? Barrierefreiheit bedeutet, dass Personen mit einer Behinderung ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das gilt für öffentliche Gebäude, Verkehr, Arbeitsplätze, Kommunikationsmittel und Medien. Was brauchen wir also? Neue Normen und Richtlinien, die dafür sorgen, dass das Wort „Nichtdiskriminierung" in allen Lebensbereichen, von der Kinderbetreuung über die Schule bis hin zur Arbeits- und Freizeit, großgeschrieben wird. Eine Querschnittsaufgabe, die eine enge Vernetzung aller Zuständigkeitsbereiche und einen Austausch mit Partnern im In- und Ausland erfordert.

Mit Blick auf die Umsetzung der UN-Konvention wird zudem klar, dass der individuellen und beruflichen Qualifizierung von Menschen mit einer Behinderung eine hohe Bedeutung zukommt und dass diese auch im Rahmen des Fachkräftemangels für die Arbeitgeber interessant sein kann.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft brauchen wir ein Regelwerk für die Solidarwirtschaft, um möglichst dauerhafte Arbeitsstellen für Personen mit Vermittlungshemmnissen zu schaffen. Darin schließe ich bewusst die Personen mit einer Behinderung ein, denn nur so kann Inklusion tatsächlich funktionieren.

Eine weitere UN-Konvention, nämlich jene über die Kinderrechte, verpflichtet uns, Kindern Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung zu bieten und uns in unseren Entscheidungen am Wohl des Kindes zu orientieren. Nun wurde in der vor einigen Tagen vorgestellten KFN-Studie aufgezeigt, dass die Jugendgewalt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft um etwa 20 % höher liegt als in Deutschland. Als Ursachen wurden die elterliche Gewalt, Alkoholkonsum, der Kontakt zu anderen gewaltbereiten Jugendlichen und das Schulschwänzen genannt. Auf der anderen Seite ist uns bekannt, dass sich manche Familien in unserer Gemeinschaft mit einer ganzen Reihe von Problemen – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erziehungsprobleme, Suchtprobleme usw. – konfrontiert sehen.

Wie im letzten Jahr ist auch der Bedarf an Unterbringungen von gefährdeten und straffällig gewordenen Jugendlichen weiterhin angestiegen. In der zweiten Haushaltsanpassung 2011 mussten weitere 100.000 Euro für die Jugendhilfe vorgesehen

werden, um dem Bedarf gerecht zu werden. Auch im Haushalt 2012 sind im Vergleich dazu weitere 250.000 Euro vorgesehen worden.

Es tut sich jedoch auch so einiges. Mittlerweile liegen Studien und Bestandsaufnahmen vor und liefern wichtiges Zahlenmaterial. Kennt man die Ursachen der Probleme, dann weiß man auch, welche Stellschrauben man betätigen muss. So entstehen neue Initiativen. Workshops wie der zum Thema Streetwork werden abgehalten, und es werden neue Präventionsprojekte entwickelt.

Eines steht fest: Prävention muss bereits im Kleinkindalter beginnen. Modellprojekte wie das „Haus der Familie" in Kelmis setzen genau dort an. Zudem wird zurzeit an einem Case-Management-Projekt gearbeitet, das eine effiziente Zusammenarbeit und Koordination zwischen den unterschiedlichen Diensten ermöglichen soll. Viele Familien, die sich in Problemsituationen befinden, haben Schwierigkeiten, aus eigener Initiative einen Dienst aufzusuchen. Kommt der Dienst aber zu ihnen nach Hause, ist die Bereitschaft wesentlich größer. Mehr aufsuchende und beratende Hilfsangebote für Familien sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen sind in meinen Augen unumgänglich.

Schaffen wir es, die individualisierte Einzelfallhilfe für Familien zu konkretisieren und die Dienste wirkungsvoll zu vernetzen, bin ich davon überzeugt, dass ihre präventive Wirkung auch positive Impulse für die Jugendhilfe haben wird. Herr Minister, dafür hoffe ich auf Ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir bei den Kindern. Wenn Sie die Kleinen nach Ihrem Lieblingsessen fragen, werden sie Ihnen Fritten, Chips, Schokolade und Pizza nennen, was ganz natürlich ist. Schlimmer ist, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Zahl der übergewichtigen Kinder und Jugendlichen ansteigt. Das wurde bei der Erfassung des Body-Mass-Index der 6-, 12- und 15-jährigen Mädchen und Jungen durch die Schulgesundheitsvorsorge deutlich.

Bei Problemen werden die Eltern von den Gesundheitszentren informiert. Die Einbeziehung der Eltern ist besonders wichtig, denn das Erschreckende ist, dass Übergewicht Folgeerkrankungen auslösen kann. Dazu titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 11. November 2011: „Alarmierender Trend bei Jugendlichen. Übergewicht kann auch Diabetes zur Folge haben!" Aufgrund fehlender körperlicher Beschwerden wird die Erkrankung im Anfangsstadium gerade bei Kindern und Jugendlichen oft übersehen. So kann die Krankheit unbemerkt fortschreiten und ernsthafte gesundheitliche Risiken, wie Nierenversagen, Netzhautschäden, Herzinfarkt und Schlaganfall, und damit auch hohe Therapiekosten mit Auswirkungen auf die Lebensqualität und die Lebenserwartung des Einzelnen hervorrufen.

Die Prävention von Typ-2-Diabetes kann vor allem über eine Vorbeugung und Behandlung von Übergewicht und mit speziellen Programmen zur Steigerung der körperlichen Bewegung erreicht werden. In diesem Bereich gibt es bereits viele Best-Practice-Beispiele, die sicherlich auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft interessante Anregungen liefern können. Wichtig ist zudem, dass die Gemeinden im Bereich der Gesundheitsprävention noch stärker einbezogen werden.

Eine weitere Anregung möchte ich an Sie, Frau Sportministerin, und Sie, Herr Unterrichtsminister, richten. Vor dem Hintergrund der von Professor Pfeiffer anlässlich der Vorstellung der Studie bezüglich der Jugendgewalt erwähnten neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse möchte ich Sie bitten zu prüfen, ob dem Sport in unseren Schulen der Stellenwert beigemessen wird, der ihm zukommt, denn zu Recht wurde bereits im Rahmenplan Sport festgehalten, dass sinnvoll betriebener Schulsport einen wichtigen Beitrag leistet, um sich wohl und gesund zu fühlen. Auch die moderne Hirnforschung belegt, dass Schüler mit guter Bewegungskoordination in Konzentrationstests wesentlich besser abschneiden.

Kommen wir von den Jungen zu den Älteren, den Omas und Opas, den Urgroßmüttern und Urgroßvätern. Es ist damit zu rechnen, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des demografischen Wandels in nicht allzu ferner Zukunft mehr

Pflegefälle als Kindergartenkinder geben wird. Das Durchschnittsalter steigt, und wo mehr ältere Menschen sind, da besteht auch ein erhöhter Pflegebedarf.

Laut einer aktuellen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verdoppeln sich bis 2050 in allen Industrieländern die Kosten für die Pflege. Doch nicht jeder ist in der Lage, seine Angehörigen selbst zu betreuen. Für diesen Fall muss vorgesorgt werden, sowohl finanziell als auch mit genügend Pflegefachkräften, an denen es bereits jetzt mangelt. Schafft man keine Anreize, wird diese Kluft noch größer werden. Daher beteiligt sich die Deutschsprachige Gemeinschaft unter anderem an einem euregionalen Interreg-Projekt zur Aufwertung der Pflegeberufe, um dem Pflegekräftemangel gezielt entgegenzuwirken und die psychische und körperliche Belastung in diesen Berufen zu verringern.

Werte Kolleginnen und Kollegen, 2012 ist das Jahr der Solidarität zwischen den Generationen. Dazu gehören die Schaffung von Anreizmöglichkeiten für pflegende Angehörige und die Einrichtung neuer Angebote für Senioren im Freizeit- und Beschäftigungsbereich. So wäre beispielsweise in der Kinderbetreuung der eine oder andere rüstige Rentner sicher gern gesehen. Außerdem brauchen wir neue Ideen und Initiativen für die Förderung von altersgerechten und intergenerationellen Wohnformen. Ziel muss es nämlich sein, langfristig Pflegeheimplätze nur noch mit Personen im hohen Alter zu belegen. Interessante Modellprojekte in diesem Bereich sind die Wohnberatungen und -anpassungen in Kooperation mit der Dienststelle für Personen mit Behinderung, die im Alter den Verbleib in den eigenen vier Wänden ermöglichen, das Quartierskonzept in Eupen, das Seniorendorfhaus in Schönberg und das Mehrgenerationenhaus in Hergenrath, in dem vier Generationen unter einem Dach leben.

Vor ein paar Wochen hat ein Forum mit dem Titel „Generationen in Aktion" stattgefunden. Zielgruppe waren interessierte Bürger, Ehrenamtliche und professionelle Akteure auf allen Ebenen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ich selbst konnte nicht an diesem Forum teilnehmen, aber wenn es nur ein wenig von dem Elan und der Dynamik des Jugendhilfeforums hatte, bin ich sicher, dass es für die Teilnehmer sehr interessant und für die Regierung sehr aufschlussreich war.

Die verschiedenen Workshops befassten sich mit neuen Lösungen zum besseren gegenseitigen Verständnis zwischen den Generationen und dem gemeinsamen Lernen und Arbeiten. So wurde beispielsweise angeregt, einen Tag des generationellen Miteinanders einzurichten, eine wirklich sehr schöne Idee, die ich gerne unterstützen würde. Außerdem wurde angedacht, die Hausaufgabenschule dazu zu nutzen, Jung und Alt zum Lernen zusammenzubringen, denn was für die Jungen Facebook und das Internet ist, ist für die Alten die Mondlandung, der Mauerbau und die Zeit in den wilden 60er-Jahren. All dies sind Herausforderungen, die wir mit Blick auf die kommenden Jahrzehnte meistern müssen und die in das seniorenpolitische Gesamtkonzept, das die Regierung vorlegen will, einfließen müssen.

2012 ist auch das Jahr des aktiven Alterns. Aktiv altern, das klingt nach Bewegung und Initiative. Das klingt so, als könnte ich mich darauf freuen, meinen Enkelkindern in meiner Senioren-WG übers Internet bei den Hausaufgaben zu helfen, während gleichzeitig ein netter junger Pfleger dafür sorgt, dass es mir rundum gut geht.
(*Zwischenrufe und vereinzeltes Gelächter*)

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Ja, ist denn heute schon Weihnachten?
(*Allgemeines Gelächter*)

FRAU KLINKENBERG (*vom Rednerpult*): Bald! … (*Unruhe im Saal*) … Werte Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt entspricht den Prinzipien der Solidarität und Nachhaltigkeit und damit den Leitlinien von ProDG. Selbstverständlich wird die ProDG-Fraktion diesem Haushalt zustimmen! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei ProDG*)

ORGANISATIONSBEREICH 40 – JUGEND, VOLKS- UND ERWACHSENENBILDUNG, KULTUR, SPORT UND TOURISMUS

HERR SCHRÖDER, Präsident: Die dritte Diskussionsrunde ist beendet. Wir kommen zur vierten Diskussionsrunde und damit zu den Stellungnahmen der Fraktionen zum Organisationsbereich 40 – Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung, Kultur, Sport und Tourismus. Für die CSP-Fraktion hat Herr Frank das Wort.

HERR FRANK (*vom Rednerpult*): Frau Klinkenberg, ich bin gerne bereit, einer Weiterbildung im Pflegebereich zu folgen!
(*Vereinzeltes Gelächter*)

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Sie sind dann aber nicht mehr jung!
(*Allgemeines Gelächter*)

HERR FRANK (*vom Rednerpult*): Das hängt davon ab, was man „jung" nennt!

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Das ist ein typisches Beispiel für lebenslanges Lernen!
(*Allgemeines Gelächter*)

HERR FRANK (*aus dem Saal*): Frau Franzen, Sie sind aber jetzt nicht neidisch, oder?
(*Vereinzeltes Gelächter*)

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Kulturpolitik ist eine Kernkompetenz der Deutschsprachigen Gemeinschaft und muss auch heute noch – knapp vierzig Jahre nach Erhalt unserer Kulturautonomie – einen besonderen Stellenwert in unserer mittlerweile stark angewachsenen Kompetenzbandbreite erhalten.

Leider muss die CSP in diesem Jahr erneut feststellen, dass der Kulturbereich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr inspirationslos und ohne wegweisende neue Konzepte geführt wird. Kultur wird als Nebensache behandelt und scheint in den großen Diskussionen über neue Kompetenzen und weitere große Bestrebungen unserer Gemeinschaft unterzugehen. Dabei ist eine florierende Kulturlandschaft für die Entwicklung unserer Gemeinschaft so wichtig: Was wäre die Deutschsprachige Gemeinschaft ohne lebendige Jugendeinrichtungen? Welche Daseinsberechtigung hätte unsere Gemeinschaft, ginge es ihr nicht auch um die Pflege ihrer ureigensten Kultur? Wie stünde es um die Deutschsprachige Gemeinschaft ohne eine kritische Presse, die uns Politikern auf die Finger schaut und die uns darüber hinaus hilft, den Menschen unsere kulturelle Vielfalt zu vermitteln?

All diese Fragen führen uns zurück an die Wiege unserer Kulturautonomie, ohne die wir heute keine Diskussion über einen insgesamt mehr als 200 Millionen Euro umfassenden Gemeinschaftshaushalt führen würden. Umso bedauerlicher ist es, dass die Regierungspolitik diesem Bereich derzeit oftmals nur reine Verwaltungsarbeit widmet. Dort, wo es aus geschichtlichen Gründen vor Inspiration und Initiative sprudeln sollte, wird vor allem verwaltet, und das nicht unbedingt zum Wohle der Bürger unserer Gemeinschaft, wie das aktuelle Jugenddekret exemplarisch veranschaulicht. Doch dazu später mehr.

Ein Beispiel für die fehlende Inspiration und für die Konzeptlosigkeit der Regierung ist der Umgang mit dem Belgischen Rundfunk. Es ist hinlänglich bekannt, dass der größte Teil des Kulturbudgets für den öffentlich-rechtlichen BRF aufgewendet wird. Das ist auch gut so, denn eine selbstbewusste Gemeinschaft braucht eine funktionierende Presse, wenn sie sich demokratisch und pluralistisch präsentieren möchte. An dieser Stelle kann ich jedoch nur wiederholen, was wir bereits im vergangenen Jahr sagen mussten: Das Geld reicht hinten und vorne nicht.

In diesem Jahr musste die Regierung sogar die finanzielle Handbremse ziehen, weil sie die Folgen ihrer Sparpolitik von 2010 und 2011 völlig falsch eingeschätzt hatte, und das, obschon unsere Warnungen bereits im letzten Jahr ziemlich deutlich waren. Durch die in den Jahren 2010 und 2011 getroffenen Sparmaßnahmen konnte die normale Kostenentwicklung nicht abgedeckt werden. Deshalb musste die Regierung 2012 beim BRF eine Refinanzierung vornehmen, um den Indexsprüngen im kommenden Jahr überhaupt gerecht werden zu können. Zudem wurde die Investitionsdotation für 2012 gegenüber dem Vorjahr um 400.000 Euro auf 200.000 Euro gesenkt. Wegen der hohen Inflationsrate wird der Verlust für das Haushaltsjahr 2011 voraussichtlich sogar 300.000 Euro betragen.

Der BRF hat erhebliche Defizite einstecken müssen, die er durch die glücklicherweise noch vorhandenen Reserven ausgleichen kann. Diese Reserven hat er in den vergangenen Jahren dank seines guten Wirtschaftens anlegen können – eine Tugend, die man der amtierenden Regierung auch gerne zuerkennen würde.

Meine Damen und Herren, was bedeutet das für die Zukunft des arg gebeutelten BRF? Der CSP-Fraktion liegt die korrekte journalistische Arbeit der Redaktion des Senders am Herzen. Bereits seit mehreren Jahren wird dem zuständigen Ausschuss mitgeteilt, dass für Recherchearbeit kaum Zeit und Mittel zur Verfügung stehen. Was die Kürzungen und die notorische finanzielle Knappheit in diesem Bereich betrifft, müssen wir von einer verantwortungslosen Politik sprechen. Für eine pluralistische und demokratische Deutschsprachige Gemeinschaft sind Abstriche bei der journalistischen Qualität pures Gift. Das gilt umso mehr, als die Deutschsprachige Gemeinschaft in Zukunft für neue Politikbereiche immer mehr Kompetenzen und Verantwortung erhalten soll, weswegen zusätzliche demokratische Kontrollinstrumente nötig sein werden.

An dieser Stelle wiederhole ich gerne, dass wir für unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk dringend ein Konzept brauchen. Schließlich sind die entsprechenden Mittel vorhanden. Seit 2003 erhält die Deutschsprachige Gemeinschaft als Ausgleich für die Radio- und Fernsehgebühren eine jährliche Zusatzdotation, die sich im Jahr 2012 auf 6.093.000 Euro beläuft. Im Jahr 2012 werden jedoch nur 5.271.000 Euro für den BRF bereitgestellt. Das ergibt eine Differenz von mehr als 800.000 Euro, die zum Stopfen irgendwelcher Haushaltslöcher genutzt werden.

Die Regierung wird jetzt natürlich sagen, dass diese Mittel nicht zweckgebunden sind und dass damit Investitionen in die Medienkompetenz und in andere medienrelevante Bereiche getätigt werden.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: So ist es!

HERR FRANK (*aus dem Saal*): Das stimmt natürlich, aber interessiert das den Bürger, der die Gebühren nach seinem Verständnis ganz klar für Fernsehen und Radio gezahlt hat? Schließlich war für ihn die Investition aus seiner Tasche ganz klar zweckgebunden.

Die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft müssen sich jedenfalls auf die Qualität der journalistischen Arbeit verlassen können. … (*Zwischenruf*) … Auch den neuen jungen Arbeitskräften im BRF müssen wir interessante Perspektiven bieten können, und dafür braucht man die entsprechenden Mittel. Die Zukunft des BRF hängt also ganz klar von einer politisch gewollten Stärkung der Redaktion ab.

Meine Damen und Herren, ich komme zum zweiten Punkt. Die Ministerin ist bei der Besprechung des Regionalen Entwicklungskonzepts und im Rahmen der Haushaltsberatungen mehrmals auf das von ihr angekündigte Kulturdekret eingegangen, das in den kommenden Jahren die kulturellen Bereiche regeln soll, die bisher noch keine dekretale Grundlage haben, wie etwa die Amateurkunst oder die Museen. Dieses Dekret soll dem Parlament im zweiten Halbjahr 2012 vorgelegt werden. Dabei geht es insbesondere um eine Reform der Förderung von Kulturarbeit und Kulturproduktion, mit dem Ziel einer weitgehenden Professionalisierung des Sektors.

Wie dem Regionalen Entwicklungskonzept zu entnehmen ist, wird dieses Projekt 2013 umgesetzt, obschon die entsprechenden Mittel im Finanzierungskonzept des REK erst ab 2014 eingetragen sind, und das wohlgemerkt finanziell nicht gedeckt und nicht abgesichert.

Meine Damen und Herren, prophylaktisch möchte ich darauf hinweisen, dass bei der Erstellung des Kulturdekrets nicht das Gleiche geschehen darf wie bei dem heute zur Abstimmung vorliegenden Jugenddekret, nämlich dass die Akteure des Sektors vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ein solches Vorgehen dürfen wir uns gegenüber den in den verschiedenen kulturellen Einrichtungen Beschäftigten nicht noch einmal leisten. Hier ist Fingerspitzengefühl gefragt, und kommunikative Fehler müssen im Vorfeld ausgeräumt und vermieden werden.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Es wäre zu begrüßen, wenn ein solches Konzept für die Akteure der Kulturszene tatsächlich neue und nachhaltige Perspektiven aufzeigen würde. Aus den Erfahrungen, die wir bei den Diskussionen über das Jugenddekret machen mussten, müssen wir jedoch auch lernen. Unser Eindruck war eher der, dass es bei diesen Diskussionen nicht in erster Linie um die individuellen Bedürfnisse der Akteure des entsprechenden Sektors ging, sondern oftmals nur um administrative Vereinfachungen für die zuständigen Verwaltungsinstanzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und um mehr inhaltliche Macht für die Regierung. Deshalb möchte ich heute Folgendes schon klar aussprechen: Im Zentrum all unserer legislativen Bemühungen muss in erster Linie die Förderung von Bürgerinitiative stehen. Wenn wir in Zukunft noch stärker den Eindruck vermitteln, dass die Regierung freien und gut funktionierenden Strukturen Änderungen und weltfremde Vorgaben auferlegen möchte, dann sehen wir für die Zukunft des bürgerlichen Engagements in unserer Gemeinschaft schwarz.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Schwarzsehen ist für die CSP-Fraktion nichts Neues!

HERR FRANK (*vom Rednerpult*): Selbstverständlich müssen wir als unterstützende Instanz für den vernünftigen Einsatz öffentlicher Gelder Sorge tragen. Diese Sorge muss jedoch dort ihre Grenzen finden, wo nur das als unterstützenswert erachtet wird, was den inhaltlichen Vorgaben einer politischen Instanz entspricht.

Wir denken, dass es unserer Gemeinschaft als einer offenen Gemeinschaft viel besser zu Gesicht stünde, ihren Bürgerinnen und Bürgern durch aktive Partizipation Vertrauen entgegenzubringen, denn Letztere wissen oft viel besser als jeder Funktionär, was gut für sie ist. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der CSP*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Herr J.-L. Velz das Wort.

HERR J.-L. VELZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! In meiner heutigen Stellungnahme zum Haushaltsplan des Organisationsbereichs 40 werde ich meine Schwerpunkte auf den Belgischen Rundfunk, die Gemeinschaftszentren und den Sportbereich legen.

Zunächst möchte ich auf den BRF eingehen, für den im Haushaltsplan 2012 eine Dotationssteigerung von 5,25 % vorgesehen ist. Zum einen soll damit die Unterfinanzierung aus dem Vorjahr aufgefangen werden und zum anderen ist im Jahr 2012 mit Indexsprüngen zu rechnen. Schließlich sind wir darum bemüht, den BRF auf sichere Schienen zu setzen, um die Qualität, die Vielfalt und die Weiterentwicklung des Programms von Rundfunk, Internet und Fernsehen garantieren zu können.

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Investitions- und Kapitaldotationen entsprechen dem Bedarf des vom Verwaltungsrat verabschiedeten Investitionsplans. Wie der BRF-Direktor

in Ausschuss II berichtete, geht er davon aus, dass die Sendeanstalt im Jahr 2012 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Demzufolge reicht das Geld doch aus, Herr Kollege Frank. Selbst ein weiterer Indexsprung könnte in Anbetracht der vorgesehenen Haushaltsmittel verkraftet werden, so der Direktor.

Um die Einführung von DVB-T (digitales erdgebundenes Fernsehen) bis zum Jahr 2013 zu ermöglichen, wird auch 2012 auf die Rücklagen des BRF zurückgegriffen werden müssen. Der Hauptgrund für die Einführung dieses neuen Systems ist der flächendeckende Empfang des BRF-Fernsehens im gesamten deutschsprachigen Gebiet, und das ohne Kabelanschluss. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass das DVB-T-System auch von anderen öffentlichen und privaten Anbietern genutzt werden kann. Daher wird auf dem Gebiet der Gemeinde Amel von der PROMA AG ein neuer Sendemast errichtet, der die nötigen technischen Voraussetzungen liefern soll, um überhaupt ein digitales Signal über DVB-T senden zu können. Zum anderen verspricht sich der BRF eine Qualitätssteigerung des TV-Programms. Die Anschaffung des neuen Mastes hängt damit zusammen, dass der alte Sendemast in Recht nicht mehr den Sicherheitsnormen entspricht. Dem BRF sind die Hände gebunden, da seine Instrumente – in diesem Fall der Sendemast – den Sicherheitsbestimmungen entsprechen müssen.

Die SP-Fraktion unterstützt den BRF bei seinem Vorhaben, die Qualität des Programms zu sichern und gleichzeitig die Ausweitung des Sendebereichs sowie die Ausrüstung mit DVB-T voranzutreiben. Der Entwurf des den BRF betreffenden Haushaltsplans ist für uns eine gute Mischung aus Finanzierungen seitens der öffentlichen Hand und aus Initiativen vonseiten des Rundfunkhauses selbst. Daher sind wir mit dem vorliegenden Entwurf einverstanden.

Im Haushaltsplan für den Teilbereich Sport wird die Finanzierung der allgemeinen laufenden Ausgaben für 2012 erneut mit 134.000 Euro zu Buche schlagen. Mit dieser Summe werden die Kosten für Sitzungsgelder des Sportrates, für die Aufgaben des Sportdienstes und für Initiativen im Breitensport abgedeckt. Die in diesem Jahr eingeführte Unterstützung junger Spitzensportler aus der Gemeinschaft wird 2012 um 10.000 Euro erhöht. In den Augen der SP-Fraktion rechtfertigt die immer größer werdende Anzahl junger und erfolgreicher Spitzensportler, die in den anderen Gemeinschaften Belgiens Leistungszentren besuchen, den höheren Bedarf an Unterstützung im Vergleich zum laufenden Haushalt.

Die Initiative, Belgien im olympischen Jahr 2012 als Radfahrerland zu bewerben, bewerten wir als durchweg positiv. Schließlich kann gerade die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgrund ihrer radfahrerfreundlichen Infrastruktur nur davon profitieren, wenn international auf die Eignung Belgiens als Radfahrerland hingewiesen wird. Ebenfalls begrüßt die SP-Fraktion die Beibehaltung der Grundpauschale zur Subventionierung des Nationalen Olympischen und Interföderalen Komitees, auch wenn im kommenden Jahr keine Sportler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Olympiade in London teilnehmen werden. Wie keine andere Großveranstaltung verbindet der olympische Gedanke die Menschen auf der ganzen Welt und vermittelt die zentralen Werte des Sports. Daher befürworten wir ausdrücklich die Beibehaltung der bisherigen Finanzierung.

Die Subventionen für den Ankauf, den Bau, den Umbau und die Einrichtung von privatrechtlichen Sportinfrastrukturen werden im Haushaltsplan mit 352.000 Euro veranschlagt. Eine Reihe von Projekten, die in diesem Jahr verschoben wurden, können 2012 durchgeführt werden. Dabei handelt es sich um Finanzierungshilfen für Flutlichtanlagen, Clubheime, Heizungen usw. Darüber hinaus wird eine Subvention für das Hallendach der Mehrzweckhalle Herbesthal vorgesehen, dessen Sanierung aufgrund von Einsturzgefahr in den Infrastrukturplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgenommen wurde.

Die Subventionen für den Ankauf, den Bau, den Umbau und die Einrichtung von Sportinfrastrukturen der Gemeinden belaufen sich auf die stattliche Summe von 878.000 Euro. Diesbezüglich gibt es einige Großprojekte, für die im Haushaltsplan 2012 größere
Summen vorgesehen sind. So schlagen die Sanierung des Kelmiser Schwimmbads mit 168.000 Euro und die Umsetzung des Spielplatzprojekts der Gemeinde Lontzen an der erneuerten Schule mit 44.843 Euro zu Buche. Hinzu kommen die Verteuerungen der Sanierung der Mehrzweckhalle von Hauset und des Neubaus eines Kombibads in Eupen.

In Anbetracht der Dringlichkeit der baulichen Maßnahmen in den soeben beschriebenen Fällen erklärt sich die SP-Fraktion mit der Höhe der Subventionen sowohl für die privatrechtlichen als auch für die gemeindeeigenen Sportinfrastrukturen einverstanden. Die Unterstützung des Breitensports und die Einhaltung von diesbezüglichen Sicherheitsaspekten sehen wir als wichtiges Aushängeschild der Deutschsprachigen Gemeinschaft an. Daher nehmen wir mit Wohlwollen zur Kenntnis, dass der Haushaltsplan diese wichtigen Investitionen vorsieht und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellt.

Abschließend möchte ich noch auf den Dienst mit getrennter Geschäftsführung *Gemeinschaftszentren* eingehen, dessen Direktor bei der Anhörung im zuständigen Ausschuss betonte, dass er aufgrund der jetzt schon vorliegenden guten Buchungslage von einem ausgeglichenen Haushaltsjahr 2012 ausgehen könne. Dennoch sei eine genaue Schätzung der Einnahmen schwierig, da diese über die Belegungsquote generiert würden. So wirken sich beispielsweise die Aktivitäten rund um die Rennstrecke Spa-Francorchamps positiv auf die Belegungszahlen aus.

Mit der Kapitaldotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Interreg-Mitteln in Höhe von 570.000 Euro für das Jahr 2012 werden vor allem Kosten des Interreg-Projekts *Blue Spot – Hot Spot* gedeckt, bei dem es sich um ein Projekt zur Entwicklung innovativer jugendtouristischer Angebote rund um das Thema Wasser handelt, mit dem Ziel einer Verbesserung der touristischen Wertschöpfung unter anderem im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Direktor des DGG *Gemeinschaftszentren* bezog außerdem Stellung zum geplanten Beherbergungskomplex *Youtel*, dessen Fertigstellung für Juni 2012 vorgesehen ist. Die ersten Gäste sollen im Folgemonat aufgenommen werden. Die voraussichtlichen Einnahmen lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen, da sich diese aus der Belegung des Komplexes ergeben.

Die SP-Fraktion begrüßt das unentwegte Bemühen der Gemeinschaftszentren, sich auf dem privaten und öffentlichen Markt rentabel zu positionieren und neue Märkte zu erschließen. Hervorheben möchte ich die Pläne, ein Kooperationsabkommen mit dem flämischen Tourismusverband abzuschließen, um in Bezug auf den von flämischer Seite besonders geförderten Sozialtourismus Synergien zu schaffen. Durch den Sozialtourismus wird es auch Menschen, die sich dies aus eigener Tasche nicht leisten können, ermöglicht, beispielsweise einen Ausflug zu machen.

Wenn sich die Gemeinschaftszentren hier intensiv einklinken, dann kann die gesamte Deutschsprachige Gemeinschaft davon profitieren und sich das Image eines sozialen Urlaubs- und Ausflugsziels verschaffen, das für jedes Interesse und vor allem für jede Brieftasche etwas zu bieten hat. Solche integrativen und sozialen Projekte finden bei der SP-Fraktion prinzipiell Anklang. Demzufolge werden wir die Weiterentwicklung dieses Projekts mit großer Aufmerksamkeit beobachten.

Die Kapitaldotation an die Gemeinschaftszentren für das Jahr 2012 beläuft sich nach einer Anpassung von über 2.000.000 Euro auf nunmehr 2.570.000 Euro. Dieser Mehraufwand ist darauf zurückzuführen, dass die im Frühjahr 2012 beginnenden Arbeiten am Heidberg-Kloster in Eupen in die Zuweisung integriert wurden. Das alte Kloster ist

aus denkmalschutztechnischer Sicht absolut erhaltenswert. Wir von der SP-Fraktion begrüßen diese Maßnahme, da wir der festen Überzeugung sind, dass eine grundlegende Finanzierung des Kulturbereichs trotz Krisenzeiten vonnöten ist. Schließlich definiert sich eine Gesellschaft nicht ausschließlich über ihre wirtschaftliche und finanzielle Potenz, sondern auch über ihren Einsatz für die Pflege der Kultur.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meines Erachtens ermöglicht der Haushaltsplan für das Jahr 2012 dringliche Investitionen in zahlreichen Teilbereichen des Organisationsbereichs 40. Die SP-Fraktion ist davon überzeugt, dass die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betroffenen Akteure vom vorliegenden Finanzierungspaket profitieren können und zahlreiche Handlungsmöglichkeiten erhalten. Aus diesem Grunde stimmt sie dem Haushalt für den Organisationsbereich 40 zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei der SP*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Arens das Wort.

FRAU ARENS (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte werde ich folgende Themen behandeln: die Anerkennungsprozedur von *Radio Sunshine*, die Nachhaltigkeit, den barrierefreien Tourismus und die Medienkompetenz.

Zunächst möchte ich auf die Anerkennungsprozedur von *Radio Sunshine* eingehen. Es ist schon eigenartig, was sich in diesem Zusammenhang in den vergangenen Tagen so abgespielt hat. Nachdem der Medienrat zwei Lokalsendern die neue Lizenz nicht gewährt hatte, gab es in der Presse und im Internet eine Kampagne zugunsten dieser Sender, was zur Folge hatte, dass der Medienrat seine erste Entscheidung revidierte und eine neue Anerkennungsprozedur in die Wege leitete. In der Zwischenzeit erhielten die beiden betroffenen Sender eine vorübergehende Sendeerlaubnis.

Kurz vor Ende der laufenden Prozedur tritt nun der Präsident des Medienrates an die Öffentlichkeit und fordert *Radio Sunshine* auf, die Beschlüsse des Medienrates zu respektieren. *Radio Sunshine* hat zu Recht darauf reagiert, denn es ist effektiv nicht normal, eine solche Aufforderung über die Presse zu formulieren. Gemäß EU-Vorgaben musste auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine unabhängige Regulierungsbehörde eingerichtet werden. Die Funktion einer solchen Regierungsbehörde übt die Beschlusskammer des Medienrates aus, die weitreichende Befugnisse hat.

Sie hat über die Presse mitgeteilt, sie fühle sich nicht ernst genug genommen. Das wirft natürlich Fragen auf. Was soll diese Aussage? Es kann vorkommen, dass sich ein Bürger oder eine Einrichtung von einer Instanz nicht ernst genommen fühlt. Dass sich jedoch eine Instanz nicht ernst genommen fühlt, finde ich seltsam.

Außerdem stelle ich mir die Frage, warum die Regulierungsbehörde über die hiesigen Medien mit den lokalen Sendern kommuniziert? Sollte eine direkte Kommunikation mit einem Antragsteller wirklich nicht möglich sein, dann muss sich nicht nur die Regulierungsbehörde Fragen stellen, sondern auch das Parlament als gesetzgeberische Instanz und vor allen Dingen die für Medienfragen zuständige Ministerin, die für die personelle Zusammensetzung des Medienrates die Verantwortung trägt.

Und noch eine Frage: Wieso wird diese Pressemitteilung zum jetzigen Zeitpunkt veröffentlicht, wo doch Mitte Dezember 2011 die Beschlusskammer des Medienrates ihr Gutachten abgeben soll? Das ist meines Erachtens ebenfalls seltsam.

Bereits im März 2011 haben wir im Rahmen der Interpellation von Kollegin Schmitz über die Anerkennung von *Radio Sunshine* eine Debatte geführt. Damals meinte meine Kollegin Franzen bereits, dass das Hin und Her in der Presse auf ein Manko in der Prozedur hinweise. Es fehle eine Möglichkeit der Mediation.

Das erneute Hin und Her in der Presse bestärkt uns in der Ansicht, dass hier wirklich etwas im Argen liegt. Die Frage nach der fehlenden Mediationsstelle bedarf dringender denn je einer Antwort.

Mein zweites Thema ist die Nachhaltigkeit. Die Regierung versucht den Eindruck zu erwecken, dass sie dieses Thema sehr ernst nimmt. Tatsächlich gibt es Ansätze von nachhaltigem Handeln. In diesem Zusammenhang möchte ich die Projekte im Rahmen der Aktion „Unser Dorf soll schöner werden" oder den von der Gemeinschaft finanzierten *Katalog der guten Beispiele* erwähnen. Dabei handelt es sich um eine Broschüre der Verbraucherschutzzentrale, die in puncto Nachhaltigkeit zur Informations- und Bewusstseinsbildung beiträgt.

Auch die Vorgaben zum Energiestandard beim PPP-Projekt und das Plädoyer der Regierung für eine Deutschsprachige Gemeinschaft als Modellregion für Energieeffizienz und erneuerbare Energien scheinen darauf hinzuweisen, dass man es mit der Nachhaltigkeit ernst meint. Trotzdem haben wir Zweifel. Wenn in puncto EMAS-Zertifizierung nach dem Ausscheiden der ECOLO-Fraktion aus der Mehrheit – also seit siebeneinhalb Jahren – kaum Fortschritte gemacht wurden und jetzt sogar der Kostenfaktor als Bremse für die Zertifizierung genannt wird, dann muss die Frage erlaubt sein, ob den Worten auch wirklich Taten folgen.

Wie steht es um die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand? Welchen Beitrag leistet die Gemeinschaft konkret, um ihren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern? Wie steht es um den nachhaltigen Konsum auf Ebene der Regierung, des Ministeriums, der Dienste der Gemeinschaft, der Gemeinschaftsschulen oder auch der paragemeinschaftlichen Einrichtungen? Wie hoch ist zum Beispiel der CO_2-Ausstoß der Ministerautos? Wie kann es sein, dass in Worriken im Rahmen der „Alpentage" weiterhin eine Ski- und Rodelpiste mit Kunstschnee angelegt wird, wo doch jeder wissen müsste, dass die Energie- und Umweltbilanz von Kunstschnee wirklich verheerend ist?

Nachhaltigkeit ist etwas ganz anderes. Sie erfordert andere Lebensstile und vor allem ein anderes Konsumverhalten. Das scheint noch nicht bis in die Köpfe der Verantwortungsträger durchgedrungen zu sein. Solange die Gemeinschaft und deren Einrichtungen nicht die richtigen Zeichen setzen, kann sich dieses Bewusstsein auch nicht in den Köpfen der Menschen festsetzen. In Bezug auf die Regierungsarbeit bleibt einfach schwer zu erkennen, inwiefern die Nachhaltigkeit als transversaler Gedanke in alle Sachgeschäfte und Politikbereiche integriert wird.

Ich komme zum dritten Thema meiner Stellungnahme, und zwar zum barrierefreien Tourismus. Vor zwei Jahren habe ich bei der Haushaltsdebatte angeregt, die Gemeinschaft sollte dem barrierefreien Tourismus mehr Gewicht beimessen. Dadurch lasse sich der menschliche und familienfreundliche Charakter unserer Gegend unterstreichen und dadurch eröffne sich auch ein neuer, großer Markt, wodurch dem Wirtschaftsfaktor Tourismus ein weiteres Standbein gegeben werden könne. Bedenken Sie die demografische Entwicklung. In diesem Zusammenhang bietet die Barrierefreiheit eine wirkliche Perspektive.

Im vergangenen Jahr habe ich das Thema erneut aufgegriffen, weil wir der Überzeugung sind, dass hier aus sozialen und aus wirtschaftlichen Gründen Handlungsbedarf besteht. Der barrierefreie Tourismus ist eindeutig Bestandteil einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Leider geschieht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch hier nicht sehr viel. Dies ist für uns ein weiteres Beispiel dafür, dass die Regierung es mit der Nachhaltigkeit nicht wirklich ernst meint.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschieht nicht sehr viel, während um sie herum sehr viel in Bewegung ist. In der deutschen Eifel werden verstärkt barrierefreie touristische Produkte angeboten und beworben. In regelmäßigen Abständen ist in den hiesigen Medien darüber zu lesen.

Der *Infopunkt Barrierefreies Reisen* vom Flämischen Tourismusverband ist durch die Zusammenarbeit zwischen Organisationen und Diensten von und für Menschen mit Behinderung und dem Tourismusverband entstanden. Reisende mit einer Behinderung oder Einschränkung finden dort sorgfältig zusammengetragene Informationen über die

Zugänglichkeit von Reisezielen und Beherbergungsbetrieben. Auch in der wallonischen Region hat der zuständige Minister jetzt den Tourismusverband damit beauftragt, die Barrierefreiheit zum Thema zu machen.

Genau wie vor einem Jahr fordere ich auch heute die Regierung auf, einen Strategieplan, einen Zeitplan und einen Finanzierungsplan für eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum barrierefreien Tourismus zu erstellen. Ziel sollte es sein, den barrierefreien Tourismus kurzfristig in die touristische Produktpalette aufzunehmen und zu bewerben. Meine Frage an die Regierung: Was haben Sie diesbezüglich im vergangenen Jahr unternommen?

Werte Kolleginnen und Kollegen, damit bin ich bei der Medienkompetenz angelangt, dem letzten Thema, das ich heute ansprechen möchte. Sehr lange haben wir auf die Ergebnisse der KFN-Studie zu Gewalterfahrungen und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft warten müssen. Vor zwei Wochen wurden sie dann endlich vorgestellt.

In den Medien ist vor allem das Problem der elterlichen Gewalt angesprochen worden. Die Frage der Gewalt innerhalb der Familienzelle, die nicht nur die Gewalt zwischen Eltern und Kindern, sondern auch die Gewalt zwischen Mann und Frau betrifft, beschäftigt uns schon seit längerer Zeit und müsste in unserer Gemeinschaft noch offensiver angegangen werden. Es ist leider noch immer ein Tabuthema, auf das ich heute jedoch nicht näher eingehen möchte.

Heute möchte ich mich ganz speziell mit Fragen der Medienabhängigkeit und der Medienkompetenz beschäftigen. Im vergangenen Jahr hat ECOLO dieses Thema immer wieder angesprochen und darauf hingewiesen, dass Medienkonsum eine deutliche Suchtgefahr darstellt. Medienkonsum ist nicht nur die Ursache von Schulversagen, sondern auch oft Auslöser von Gewalt. Gewalthaltige Medien prägen das eigene Gewaltverhalten. Auch die Ergebnisse der KFN-Studie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestätigen diesen Zusammenhang. Deshalb muss den Kindern, den Jugendlichen und den Erwachsenen verstärkt Medienkompetenz vermittelt werden. In unseren Augen ist und bleibt dies eine zentrale Aufgabe der Gemeinschaft, der bisher jedoch noch zu wenig Bedeutung beigemessen wurde.

Den Eltern müssen konsequent Hilfen angeboten werden. Es ist wichtig, dass Eltern einen Einblick darin haben, womit sich ihre Kinder beschäftigen. Die Vermittlung von Kenntnissen über Inhalte, technische Voraussetzungen, Möglichkeiten und Gefahren verschiedenster Medienangebote ist dringend notwendig. Es geht hier nicht um Einzelmaßnahmen. Wir benötigen ein kohärentes, bereichsübergreifendes Programm zur Vermittlung von Medienkompetenz. Dieses Konzept sollte in Zusammenarbeit mit den Akteuren aus der Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung, dem Medienbereich, dem Unterrichtsbereich und dem sozialen Bereich erstellt und umgesetzt werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei ECOLO*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Laschet das Wort.

HERR LASCHET (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit Beginn der Legislaturperiode ist von einem Sparhaushalt die Rede. Auch der Haushalt 2012 bildet in diesem Zusammenhang keine Ausnahme. Hinzu kommt, dass dieser Haushalt aufgrund veränderter Parameter nicht mehr dem aktuellen Lauf der Ereignisse entspricht. Allerdings sollte überlegt und mit den passenden Parametern gearbeitet werden. Wie bereits von der Regierung angekündigt, ist im Frühjahr 2012 mit Haushaltsanpassungen zu rechnen.

Im Organisationsbereich 40 bleibt wenig Spielraum für Neues. Dennoch bleiben alle Dienstleistungen weiterhin gewährleistet, was allerdings nicht bedeuten soll, dass der Haushalt keinerlei Anpassungen und Erhöhungen zulässt. Trotz allem entspricht er den realen Bedürfnissen und geht darauf ein.

Mein Koalitionskollege hat soeben verschiedene Bereiche wie den Sport, den BRF sowie die Gemeinschaftszentren angesprochen. Ich möchte nun auf einige andere Bereiche eingehen: Im Bereich Jugend – Programm 11 – sieht der Haushalt 2012 eine Erhöhung des Zuschusses für das Jugendbüro um 67.000 Euro vor, was vor allem die direkte Konsequenz des neuen Jugenddekrets und der damit verbundenen Aufwertung des Streetworks sowie der Beratung für die Jugendorganisationen und Träger der offenen Jugendarbeit ist. Diese Aufwertung bringt eine Erweiterung des Personalstabs mit sich, der in Zukunft eine halbe Vollzeitäquivalenz im Bereich der mobilen Jugendarbeit, dem Streetwork, und eine halbe Vollzeitäquivalenz zur Beratung und Begleitung der Jugendeinrichtungen zählt. Demzufolge werden im Haushalt 2012 die entsprechenden Mittel um 10 % aufgestockt. Im Jahr 2013 kommt es im Vergleich zum Jahr 2011 mit der Umsetzung des Jugenddekrets zu einer Erhöhung von insgesamt 20 %. An den Zahlen erkennt man den Stellenwert der Jugend in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Nicht zuletzt über das heute zur Verabschiedung vorliegende neue Jugenddekret wird die Jugend zu einer wahren Priorität der Mehrheit.

Im Programm 17 – Tourismus und Verbesserung der Lebensqualität – werden die allgemeinen laufenden Ausgaben um 20.000 Euro erhöht. Für die Umsetzung des Zukunftsprojekts *Genuss- und Wohlfühlregion*, das unter anderem die Erstellung eines Leitbilds für die Tourismusentwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Einführung eines international anerkannten Systems zum Qualitätsmanagement mit entsprechendem Qualitätslabel sowie ein verstärktes Aus- und Weiterbildungsprogramm mit entsprechender Förderung und Zertifizierung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorsieht, gilt es entsprechende Mittel einzuplanen, da die ersten Weiterbildungen bereits im kommenden Jahr angeboten werden. Des Weiteren wird die Dotation an das Verkehrsamt der Ostkantone um 2,25 % erhöht, und die Kofinanzierung mehrerer Interreg-Projekte, in die das Verkehrsamt der Ostkantone eingebunden ist, sieht wie im Vorjahr 88.000 Euro vor.

Das RAVeL-Wegenetz soll von Aachen bis Luxemburg einheitlich beschildert werden. Da ein Teilstück der besagten RAVeL-Route in Deutschland liegt, infolge des Versailler Vertrags jedoch belgisches Hoheitsgebiet ist, werden 2012 30 000 Euro zwecks Beschilderung an die Städteregion Aachen übertragen. Das Braunkehlchen lässt grüßen.

Im Bereich Erwachsenenbildung, Verbraucherschutz und nachhaltige Entwicklung – Programm 12 – werden die Mittel für die Tätigkeitsfelder von BRAWO und der Weiterbildungskoordinationsstelle weiterhin über den Dienstleistungsfonds zur Verfügung gestellt. Die Subventionen für die personellen Kosten der Erwachsenenbildungsorganisationen belaufen sich auf 138.000 Euro. Um die Funktionskosten der besagten Organisationen zu decken, sieht der Haushalt 2012 Mittel in Höhe von 795.000 Euro vor, was auf die Umsetzung des Erwachsenenbildungsdekrets vom 17. November 2008 zurückzuführen ist und aufgrund der Anpassung an den Verbraucherpreisindex eine Erhöhung von 15.000 Euro darstellt. Auch die Subventionen zugunsten des Rates für Erwachsenenbildung sind im Vergleich zum Vorjahr um 6.000 Euro angehoben worden, was lediglich mit der Fluktuation im Personalbereich zusammenhängt.

Die Verbraucherschutzzentrale Ostbelgien, die über einen Geschäftsführungsvertrag finanziert wird, darf im Haushaltjahr 2012 mit einer klassischen Indexanpassung ihrer Dotation in Höhe von 2,25 % rechnen. Insgesamt sind 273.000 Euro vorgesehen. Hinzu kommen noch 82.000 Euro für die Förderung der nachhaltigen Entwicklung. Da der

Verbraucherschutzzentrale vertraglich die Informationstätigkeit in der nachhaltigen Entwicklung aufgetragen wurde, kommt ihr ein Großteil der diesbezüglichen Mittel zugute.

Ein Wort zum Programm 13 – Kultur: Die Kulturarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist besonders personengebunden, sodass sich die Konsolidierung der hauptamtlichen Kulturarbeit als schwierig, jedoch nicht als unmöglich erweist. Ende 2012 steht beispielsweise im *IKOB*, dem Museum für Zeitgenössische Kunst, ein Personalwechsel an, denn der jetzige Museumsdirektor tritt in den wohlverdienten Ruhestand. Sein Nachfolger muss natürlich eingearbeitet und auf seine neue Mission vorbereitet werden. Aus diesem Grund sind die Mittel im Haushalt 2012 um 63.000 Euro aufgestockt worden.

Im Sportbereich, der bereits angesprochen wurde, steht ebenfalls eine Herausforderung an, und zwar das Dekret zur Bekämpfung des Dopings im Sport, das dem Parlament bald vorgelegt werden wird.

Ich komme kurz auf den Bereich des Denkmal- und Landschaftsschutzes – Programm 21 – zurück. Dort werden verschiedene Zuweisungen den aktuellen Gegebenheiten angepasst. So sind beispielsweise 40.000 Euro vorgesehen, um private Restaurierungsprojekte zu unterstützen. Für die Instandsetzungsarbeiten der sogenannten Kleindenkmäler, d. h. der Objekte, die nicht unter Denkmalschutz stehen und dennoch schützenswert sind, sieht der Haushalt 2012 insgesamt 11.000 Euro vor. Außerdem sind wichtige Bauvorhaben zur Wahrung der Denkmäler in Eupen, Ouren und Recht vorgesehen. Ich denke beispielsweise an die Restaurierung des Kriegerdenkmals auf dem Werthplatz, die Turmsanierung der Friedenskirche in Eupen oder auch an die Renovierung des Heidberg-Klosters.

Im Tourismusbereich sind viele der ursprünglich für 2011 vorgesehenen Projekte auf das Jahr 2012 verschoben worden: zum Beispiel die Renovierung der Jugendherberge in Eupen und die vierte Phase der touristischen Aufwertung der Unterstadt.

Im Organisationsbereich 40 sind die Perspektiven dieselben geblieben: Was die Beschäftigungsgarantie betrifft, wurde kein struktureller Abbau herbeigeführt. Bei der Angebotssicherung sind unsere Spielräume zwar geringer als zuvor, aber der Haushalt 2012 strebt im Wesentlichen das Aufrechterhalten des Dienstleistungs-, Weiterbildungs-, Kultur- und Sportangebots an. Auch die voranschreitenden Arbeiten an dem neuen Kulturförderungskonzept (Zukunftsprojekt *Grenzen leben*) zeigen, dass die Entwicklung unserer Gemeinschaft zukunftsorientiert und proaktiv in die Hand genommen wird. In Sachen Investitionspolitik beweisen die Umsetzung des Infrastrukturplans im Jugend-, Kultur- und Sportbereich sowie die Investitionen in die Tourismusinfrastruktur, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft auch weiterhin an ihrer Investitionspolitik festhält und in die Zukunft investiert.

Die PFF-Fraktion wird dem realistischen Haushalt 2012 auch für diesen Organisationsbereich natürlich zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der PFF*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Mertes das Wort.

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Herr Präsident, Mitglieder von Regierung und Parlament, werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Gleich zu Beginn möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Ihnen unseren klaren Standpunkt bezüglich des Projekts „Heidberg-Kloster" zur Kenntnis zu bringen. Wir betrachten die kostspielige und unnötige Umwandlung des Heidberg-Klosters in ein Kongresszentrum als unvertretbar und möchten Sie bitten, dieses Projekt sofort einzustellen. Bereits gestern hat Frau Franzen diesbezüglich vernünftige Vorschläge gebracht.

Denkmalschutz ist eine gute Sache, sollte jedoch immer mit Vernunft betrieben werden. In diesen unruhigen Zeiten hat die Regierung die Möglichkeit, sich darin zu üben,

Unnötiges von Notwendigem zu unterscheiden. In diesem Zusammenhang sind die Hinweise und Vorschläge der Oppositionsparteien im wahrsten Sinne des Wortes Gold oder – sagen wir doch besser – Geld wert. Die Rede ist von insgesamt circa 8 Millionen Euro. Es ist doch wesentlich einfacher, bereits im Vorfeld Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, als im Nachhinein voll in den Problemen zu baden. Machen wir es also nicht komplizierter, als es schon ist. Sie brauchen dafür auch keine Bedarfsanalyse, Machbarkeitsstudie oder sonstige Untersuchung durchzuführen. Das Geld können Sie sich gleich sparen.

Zum Ehrenamt: 2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. In diesem Rahmen hat die Regierung bereits Aktivitäten durchgeführt und wird auch in den kommenden Jahren weiterhin an der Förderung des Ehrenamtes arbeiten. Dazu möchten wir ihr eine Anregung geben. Im österreichischen Vorarlberg gibt es eine Initiative, bei der mittels einer Alternativwährung, einer sogenannten Zeitwährung, Zeit getauscht werden kann. So schreibt *Österreichs Wochenmagazin für Wirtschaft & Geld – FORMAT.at* in einem Artikel vom Februar 2009 zu dieser Alternativwährung Folgendes: „Talente als Alternative. Über das Teststadium ist Gernot Jochum-Müller bereits hinaus. Die von ihm 1996 ins Leben gerufenen Vorarlberger „Talente" sind mittlerweile das drittgrößte Alternativgeldprojekt Europas. Eine Stunde Arbeitszeit ist hier 100 Talente wert. 2008 wurden 2,5 Millionen Talente umgesetzt. „Eigentlich noch viel mehr", sagt Initiator Jochum-Müller, „Forschungen zeigen, dass 30 bis 50 Prozent der Umsätze gar nicht verbucht werden." Rund 1.800 Menschen tauschen regelmäßig Zeit. Jahr für Jahr wächst die Mitgliederzahl um knapp 15 %. Zu den Vorteilen des Zeittauschs zählt, dass dadurch auch ehrenamtliche Tätigkeiten entlohnt werden können."

Natürlich muss ehrenamtliche Tätigkeit nicht zwingend entlohnt werden. Doch kann man beim Tauschen von Zeit überhaupt von „entlohnen" sprechen? Viele Menschen spüren in Beruf und Gesellschaft einen wachsenden Druck. Auch das führt dazu, dass sich weniger Menschen im Ehrenamt engagieren können oder möchten. Oft hört man Aussagen wie: „Mir fehlt einfach die Zeit." Die VIVANT-Fraktion ist der Meinung, dass solche Alternativwährungen das Ehrenamt fördern, indem sie Menschen dazu bewegen, sich für eine bestimmte Sache einzusetzen. Solche und ähnliche Alternativwährungen könnten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerade in Zeiten von sogenannten Sparhaushalten auf vielen Ebenen wertvolle Unterstützung leisten und neue Möglichkeiten bieten.

Was hindert uns Menschen eigentlich daran, Ideen wie Alternativwährungen seriös in Erwägung zu ziehen? Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Frau Schmitz das Wort.

FRAU SCHMITZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! „Wer auf Kooperation setzt und Synergien schafft, der nutzt gemeinsame Ressourcen. Wer auf Kooperation setzt, kann neue Möglichkeiten erschließen. Wer Synergieeffekte schafft, erzielt ein intelligentes Vorgehen."

Der eine oder andere wird vielleicht festgestellt haben, dass ich soeben mich selbst aus meiner Stellungnahme des letzten Jahres zitiert habe. Nein, keine Angst, werte Kolleginnen und Kollegen, ich verfalle jetzt nicht in Narzissmus! Vielmehr möchte ich auch heute die Kontinuität in meinen Aussagen und den Mehrwert von Kooperation, Vernetzung und Synergien unterstreichen.

Doch zuerst einige Worte zur zweiten Haushaltsanpassung 2011. Für die Haushaltsanpassung ist Folgendes festzuhalten: Die vorgeschlagenen Anpassungen in Bezug auf die laufenden Kosten im Organisationsbereich 40 stellen keine wesentliche Veränderung dar. Die Gesamtsumme bleibt unverändert. Es handelt sich lediglich um

eine Verschiebung der Mittel innerhalb der einzelnen Programme. Dem können wir ohne Weiteres zustimmen.

Bezüglich der Festlegung der Mittel für 2012 wissen wir, dass wir die für unsere Einnahmen relevanten Parameter abwarten müssen – was wir heute bereits des Öfteren gehört haben –, um dann gut durchdachte, weitsichtige Entscheidungen treffen zu können. Ziel muss sein, keine Kürzungen vorzunehmen, die die Dienstleistungen in Gefahr bringen und zwangsläufig Gehaltskürzungen oder Entlassungen nach sich ziehen. Zum Zweiten gilt es, möglichst viele Handlungsspielräume für die Finanzierung der Projekte des REK zu schaffen. Dieser Spagat wird nicht einfach sein. Demzufolge habe ich mich entschlossen, in meiner Rede vorwiegend auf Inhalte und nicht auf finanzielle Zuweisungen einzugehen.

Die Kollegen J.-L. Velz und Laschet haben sich in ihren Stellungnahmen mit der Erwachsenenbildung, dem BRF, dem Sport, dem Tourismus, dem Denkmalschutz und mit den Gemeinschaftszentren auseinandergesetzt. In meiner Stellungnahme zum Haushalt möchte ich mich schwerpunktmäßig mit zwei Teilbereichen des Organisationsbereichs 40 beschäftigen, und zwar mit dem Bibliothekswesen und der Kultur.

Bevor ich jedoch die Programme 13 und 14 näher beleuchte, wage ich einen kleinen Exkurs. Im Nachhinein werde ich Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, verdeutlichen, warum ich diese Brücke schlage. Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich betone, dass extrem hoher Medienkonsum bei Kindern und Jugendlichen gravierende Folgen haben kann. Um die Istsituation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erfassen, wurde – wie heute bereits des Öfteren erwähnt – zu diesem Thema eine umfangreiche Sozialstudie, die sogenannte KFN-Studie, in Auftrag gegeben.

Viele Kollegen aus diesem Hause konnten sich am 23. November 2011 selbst ein Bild über die Sachlage machen. Kurz zusammengefasst möchte ich Ihnen noch einmal die bedeutendsten Erkenntnisse über den Medienkonsum bei Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufzeigen: Medienkonsum steht mit dem Gewaltverhalten in Beziehung. Das Spielen gewalthaltiger Computerspiele oder das Sehen gewalthaltiger Filme beeinflusst die Bereitschaft, selbst Gewaltverhalten an den Tag zu legen. Die Auswertungen belegen, dass bei Kindern das Risiko, mit altersunangemessenen Medieninhalten in Kontakt zu kommen, ansteigt, wenn sich die entsprechenden Geräte im eigenen Zimmer befinden und wenn Eltern das Nutzungsverhalten der Kinder nicht kontrollieren. Eine längere Medienkonsumdauer sowie der Konsum altersgefährdender Inhalte können die Schulleistungen negativ beeinflussen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist der Medienkonsum jedoch nicht als zentrale Ursache mangelhafter Schulleistungen zu betrachten, sondern er ist ein Faktor unter vielen. Dennoch bestätigen weitere Studien, dass die Fernsehdauer die Lesekompetenz von Kindern signifikant beeinflusst. Ein Fernsehgerät im eigenen Zimmer, eine längere Fernsehzeit und der Konsum altersgefährdender Spiele können die schulische Leistungsfähigkeit senken. Insgesamt verbringen die Kinder und Jugendlichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens täglich fast zwei Stunden mit dem Fernsehen oder dem Spielen von Computerspielen. Fürs Lesen sind es gerade einmal 30 Minuten. Trotzdem erreichten die Schüler der Deutschsprachigen Gemeinschaft beim elektronischen Lesetest ERA, der 2009 im Zuge des PISA-Tests durchgeführt worden war, beim digitalen Lesen das höchste Kompetenzniveau. ERA zeigte, dass die Jugendlichen den Umgang mit elektronischen Medien vor allen Dingen zu Hause lernen. Es stellte sich heraus, dass die Computer im Unterricht nicht unbedingt regelmäßig genutzt werden. In diesem Zusammenhang wurde noch Handlungsbedarf zertifiziert.

Welche Schlüsse lassen sich nun aus all diesen Erkenntnissen für die Medienerziehung bzw. die Medienkompetenzvermittlung ziehen? Die Vermittlung von Medienkompetenz mit allen Aspekten zu Chancen und Risiken der Nutzung von Medien ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Zum einen geschieht diese Vermittlung in den

Schulen, also über das Unterrichtswesen, und zum anderen leistet das Medienzentrum im außerschulischen Bereich wichtige Dienste.

Die Bündelung und Vernetzung aller Aktionen und Akteure in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte angestrebt werden. Konkret sollten in unseren Augen folgende Maßnahmen initiiert, weitergeführt bzw. ausgebaut werden: die Schaffung von infrastrukturellen und materiellen Voraussetzungen für die Vermittlung bzw. den Erwerb von Medienkompetenz in den Schulen, wie beispielsweise die Einrichtung von weiteren Schulmediotheken in den Sekundarschulen bzw. von Bücherecken in den Primarschulen und die Ausstattung der Schulen mit der erforderlichen Hard- und Software für den Einsatz der Neuen Medien; die Fortführung der grenzüberschreitenden Vernetzung der öffentlichen Bibliotheken, der Schulmediotheken und der Hochschulmediothek im Verbund *MediaDG*; die Ausarbeitung eines Leitfadens zur Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Auch wenn diese Kompetenz in den Rahmenplänen als eine fachübergreifende Kompetenz definiert wird, müssen klare Empfehlungen gegeben werden, wann welche Kompetenz vermittelt bzw. erworben werden soll, damit im Laufe der gesamten Schulzeit eine altersangepasste, systematische Vermittlung erfolgt und damit beispielsweise der Sekundarschullehrer auf das Vorwissen des Grundschülers aufbauen kann.

Eine weitere Maßnahme ist die Organisation von Aus- und Weiterbildungen in Medienpädagogik und die effiziente Unterstützung der Lehrer in der Praxis durch Beratung und durch Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien seitens der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – dies in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Instituten und Experten. Zur Übernahme dieser wichtigen Aufgabe muss die Hochschule über die erforderlichen Ressourcen verfügen können.

Die kürzlich veröffentlichte Vorlesestudie 2011 der *Stiftung Lesen* und der Wochenzeitung *DIE ZEIT* hat die Bedeutung des Vorlesens in den Fokus genommen. Fazit dieser Studie: Zwischen dem Vorlesen in der Kindheit und dem späteren Leseverhalten besteht insbesondere für das Bücherlesen ein positiver Zusammenhang. Diesbezügliche Aktionen des Medienzentrums und der Schulen sollten weitergeführt und eventuell ausgebaut werden. Hier ist eine Lobbyarbeit für das Vorlesen vonnöten. Diese kann konkret erfolgen durch die Fortführung der Aktionen des Medienzentrums zur Aufwertung des Mediums Buch, durch den Ausbau der Angebote für Eltern – da gebe ich Kollegin Arens recht – sowie durch die Organisation von Infoabenden oder die Bereitstellung von Handreichungen, die die Leseförderung und die Chancen und Risiken der Mediennutzung in den Fokus stellen. Damit, meine Damen und Herren, schlage ich die Brücke zum Programm 14.

Das Gesamtbild des Bibliothekswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird geprägt von den öffentlichen Bibliotheken. Neben dem Medienzentrum sind dies die zahlreichen Pfarrbibliotheken und die Schulmediotheken. In diesem Rahmen kommt dem Medienzentrum als Dienstleister eine Schlüsselfunktion zu. Die Einrichtung des Medienzentrums wird sich in den kommenden Jahren mit der Ausleihe und der Leseförderung einerseits und der Medienkompetenzvermittlung andererseits zu einem Zwei-Säulen-Modell entwickeln, auch wenn die Vermittlung der Informations- und Medienkompetenz weiterhin eine pädagogische Aufgabe der Lehrer in den Schulen ist und bleiben muss.

Zu den konkreten Projekten des Medienzentrums gehören zum Beispiel die Babybuchpakete, die Lesepaten, Animationen für Schulen, die Bereitstellung von Bücherkisten und Aktionen wie der *Safer Internet Day*, um nur einige zu nennen.

Die Zusammenarbeit vieler Akteure ist gefragt. Ein Vorzeigebeispiel ist in diesem Zusammenhang das erste Kinderkinofest in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dieses wurde auf Initiative des Medienzentrums in Zusammenarbeit mit dem Offenen Kanal, der

Vereinigung „Jugend und Gesundheit", dem Roten Kreuz, der Pfarrbibliothek St. Vith sowie den drei ostbelgischen Kinos organisiert.

In puncto Medienkompetenzvermittlung spielt die Medienagentur des Medienzentrums eine wichtige Rolle. Ziel der Medienagentur ist es, innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft möglichst viele Partner bei der Medienkompetenzvermittlung zu unterstützen, Netzwerke zu schaffen und relevante Informationen zu sammeln und zu verbreiten. So können zum Beispiel über diese Datenbank auf Anfrage von Vereinigungen wie Elternvereinigungen, von Organisationen wie Jugendgruppen oder von Privatpersonen zu diversen Themen Referenten vermittelt oder Beispielprojekte präsentiert werden.

Die Schnittstellen, vor allem im Bereich Neuer Medien, sind für alle Zielgruppen interessant. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine fachübergreifende Zusammenarbeit aller Akteure im Bereich der Medienkompetenzvermittlung.

Im Bereich Kultur steht das Jahr 2012 im Zeichen des Zukunftsprojekts *Grenzen leben*. Mit Spannung erwarten wir das neue Kulturdekret, das zurzeit ausgearbeitet wird, und hoffen, dass dieses Dekret einen Beitrag zur Aufwertung der Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft leisten wird.

Im Gesamtkonzept Kultur werden strategische Leitziele für die Reform der Kulturförderung formuliert: erstens, die Stärkung der Vereinswelt; zweitens, die Festlegung von Qualitätsstandards für professionelle Kulturarbeit; drittens, die nachhaltige Sicherung der Kulturlandschaft; viertens, die Verbesserung der Zugänglichkeit zur Kultur, insbesondere für Jugendliche; und fünftens, die Wahrung des Kulturerbes zur Förderung der kulturellen Identität.

Das innovative Kulturförderkonzept soll die Förderung der regionalen Kulturzentren, der Kulturproduzenten, der Kulturveranstalter und die Künstlerförderung über Stipendien regeln. Die Ministerin hat angekündigt, den Fokus verstärkter auf die Förderung der Kreativität der Künstler zu richten. Das können wir nur befürworten und wir hoffen, dass diesbezüglich auch die erforderlichen finanziellen Mittel vorgesehen werden. Im Hinblick auf die konkrete Ausarbeitung des Dekrets erwarten wir, dass die Regierung für eine breite Konzertierung mit dem Kultursektor die nötige Zeit vorsieht. Seitens des Kultursektors ist eine vorbereitende Zusammenarbeit aller Akteure bestimmt förderlich.

Jugendlichen einen verbesserten Zugang zur Kultur zu ermöglichen, ist das Ziel des Jugendkulturkonzepts. Jugendliche zu eigenen Kulturproduktionen zu motivieren und diese Kreativität auch verstärkt in die Schulen zu bringen, ist in unseren Augen äußerst begrüßenswert. Die Zusammenarbeit von Schulen mit hiesigen Künstlern, wie zum Beispiel im Bereich der Theater- oder Museumspädagogik, sollte weiter vorangetrieben werden.

Auch hier können Kooperationen und Vernetzungen eine zielgruppengerichtete Arbeit ermöglichen. Am nächsten Mittwoch, dem 14. Dezember 2011, findet die Veranstaltung der euregionalen Kulturplattform zur Jugendkultur im *Triangel* in St. Vith statt. Die Vorstellung von Best-Practice-Beispielen von Jugendkulturprojekten aus der Euregio Maas-Rhein erwarte ich mit Spannung. Der grenzüberschreitende Austausch soll dazu dienen, weitere Kooperationsprojekte anzuregen. Die anschließende Debatte zwischen Jugendlichen, Politikern und Jugendarbeitern könnte Impulse und Ideen für eine bessere Förderung der Jugendkultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geben.

Dass die Stärkung der Vereinswelt zu den strategischen Leitlinien des zukünftigen Kulturdekrets gehört, befürworten wir sehr. Die diesbezügliche Arbeit der Ehrenamtlichen steht hier im Fokus. Es gilt jedoch, nicht nur das Ehrenamt als solches zu stärken. Vielmehr kommt es darauf an, Menschen für eine ehrenamtliche Tätigkeit, für ein Engagement in einem Verein zu begeistern. Auch hier könnte eine Vernetzung bzw. eine Kooperation unter den Vereinen einen Mehrwert darstellen. Um es an einem Beispiel konkret zu verdeutlichen: Warum sollte man nicht eine verstärkte gemeinsame Nutzung der Veranstaltungsinfrastruktur bzw. der Dorfsäle, anstreben, und das dorfübergreifend? Vielfach ist zu hören, dass die Baukosten und vor allem auch die Nebenkosten eines

Dorfsaales von einzelnen Vereinen schwer zu tragen sind. Synergien könnten hier Ressourcen einsparen und neue Möglichkeiten erschließen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Deutschsprachige Gemeinschaft ist klein und die Wege sind kurz. Nutzen wir diese und setzen wir in den nächsten Jahren auf Kooperation und Synergien, auf effiziente Netzwerkarbeit! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Damit sind die Stellungnahmen der Fraktionen zu den verschiedenen Organisationsbereichen beendet. Die allgemeine Diskussion mit den Antworten der Regierung, den Repliken und den Abstimmungen über die Haushaltsdokumente setzen wir übermorgen, am Donnerstag, dem 8. Dezember 2011, fort.

DEKRETENTWURF ZUR FÖRDERUNG DER JUGENDARBEIT – DOKUMENT 86 (2011-2012) NR. 9

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR SCHRÖDER, Präsident: Zur Tagesordnung steht der Dekretentwurf zur Förderung der Jugendarbeit – Dokument 86 (2011-2012) Nr. 9. Nach der Berichterstattung wird die Regierung den Entwurf vorstellen. Dazu ist eine Richtredezeit von maximal 25 Minuten vereinbart worden. Für die anschließenden Stellungnahmen ist eine Redezeit von 20 Minuten pro Fraktion vorgesehen. Unbeschadet des Rederechts der Regierung hat das Präsidium für die Antwort der Regierung eine maximale Richtredezeit von 20 Minuten vorgesehen. Für die anschließenden Repliken stehen maximal fünf Minuten zur Verfügung. Kein Einwand? Dem ist so.

Ferner weise ich darauf hin, dass Frau Arens, Frau Franzen und Herr Braun heute Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text hinterlegt haben. Diese sind Ihnen als Dokument 86 (2011-2012) Nr. 10 soeben vorgelegt worden. Ich bitte
Frau Arens, den Bericht vorzutragen.

FRAU ARENS (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! In acht Sitzungen hat sich der Ausschuss II für Kultur mit dem Dekretentwurf zur Förderung der Jugendarbeit – Dokument 86 (2011-2012) Nrn. 1 bis 9 befasst. Insgesamt wurden 74 Abänderungsvorschläge hinterlegt, von denen 29 angenommen worden sind.

Die einzelnen Artikel des Dekretentwurfs wurden von der zuständigen Ministerin vorgestellt und kommentiert. Im Ausschuss wurden sie eingehend besprochen und in verschiedenen Anhörungen wurde ihr konkreter Bezug deutlich. Das Jugendbüro informierte über die Durchführung von Sozialraumanalysen in der Offenen Jugendarbeit und über das diesbezügliche Pilotprojekt in der Gemeinde Lontzen. Der Rat der deutschsprachigen Jugend stellte seine zehn prioritären Bemerkungen in Bezug auf den Dekretentwurf vor. Nach dieser Vorstellung wurde beispielsweise über die Mindestmitgliederzahl für Jugendorganisationen, über die verpflichtende Gründung einer VoG mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, über die als Aktivitäten geltenden Tätigkeiten sowie über die Aus- und Weiterbildung diskutiert.

Zudem hörte der Ausschuss die Jugendeinrichtungen an, die vom neuen Jugenddekret betroffen sein werden. So erhielten die Jugendorganisationen und die Jugendheime die Gelegenheit, sich zum Dekretentwurf zu äußern. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem über die Förderkriterien für Jugendorganisationen, die Zuschüsse der Jugendlager, die Grundausbildung für ehrenamtliche Jugendleiter, die Konsolidierung der Jugendeinrichtungen durch die Regierung, die Sozialraumanalyse, die Arbeitgeberrolle sowie über die Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Regierung ausgetauscht.

Weitere Einzelheiten zum Dekretentwurf, zu den diesbezüglichen Beratungen sowie zu den Abstimmungsergebnissen im Einzelnen können Sie dem Bericht im Dokument 86 (2010-2011) Nr. 9 entnehmen.

Ausschuss II nahm die Gesamtheit des Dekretentwurfs in seiner abgeänderten Form mit 4 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen bei 1 Enthaltung an.

Die Artikel des Dekretentwurfs wurden dementsprechend neu nummeriert.

Der vorgelegte Teil des Berichts wurde einstimmig angenommen und der Berichterstatterin wurde für die Wiedergabe der Beratungen vom 28. November 2011 einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des von ihm angenommenen Textes. Ich danke der Verwaltung für die Hilfe bei der Erstellung des Berichts und Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Allgemeiner Applaus*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Möchte jemand zum Bericht Stellung nehmen? Dem ist nicht so. Dann ist die allgemeine Diskussion eröffnet. Wir beginnen mit der Vorstellung durch die Regierung. Frau Ministerin Weykmans hat das Wort.

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Was bedeutet es, im Jahr 2011 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft jung zu sein? Diese Frage kann man zu beantworten versuchen, indem man die Jugendlichen selber befragt. Man kann auch diejenigen befragen, die sich tagtäglich mit Jugendlichen beschäftigen: Eltern, Lehrer, Jugendarbeiter, Wissenschaftler. Sie alle können mit Sicherheit ein gutes Bild der Lebenssituation der Jugendlichen in unserer Gemeinschaft zeichnen.

Daran schließt sich die Frage an, welche Bedeutung die Lebenssituation der Jugendlichen für unsere Gesellschaft und für die Weiterentwicklung und die Entwicklungsperspektiven der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben kann. Aus meiner Sicht lässt sich diese Frage sehr leicht beantworten, denn die Jugend ist nicht etwa ein Problem, wie es oft heißt, nein, sie ist unser Potenzial. Diese Feststellung ist sicherlich nicht neu. Neu ist jedoch, dass der heute zur Abstimmung vorliegende Jugenddekretentwurf aus einer Perspektive der Förderung dieses Potenzials entstanden und auch so zu verstehen ist.

Um die Förderung der Jugend adäquat, zielgerichtet und effizient zu gestalten, muss der Jugendliche zunächst einmal als Ganzes in den Fokus genommen werden. Die Umsetzung des Grundsatzes des ganzheitlichen Ansatzes führt zu einem Paradigmenwechsel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In diesem Fall wird die Politik nicht mehr vorrangig bereichs- oder organisationsbezogen, sondern zielgruppengerichtet gestaltet. Es wird also eine fachübergreifende Perspektive eingenommen, um für die Zielgruppe der Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine maßgeschneiderte, ganzheitliche Förderung zu schaffen.

Allein schon dieser Grundsatz und die von uns gewählte politische Ausrichtung, die die Basis des Dekretentwurfs bilden, reichen meines Erachtens aus, um die Einführung einer wissensbasierten und verifizierbaren Jugendförderpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und damit verbunden die Einführung des Strategieplans zu rechtfertigen, so wie es auch in den anderen Gemeinschaften und Regionen unseres Landes und in anderen Ländern Europas geschehen ist. Keine Sorge, ich werde mich nicht auf diese Aussage beschränken, sondern diesen Entschluss noch einmal begründen.

Dieser Dekretentwurf zur Förderung der Jugendarbeit wird durch drei Rahmen bestimmt. Zunächst sind da die politischen Prioritäten, die von der Regierung und der sie tragenden Mehrheit gesetzt werden und von der Europäischen Union vorgegeben werden. Zweitens gibt es den legalen Rahmen. Der dritte Rahmen ist der wissenschaftliche, der beispielsweise die Einführung neuer Methoden festlegt. Darauf werde ich gleich noch eingehen.

Die Regierung hat die Jugendförderung in ihrer Ganzheitlichkeit und ihrer Komplexität zu einer politischen Priorität gemacht. Die Mehrheit setzt auf eine transparente, verifizierbare und wissensbasierte Politikgestaltung und ermöglicht somit, dass sich in Zukunft vor allem die politisch Verantwortlichen in diesem Hause in Bezug auf die Jugendförderpolitik deutlich an Erfolgen und Misserfolgen messen lassen müssen. Wir sind uns der vielfältigen Herausforderungen bewusst, denen sich die jungen Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heutzutage stellen müssen. Aufgrund dieses Bewusstseins muss die Deutschsprachige Gemeinschaft aktiv werden, statt der Entwicklung nur zuschauen. Wir stellen folglich einen hohen Anspruch an die Jugendförderpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an uns selbst. Wir müssen uns prioritär mit der Jugendförderung beschäftigen und schlagen deshalb in diesem Dekretentwurf vor, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Strategieplan zur Jugendförderpolitik einzuführen.

Was bedeutet „jung sein"? Als Antwort genügt es nicht, das Jungsein an einem bestimmten Alter festzumachen. Das haben wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schon einmal vergebens versucht. Das Jungsein ist vielmehr eine Lebenssituation und bezeichnet den Zustand, in dem man sich zwischen Kindheit und Erwachsenwerden befindet. Genau da setzen wir an, um die Jugendlichen mit unseren Dienstleistungen und denjenigen der Jugendorganisationen proaktiv zu begleiten, wenn es in dieser Lebenssituation Momente gibt, wo sie Hilfe und Unterstützung benötigen. Auf dem Weg zum Erwachsenwerden muss der junge Mensch lernen, selbstständig zu werden und für die Erfüllung seiner Bedürfnisse selbst aufzukommen, zum Beispiel indem er einen Beruf erlernt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zu verbessern. Dahin gehende Maßnahmen sind zum Teil in Projekten des Regionalen Entwicklungskonzepts wiederzufinden. Neben der Berufswahl ist die Gründung einer Familie eine weitere wichtige Etappe im Erwachsenwerden. Hier kommt dann die Familienpolitik ins Spiel.

Bei der Jugendförderung handelt es sich folglich um eine Querschnittsaufgabe. Die entsprechende Jugendförderpolitik wird im vorliegenden Dekretentwurf zum ersten Mal als solche definiert und in einem Strategieplan festgehalten. Jede Regierung setzt sukzessive ihre Umsetzungsschwerpunkte, um diesen Plan auszugestalten.

Zu dem soeben erwähnten politischen Rahmen, in den alles gegossen wird, zählt das REK-Zukunftsprojekt *Jugend ist Zukunft*. Dieses Projekt ist ausgehend von dem politischen Willen der Mehrheit, die Jugendpolitik in den Fokus zu nehmen, und von den Befragungen im Rahmen der Bürgerforen entstanden. Letztere waren zu dem Schluss gekommen, dass die Jugendförderung Teil der Regionalentwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist.

Es ist unverkennbar, dass das Vorantreiben der Regionalentwicklung und die Jugendförderpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwei untrennbar miteinander verbundene Aspekte sind, wenn wir sagen, dass die Jugend unsere Zukunft ist.

Auch viele andere Zukunftsprojekte gehen auf Fragen der Lebenssituation von Jugendlichen ein und nennen Ansätze, wie diese verbessert werden kann. Das werden wir Ihnen natürlich noch im Detail vorlegen. Nur so viel vorweg: Der Strategieplan, den die Regierung dem Parlament laut Dekretentwurf im Herbst 2012 vorlegen wird, ist ergänzend zum ersten Umsetzungsplan des REK zu betrachten.

Auch die EU hat die Jugend zu einer politischen Priorität gemacht, und das natürlich nicht zuletzt im Rahmen der Europa-2020-Strategie. Mehr Informationen dazu finden Sie im Regionalen Entwicklungskonzept, denn bekanntlich haben wir darin immer wieder den Bezug zur EU, zur Wallonischen Region und zu anderen Regionen hergestellt.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die wichtigsten Etappen auf Ebene der EU, die in den letzten Jahren die Gestaltung der Jugendpolitik in den Regionen und Ländern Europas maßgeblich beeinflusst haben. Der erste wichtige Anstoß war die Veröffentlichung des ersten Weißbuches mit dem Titel *Ein neuer Elan für die Jugend Europas* im Jahr 2001. Schon damals einigten sich die Jugendminister darauf, zum ersten Mal im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode gemeinsame Ziele zu definieren, die von allen Mitgliedstaaten erreicht werden sollten. Es wurde schnell deutlich, dass die EU die wissensbasierte Jugendpolitik und die Partizipation als maßgebliche und wichtigste Schwerpunkte betrachtet. Den Beschlüssen des Europarates zur Jugendinformation, zur Jugendpartizipation, zur Freiwilligenarbeit und zur wissensbasierten Jugendpolitik sowie dem Beschluss des Jugendministerrates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018) trägt der vorliegende Dekretentwurf Rechnung, sodass wir den von der EU festgelegten Zielvorgaben nachkommen.

Ein weiteres wichtiges Dokument war die Absichtserklärung der Benelux-Jugendminister *Gleiche Rechte und Chancen für alle Kinder und Jugendlichen*, auf die ich später noch zurückkommen werde, weil sie ebenfalls Teil des Strategieplans sein wird. Das neue Jugenddekret ist folglich das Instrument, mit dem wir den künftigen Herausforderungen begegnen und die europäischen Ziele erreichen wollen. So viel zum politischen Rahmen.

Beim legalen Rahmen geht es um die Gesetzgebung, die wir uns an die Hand geben müssen, um diese politischen Ziele zu erreichen. Unsere Überlegungen hinsichtlich eines neuen Jugenddekrets gingen von der aktuellen Gesetzesgrundlage aus: Einerseits ist dies das sogenannte Animatorendekret aus dem Jahr 1992, das den Personalkostenzuschuss regelt, andererseits ein Dekret aus dem Jahr 1998, das vor allem die Funktionszuschüsse und die Anerkennung von Jugendeinrichtungen und -organisationen regelt. Diese beiden Dekrete sind jedoch nicht mehr zeitgemäß, denn aufgrund der Entwicklungen im Jugendsektor und des zunehmenden Einflusses der EU-Gesetzgebung haben sie sehr viele Änderungen erfahren. Sie sind mittlerweile eine Mischung von unterschiedlichen Handlungs- und Bezuschussungsweisen, was im Endeffekt zu großen Qualitätsunterschieden zwischen den einzelnen Jugendorganisationen führt und dem Gleichheitsprinzip zuwiderläuft. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, die Regeln und die Qualitätsnormen anzupassen und gleichzeitig den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Am 1. Januar 2012 wird zum ersten Mal ein Jugenddekret in Kraft treten, das nicht nur eine dekretale Grundlage für die Jugendorganisationen, die Offene Jugendarbeit und die Jugendinformation, sondern auch für das Jugendbüro, das Streetwork, die Bezuschussung der Aus- und Weiterbildung ehrenamtlicher Jugendleiter und professioneller Jugendarbeiter schafft sowie die Einführung des ersten Strategieplans vorsieht.

Das Resultat der Umsetzung dieses Dekrets sind die Einführung neuer Methoden, klare, gleiche Regeln für alle und die Refinanzierung des Sektors durch eine Mittelerhöhung von rund 20 %. So vollziehen wir einen riesigen Schritt hin zu einer zukunftsorientierten, wissensbasierten, zielgerichteten und ganzheitlichen Jugendförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die neuen Methoden, die zum Ziel haben, den Bedarf zu erkennen und gezielt auf diesen einzugehen, gehören zu dem von mir eben erwähnten dritten Rahmen, dem wissenschaftlichen Rahmen.

Eine Neuerung ist die Erstellung von Sozialraumanalysen im Rahmen der Offenen Jugendarbeit auf lokaler Ebene. Dies wird zu einer bedarfs- und wissensbasierten Jugendarbeit in den Gemeinden führen. Die Resultate der Sozialraumanalyse werden auch die Basis für die zu erstellenden Konzepte und für die Leistungsaufträge sein, die wir gemeinsam mit den Trägern der Offenen Jugendarbeit und den einzelnen Gemeinden

abschließen werden. Außerdem bilden sie im Endeffekt die Bezuschussungsbasis für die Offene Jugendarbeit. Darüber hinaus werden sie der Regierung selbst natürlich als wichtige Informations- und Datenquelle für die Erstellung des Strategieplans dienen. Auf Vorschlag der ECOLO-Fraktion haben wir das explizit ins Dekret eingefügt. Im Dekret ist ferner festgehalten, dass auch die Jugendinformationszentren die Resultate der Sozialraumanalyse für die Gestaltung der Jugendarbeit und des Streetworks nutzen. Vor allem die Gemeinden können sich so ein Bild über den tatsächlichen Bedarf machen. Mit Ausnahme des flächendeckenden und bereichsübergreifenden konzeptuellen Vorgehens ist die Sozialraumanalyse die einzige Methode, die dekretal festgehalten wurde.

Nichtsdestotrotz spielen in diesem Rahmen natürlich auch andere Erhebungen und Studien, beispielsweise aus dem Unterrichtswesen, eine Rolle. Dazu gehört nicht zuletzt die heute bereits mehrfach zitierte KFN-Studie, die gewisse Lebenswelten der Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft genaustens erfasst. Auch Berichte, Fachtagungen und Konzertierungsgespräche liefern interessante Angaben, um vor allem die Schwerpunkte für die Jugendförderpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu definieren. In vielen Regionen und Ländern Europas gehört das eigentlich schon fast zum Tagesgeschäft. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen wir mit dieser Arbeit jedoch erst am Anfang, denn wir verfügen derzeit nur über wenige Daten die Jugend betreffend. Das ist in anderen Bereichen ähnlich, da die Deutschsprachige Gemeinschaft in Erhebungen nicht immer als gesonderte statistische Einheit angesehen wird. In dieser Hinsicht sind uns viele andere Länder und Regionen Europas einen weiten Schritt voraus und verfolgen nicht nur im Jugendbereich bereits das Ziel, noch viel intensiver in Richtung der wissensbasierten Politikgestaltung zu gehen.

Das Jugenddekret ist der erste Schritt, um diesen Rückstand aufzuholen. In einem zweiten Schritt werden wir Wirkungsindikatoren festlegen müssen, um zu sehen, wie unsere Maßnahmen auf dem Terrain angekommen sind, welche Resultate zu verzeichnen sind und ob die gesteckten Ziele erreicht wurden. Sollte Letzteres nicht der Fall sein, wird die Regierung die Weichen anders stellen müssen, damit wir letzten Endes doch zu einer wissensbasierten, verifizierbaren und vor allem transparenten Politikgestaltung kommen. Zusammenfassend kann man sagen, dass wir uns von einer institutionalisierten Jugendarbeit hin zu einer konzeptuellen Jugendarbeit bewegen.

Zudem ist das Dekret zur Förderung der Jugendarbeit sehr flexibel, denn es passt sich der Dynamik des Jugendsektors an und gibt keine Inhalte vor. Die lokalen Besonderheiten werden berücksichtigt, indem wir mit den Gemeinden nach dem Subsidiaritätsprinzip sehr intensiv in der Offenen Jugendarbeit und der aufsuchenden Jugendinformation zusammenarbeiten.

Ein Wort noch zur Entstehungsgeschichte dieses Dekretentwurfs. Zunächst haben wir uns von Best-Practice-Beispielen inspiriert. Wir haben unsere guten Kontakte zu den beiden anderen Gemeinschaften unseres Landes und zu Luxemburg genutzt, um Konsultationen durchzuführen, die uns die dortige Jugendpolitik näher gebracht haben. Wir haben so erfahren, welche Ziele man sich dort in der Jugendpolitik setzt und mit welchen Methoden man diese zu erreichen versucht. Wir hatten das Glück, mit allen unseren Kontaktpersonen sehr intensive Arbeitsgespräche führen zu können, weil diese selbst mitten in einem Reformprozess standen und manche Überlegungen bereits umgesetzt hatten. Die aus diesen Arbeitsgesprächen gewonnenen Erkenntnisse haben wir von einem Soziologen und Politikwissenschaftler analysieren lassen, in einem Bericht festgehalten und den Parlamentariern vorgelegt. Aus diesem Bericht kristallisierten sich dann die Ansatzpunkte heraus, die die Basis für die Jugendpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bilden und in ein neues Jugenddekret gegossen werden sollten. Auch die P.R.I.M.A.-Empfehlungen an die Jugendpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft mussten im Dekretentwurf Berücksichtigung finden.

Des Weiteren wurden verschiedene Arbeitsgruppen zu den Themen „Aus- und Weiterbildung" und „Jugendinformation" eingesetzt, die sich aus den unterschiedlichsten Akteuren des Jugendsektors in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammensetzten. Ziel der Arbeitsgruppen war die Diskussion und die Erstellung neuer Konzepte, die in das Jugenddekret einfließen sollten. Zu den künftigen Inhalten des Dekrets haben wir die Jugendarbeiter befragt und mehrere Klausurtagungen organisiert. Bei einem Studientag in Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremen haben wir die Methodik der im Dekretentwurf festgehaltenen Jugendpolitik noch einmal auf den Prüfstand gestellt und ihr einen Feinschliff gegeben. Wir haben auch das Gutachten des RdJ vom 6. Oktober 2010 zur Förderung der Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen integriert. Zum ersten Vorentwurf eines Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit fanden zwischen November 2010 und Februar 2011 verschiedene Konzertierungen statt. Zwischenzeitlich lag uns dann das erste Gutachten des RdJ vom 15. Januar 2011 zum Entwurf eines Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit vor. Nachdem der Staatsrat sein Gutachten abgegeben hatte, wurde der Text erneut überarbeitet. Das zweite Gutachten, das wir beim RdJ angefragt haben, ist ebenfalls in großen Teilen in den Dekrettext eingeflossen. An dieser Stelle möchte ich eine Klammer machen und darauf hinweisen, dass die vom RdJ ausgearbeiteten Gutachten sehr vollständig und detailliert waren. Ich erwähne das, weil das nicht bei allen Beiräten der Fall ist.

Schließlich haben wir den Dekretentwurf im Parlament hinterlegt, damit er im zuständigen Ausschuss beraten und bearbeitet werden konnte. Im Rahmen dieser Arbeit haben auch Anhörungen von verschiedenen Jugendorganisationen und -einrichtungen stattgefunden. Nach diesen Beratungen und Anhörungen haben alle Fraktionen und auch die Regierung Abänderungsvorschläge eingereicht. Sowohl die Abänderungsvorschläge der Mehrheitsfraktionen ProDG, PFF und SP als auch die von ECOLO waren im Sinne des Dekrets, sodass dessen Text entsprechend angepasst werden konnte.

Die CSP-Fraktion hat keine echte Bereitschaft gezeigt, sich mit dem Dekretentwurf und den damit verbundenen Themenkomplexen auseinanderzusetzen. … (*Unruhe im Saal*) … Während der Beratungen hat sie wenig sachbezogen Stellung genommen und sich auf Allgemeinplätze beschränkt. Dass keiner ihrer Abänderungsvorschläge vom Ausschuss angenommen wurde – dazu hat sie ja bereits am Samstag eine Pressemitteilung veröffentlicht –, lag ganz einfach daran, dass diese schlecht ausgearbeitet waren und handwerkliche Fehler beinhalteten, die man schon nicht mehr als Flüchtigkeitsfehler gelten lassen kann.

Inhaltlich möchte ich zu den Abänderungsvorschlägen der CSP-Fraktion eigentlich nur Folgendes anmerken: Die Regierung hat die Pflicht zu kontrollieren, wofür die öffentlichen Gelder für die Gestaltung der Jugendpolitik ausgegeben werden und ob die vorgeschriebenen Methoden und Qualitätskriterien eingehalten werden. Diese Kontrollpflicht kann daher nicht als Einmischung bezeichnet werden und schränkt auch nicht die Autonomie der Jugendorganisationen ein. Würde man sie abschaffen, wäre das eine wirkliche Aushebelung von demokratischen Grundsätzen. Mit diesem Dekretentwurf verabschiedet das Parlament einen Regeltext und es ist Aufgabe der Regierung zu prüfen, ob diese Regeln tatsächlich eingehalten werden – nicht mehr und auch nicht weniger.

Dieser Dekretentwurf ist ja nicht der erste vom Parlament verabschiedete Dekretentwurf. Umso mehr wundert mich die Kritik der CSP-Fraktion. Muss man diese Kritik so verstehen, dass es in den Augen der CSP-Fraktion besser gewesen wäre, das Geld einfach auszugeben, ohne sich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen? Es tut mir leid, aber eine solche Vorgehensweise entspricht nicht meiner Vorstellung von einer zukunftsweisenden und hohen Qualitätsansprüchen entsprechenden Politikgestaltung. Der Dekretentwurf stellt hohe Ansprüche an den Jugendsektor, an die Regierung und das

Parlament. Weil die Jugend für uns eine politische Priorität ist, halten wir dies inhaltlich für den richtigen Weg.

Die Sozialraumanalyse, auf die ich bereits kurz eingegangen bin, ist ein Grundsatz in der Sozialpädagogik und eine Mindestanforderung an den Jugend- oder Sozialarbeiter. Es genügt nicht, lediglich nur eine Bedarfsanalyse durchzuführen; man muss noch einen Schritt weiter gehen. Zudem sind die professionellen Jugendarbeiter qualifiziert, um solche Sozialraumanalysen durchzuführen. Schade finde ich in diesem Zusammenhang, dass gewisse Ängste manchmal politisch missbraucht wurden.

Kommen wir nun zu den Anforderungen, die der Dekretentwurf an die Jugendorganisationen stellt. Zunächst wurden im Dekretentwurf die Jugendarbeit sowie deren Schwerpunkte definiert. Dabei handelt es sich um die formalen Grundkriterien, die neben den klassischen Kriterien von den verschiedenen Jugendeinrichtungen zu erfüllen sind, um überhaupt in den Genuss einer Bezuschussung zu kommen.

Zu den wichtigsten klassischen Kriterien gehört die Partizipation auf allen Ebenen – Jugendorganisationen, Gemeinden, Deutschsprachige Gemeinschaft – und bei der Erstellung des Strategieplans. Auch den Anforderungen, die vonseiten der Europäischen Union sowie vom Jugendsektor selbst an uns gestellt wurden, sind wir in diesem Dekretentwurf gerecht geworden.

Die Jugendorganisationen, zu denen die Pfadfinder, die KLJ, die Chiro, die Patro und der Jugenddienst *Jugend & Gesundheit* gehören, arbeiten zum großen Teil mit jungen Ehrenamtlichen. Dass sie in der Jugendarbeit sehr viel bewegen und die meisten Jugendlichen in unserer Gemeinschaft erreichen, lässt sich mit Zahlen belegen.

Die Jugendarbeit wird neu in den Fokus gerückt. Bisher haben wir die Zuschüsse nur aufgrund von Tätigkeitsberichten ausbezahlt. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass es nicht sehr spannend ist, einen Tätigkeitsbericht zu erstellen. Er bringt der Organisation und der Verwaltung keinen Mehrwert, denn er ist lediglich eine Aufzählung von Aktivitäten.

Wir möchten von diesem Verfahren wegkommen und intensiver mit den Jugendorganisationen zusammenarbeiten, indem wir ihnen unsere Begleitung garantieren und für sie als Ansprechpartner fungieren. Deshalb wird der Tätigkeitsbericht gemäß Dekretentwurf durch einen Wirksamkeitsdialog ersetzt, bei dem wir einmal im Jahr über die Umsetzung des Konzepts sowie über Projekte austauschen, die wir durchführen möchten. Es geht uns also darum, auf einer ganz anderen partnerschaftlichen Ebene zusammenzuarbeiten.

Zudem haben wir die Möglichkeit der Einstellung von neuem Personal geschaffen und die Mittel für Personalzuschüsse sehr stark erhöht, um die Jugendorganisationen finanziell etwas zu entlasten. Es ist uns auch gelungen, die Begleitung und Beratung der Jugendorganisationen zu einer Grundaufgabe des Jugendbüros zu machen, sodass die Organisationen auch einen Ansprechpartner haben.

Die Höhe der Bezuschussung der Jugendorganisationen ergibt sich aus der Korrelation der Anzahl Mitglieder, der Anzahl Gemeinden, in denen sie aktiv sind, und der Regelmäßigkeit der Aktivitäten. Aufgrund eines Abänderungsvorschlags der Mehrheitsfraktionen kommen nun auch Jugendorganisationen mit 50 Mitgliedern, die sich noch im Aufbau befinden, in den Genuss dieser Unterstützung.

Die Offene Jugendarbeit, über die bereits mehrfach in der Presse ausgetauscht worden ist, soll laut Dekretentwurf flächendeckend angeboten werden, sodass jeder Jugendliche gleich welcher Herkunft überall in der Deutschsprachigen Gemeinschaft davon profitieren kann. Sie beinhaltet Treffarbeit, Projektarbeit und die aufsuchende Jugendarbeit und wird durch eine strategische, inhaltliche Zusammenarbeit mit der jeweiligen Gemeinde und der Träger-VoG gewährleistet.

Anhand der Sozialraumanalyse, die den Bedarf bei den Jugendlichen in einer Gemeinde feststellt, werden wir zunächst ein Konzept und dann einen Leistungsauftrag erstellen, in dem ganz klare Ziele definiert werden, die neben den oben erwähnten Elementen die Grundlage für die Bezuschussung bilden.

Die Sozialraumanalyse wird 2014 zum ersten Mal zu erstellen sein. Bis dahin haben wir Zeit, die Jugendarbeiter mittels Weiterbildungen in die Durchführung der Sozialraumanalyse einzuweisen. Die Erstellung von Sozialraumanalysen ist ein wichtiges Projekt und für die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Neuheit, für die wir uns etwas

mehr Zeit nehmen.

Das Personal der Offenen Jugendarbeit wird zu 100 % von der öffentlichen Hand finanziert. Die zur Verfügung gestellten Funktionszuschüsse kommen ebenfalls der Arbeit mit den Jugendlichen zugute. Wir haben eine Anstrengung unternommen und den Personalkostenzuschuss auf 87,5 % angehoben. Die restlichen 12,5 % kommen von der jeweiligen Gemeinde. Im Gegensatz zu den Gemeinden Raeren und Eupen war das in der Gemeinde Kelmis bisher nicht der Fall. Dort hat die Gemeinde mehr bezahlen müssen. Diese Ungerechtigkeit haben wir aufgehoben.

Die Jugendinformation ist ein wichtiges Feld. Dazu ist zu erwähnen, dass wir die aufsuchende Jugendinformationsarbeit neu in den Dekretentwurf aufgenommen haben. Die klassische Jugendinformationsarbeit ist eine Conditio sine qua non, damit die Jugendlichen überhaupt wissen, welche Angebote sie wahrnehmen können. Dafür legen wir gemeinsam mit den Gemeinden kantonal einen Leistungsauftrag fest, der es ermöglicht, dass die Jugendinfozentren auch in den Gemeinden aktiv sind und mit den unterschiedlichen Akteuren arbeiten, um effektiv eine verbesserte Informationsarbeit zu leisten. Wir sind auf dem guten Weg, denn bereits am 1. Januar 2012 können die ersten Leistungsaufträge in Kraft treten.

Die Aus- und Weiterbildung spielt sowohl für die ehrenamtlichen als auch für die professionellen Jugendarbeiter eine wichtige Rolle. Für Letztere ist diese verpflichtend und ein wichtiger Qualitätsgarant für die Jugendarbeit. Für die Ehrenamtlichen wird die Grundausbildung festgelegt. Eine Jugendkommission wird mit der Durchführung der Grundausbildung sowie mit der Organisation von Weiterbildungen beauftragt, sodass wir wirklich bedarfsorientierte Angebote machen können, die von den ehrenamtlichen Jugendleitern kostenlos genutzt werden können und auf sie zugeschnitten sind.

Das von mir bereits erwähnte Jugendbüro ist ein wichtiger Akteur in der Offenen Jugendarbeit. Es ist Beratungsorgan für die Jugendorganisationen und bei der Organisation der Offenen Jugendarbeit und der Agentur für Austauschprogramme der EU. Auch für andere Austauschprogramme spielt es eine wichtige Rolle und ist Träger des Streetworks in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es war schon wichtig, alle diese Aspekte und Aufgaben endlich per Dekret zu regeln.

Mit dem Jugendbüro werden wir einen Geschäftsführungsvertrag abschließen, der die genauen Ziele festhält und vom Parlament verabschiedet werden muss. Stichwort „Kontrollfunktion der Regierung": In Zukunft wird die Regierung kein aktives Mitglied mehr im Verwaltungsrat des Jugendbüros sein, sondern lediglich noch beratende Funktion haben.

Auf eigenen Wunsch hat sich der RdJ vor ein paar Tagen als VoG konstituiert und geht somit schon konform mit dem Dekret. Im Dekrettext haben wir die Kriterien festgehalten, die der RdJ erfüllen muss, um auch weiterhin legitimiert zu sein, Gutachten zur Jugendarbeit abzugeben. Dafür erhält er einen Zuschuss von 15.000 Euro.

Der Strategieplan strukturiert die Jugendpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Den ersten Strategieplan werden wir im Herbst 2012 veröffentlichen. Da die Sozialraumanalysen erst ab 2014 erstellt werden, werden wir uns auf andere Erhebungen stützen müssen, um die Schwerpunkte in diesem Strategieplan festzulegen. Wir werden uns auch auf die Zukunftswerkstatt der Jugendhilfekonferenz, auf den Bericht zum Streetwork und auf die kürzlich vorgestellte KFN-Studie, die noch in den zuständigen Parlamentsausschüssen diskutiert wird, basieren.

Die Regierung hat bereits das Thema des Strategieplans 2012-2014 festgelegt, das in einer Steuerungsgruppe verfeinert wird und in Anlehnung an das Zukunftsprojekt *Jugend ist Zukunft* unter dem Motto „Zukunft für alle jungen Menschen – Benachteiligte junge Menschen im Fokus" stehen soll.

Die Steuerungsgruppe, die sich aus dem Jugendrat, dem Jugendbüro, den Jugendinfozentren sowie Fachleuten aus der Verwaltung zusammensetzt, trifft sich Ende des Monats zum ersten Mal, um in diesem Zusammenhang einen Maßnahmenplan auszuarbeiten, der dann mit dem ganzen Jugendsektor und den Jugendlichen konzertiert wird. Dafür werden wir auf die neuen Technologien zurückgreifen und die Jugendlichen über das Internet zu diesen Themen befragen, damit wir im September 2012 den Strategieplan in seiner abgeänderten Form im Parlament verabschieden können.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass mit dem neuen Jugenddekret bekanntlich auch eine Refinanzierung des Jugendsektors verbunden ist. Insgesamt werden als Konsequenz des neuen Jugenddekrets 250.000 Euro mehr – das sind knapp 20 % – für den Jugendsektor ausgegeben, was eine ganze Menge Geld ist.

Meine einleitende Frage lautete: Was bedeutet es, heute jung zu sein in der Deutschsprachigen Gemeinschaft? Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: Es bedeutet, dass man als aktiver Bestandteil der Gemeinschaft wahrgenommen wird. Wir müssen das Potenzial der Jugend erkennen und auf allen Ebenen massiv in die Jugend investieren, d. h. in eine effiziente, qualitätsorientierte und wissensbasierte Jugendförderpolitik. Jugend ist Zukunft und die Jugend hat Zukunft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der PFF, der SP und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir kommen zu den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat Herr Frank das Wort.

HERR FRANK (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie kaum ein anderes Dekret hat der vorliegende Jugenddekretentwurf in den vergangenen Monaten die Gemüter vieler junger Menschen unserer Gemeinschaft bewegt. Von Gängelung, von Vereinnahmung und sogar von Verstaatlichung des Jugendsektors war in der Presse die Rede, und die Ministerin musste mehrmals ihr neues Konzept der Jugendförderung verteidigen.

Die CSP-Fraktion hat daraufhin den Kontakt zu maßgeblichen Akteuren des Sektors gesucht und das neue Jugenddekret auf seine Alltagstauglichkeit untersucht. Dabei mussten wir feststellen, dass die Vorwürfe des Sektors sehr wohl begründet und die Verteidigungsversuche der Ministerin dementsprechend dürftig waren.

Um es vorwegzunehmen: Die CSP-Fraktion wird dem heute zur Abstimmung vorliegenden Dekretentwurf nicht zustimmen können. Zwar haben wir durch unsere 34 Abänderungsvorschläge, die auf den Kommentaren des Rates der deutschsprachigen Jugend (RdJ) und maßgeblichen Jugendorganisationen und -zentren beruhen, versucht, den vorliegenden Text abzuschwächen, doch zeigten sich Regierung und Mehrheit beratungsresistent.

Weshalb die Regierung so entschieden hat, wissen wir nicht. Ihre Kommunikationsbereitschaft bezüglich dieses Dekretentwurfs war mehr als dürftig. Wie in der Vergangenheit werden wir jedoch klar zum Ausdruck bringen, aus welchen Gründen wir den Dekretentwurf ablehnen werden.

Punkt 1: In unseren Augen ist die Jugend nicht mehr der Akteur der Jugendarbeit, sondern wird zu einem reinen ausführenden Organ der Politik degradiert. Grund dafür ist der sogenannte fachübergreifende Strategieplan, den die Regierung für jede Legislaturperiode verabschiedet und der die näheren Ziele und Aufgaben der Jugendarbeit festlegt. Zwar steht im Dekret, dass die Regierung die geförderten Jugendeinrichtungen an der Erstellung dieses Strategieplans beteiligen möchte, doch fehlt uns die Garantie einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Wir haben für diese Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen dem Jugendsektor und der Regierung plädiert und kritisieren, dass die Regierung aufgrund dieses Dekrets

strategische Ziele des Jugendsektors einseitig festlegen kann. Wir sind nämlich der Auffassung, dass zwischen den Jugendeinrichtungen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Partnerschaft hätte begründet werden müssen, in deren Mittelpunkt ein beim RdJ institutionell verankerter verbindlicher Dialog stehen sollte. Diesen Dialog hat die Mehrheit jedoch abgelehnt, denn wie in vielen Politikbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft möchte die Regierung auch für den Jugendsektor eine Planwirtschaft einführen, durch die vor allem sie die Zügel in der Hand hält, was in Zukunft etwa im Rahmen der Genehmigung der Konzepte geschehen wird.

Dass diese Vorgehensweise natürlich mit einem gravierenden Einschnitt in die Eigenständigkeit der organisierten Zivilgesellschaft verbunden ist, liegt auf der Hand, und dass diese Bestimmungen mit unserem Prinzip der Subsidiarität und der Eigenverantwortung der Vereinigungen nicht vereinbar sind, dürfte niemanden verwundern.

Punkt 2: Die Rolle der Jugendzentren als freie Akteure in der Offenen Jugendarbeit wird drastisch eingeschränkt. Das bedeutet, dass die Regierung auf historisch gewachsene Strukturen in den verschiedenen Gemeinden nicht eingegangen ist und damit vielen Ehrenamtlichen den Boden unter den Füßen weggezogen hat.

Freie Jugendzentren sind in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab sofort unerwünscht, denn um Zuschüsse der Gemeinschaft zu erhalten, müssen sie sich auf Ebene der Gemeinde zu einer einzigen VoG zwangsvereinigen. Die bisherigen Strukturen der freien Jugendzentren, die in Zukunft de facto auch nicht mehr Arbeitgeber sein können, werden dadurch ihrer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung beraubt.

In den Gemeinden, in denen bisher keine Jugendzentren bestanden, scheint dieser Punkt nicht dramatisch zu sein. In den Gemeinden, in denen diese Strukturen jedoch seit Jahrzehnten sehr gut funktionieren, stößt man die Ehrenamtlichen erheblich vor den Kopf, und das dürfen wir uns nicht erlauben! Diese Strukturen sind aus den Dorfgemeinschaften hervorgegangen und wurden immer ehrenamtlich geleitet. In diesem Zusammenhang ist das Ehrenamt der Garant für die Stabilität und die Qualität der Struktur.

Die Verwaltungsräte der neu zu gründenden Träger-VoG müssen sich in Zukunft auf Gemeindeebene mit der Verteilung der Funktionszuschüsse beschäftigen, obwohl ihre Anliegen in erster Linie bei der Jugendarbeit selbst liegen. Aus welchem Grund geschieht all das? Damit die Auszahlstelle des Ministeriums nur noch einen Ansprechpartner pro Gemeinde kontaktieren muss?

Wir sind der Meinung, dass Verwaltungsvereinfachung vor allem den Bürgern der Gemeinschaft und nicht in erster Linie den Verwaltungsinstanzen, sprich: dem Ministerium selbst, dienen soll. In erster Linie haben wir hier mit Menschen zu tun, die sich in diesem Bereich engagieren, um mit Jugendlichen zu arbeiten und nicht um sich mit Verwaltungsarbeit herumzuschlagen. Die Regierung boxt mit der Brechstange ein politisches Konzept durch, ohne die historisch gewachsenen Besonderheiten zu beachten.

Unseres Erachtens sollten wir in einer kleinen Gemeinschaft wie der unsrigen durchaus auf Flexibilität setzen und verständnisvoller auf die Besonderheiten in den Gemeinden eingehen. Wir erachten es als gefährlich, die Autonomie freier Vereinigungen von staatlicher Seite zu beschneiden. Das ist mit unseren Werten, die auf Eigeninitiative und bürgerlichem Engagement beruhen, nicht vereinbar. Viele Verwaltungsräte ehemals anerkannter Jugendzentren werden in Zukunft wohl wenig Lust auf eine Aufgabe haben, bei der ihre Gestaltungsfreiheit gegen null tendiert. Das sollte uns allen zu denken geben, denn die Motivation der Verwaltungsräte droht kurz- bis mittelfristig zu sinken, sodass viele ihre ehrenamtliche Tätigkeit niederlegen könnten. Dann müsste die

Verwaltungsarbeit von der öffentlichen Hand übernommen werden. Wer das dann mitbezahlen muss, dürfte wohl allen klar sein.

Punkt 3: Die Jugendorganisationen werden mit neuen administrativen Auflagen belastet, die in ihren Augen sinnlos sind. Das haben sie uns und auch den hier anwesenden Mehrheitspolitikern jedenfalls bei der Anhörung im Parlament und in den nachfolgenden Unterredungen bescheinigt. So ist es für Vereinigungen mit nationaler Anbindung, wie etwa die KLJ oder die Patro, ein Problem, sich nun auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft als VoG zu konstituieren. Diese Konstituierung sorgt für Mehrkosten, bringt für die ehrenamtlichen Vorstände eine administrative Belastung mit sich und bedeutet für die Ehrenamtlichen keine Vorteile, sondern schneidet sie von der wertvollen nationalen Anbindung ab. Das ist von den genannten Vereinigungen ganz explizit nicht gewünscht! Für die Bedürfnisse dieser Organisationen müssen wir ein offenes Ohr haben.

Punkt 4: Das Konzept der Sozialraumanalyse als Aufgabe für die Jugendarbeiter halten wir für eine Zusatzbelastung derselben. Außerdem finden wir es bedenklich, da es zeitlich sehr aufwendig ist. Die wissenschaftliche Arbeit der Sozialraumanalyse gehört für uns nicht zu den Aufgabenbereichen eines Jugendarbeiters, der in erster Linie für die Arbeit mit den Jugendlichen eingestellt wird und weder Soziologe ist noch mit der Auswertung wissenschaftlicher Arbeit vertraut ist. Für die Sozialraumanalyse, die pro Gemeinde durchgeführt werden soll, müssten dann jährlich, wie etwa in Lontzen, mehr als 230 Stunden investiert werden, die folglich für die Arbeit mit den Jugendlichen fehlen würden. Die Geschäftsführerin des Jugendbüros sprach in Anlehnung an entsprechende Erfahrungen in Österreich sogar von 400 Stunden.

Die Jugendarbeiter der Offenen Jugendarbeit dürfen mit der Durchführung der Sozialraumanalyse jedoch nicht übertrieben bürokratisch belastet werden. Auch die Methodenfreiheit der Träger der Offenen Jugendarbeit muss gewährleistet bleiben. Demnach wäre der Auftrag einer Sozialraumanalyse eher bei einem spezialisierten Dienst anzusiedeln. Diese Meinung teilten übrigens etliche Akteure der bestehenden Jugendzentren, was wir nicht einfach leichtfertig vom Tisch fegen sollten.

Wir sprechen uns also nicht prinzipiell gegen die Methode der Sozialraumanalyse aus, sondern dagegen, dass der Staat methodische Prämissen für freiwillige Arbeit auferlegt und der Jugendarbeit wichtige Zeit für Beziehungsarbeit raubt.

Punkt 5: Neben diesen sehr konkreten Punkten des Dekretentwurfs möchte ich auf die Einbindung der Akteure in die Konzeption des Dekretentwurfs eingehen. So zentralistisch, wie das Dekret der Regierung alle maßgeblichen Mittel zur Steuerung des Jugendsektors in die Hand gibt, so zentralistisch war auch die Konzeption des Dekrets. Es hat zwar verschiedene Gutachten des Rates der deutschsprachigen Jugend gegeben, jedoch wurden diese erst nach der erfolgten Konzeption eingefordert und hatten nicht den gewünschten Erfolg, da wichtige Knackpunkte der Gutachten von der Regierung ignoriert und nur einige Zugeständnisse gemacht wurden. Unseres Erachtens hätte vor der Konzeption ein echter Dialog mit den ehrenamtlichen Akteuren stattfinden müssen, dann wären heute viele strittige Punkte gar nicht zum Gegenstand einer Diskussion geworden.

Für die erste wirkliche Umsetzung eines Teilprojekts im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzepts, und zwar des Zukunftsprojekts *Jugend ist Zukunft*, ist dieses Ergebnis sicherlich nicht vorzeigbar. Wir stellen uns die Frage, ob diese Vorgehensweise nun als Paradigma für die Umsetzung des REK gelten soll. Diese Form der fehlenden Partizipation und Beteiligung darf sich bei der Umsetzung weiterer Schritte im Rahmen des REK nicht wiederholen. In Zukunft werden wir jedenfalls darauf achten, dass die Bedürfnisse der Akteure vorher analysiert und diese federführend an der Konzeption ähnlicher dekretaler Rahmenbedingungen beteiligt werden. Nur so erreichen wir eine offene Gemeinschaft, die auch von ihren Bürgern getragen wird und mit der diese sich identifizieren können. Damit meinen wir keine Scheinveranstaltungen, die Partizipation lediglich simulieren, sondern echte Gespräche auf Augenhöhe, bei denen das Gegenüber und seine Wünsche auch wirklich ernst genommen werden.

Eines ist klar: Mit uns würde die Umsetzung des REK nicht so ablaufen, wie wir es bei diesem Jugenddekretentwurf erleben mussten.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass der vorliegende Dekretentwurf in die völlig falsche Richtung geht und die Eigenverantwortung nicht fördert, sondern abbaut. Viele Betroffene tragen weite Teile des Dekretentwurfs nicht mit. Nach wie vor besteht über maßgebliche Veränderungen kein Konsens mit den Organisationen. Der Dialog mit den Betroffenen müsste neu gesucht und das gesamte Dekret neu geschrieben werden.

Durch den vorliegenden Dekretentwurf wird das Ehrenamt nicht gefördert, und die Einführung von qualitativen Kriterien, die in Wirklichkeit eine Strukturveränderung von oben sind, damit die Regierung den gesamten Jugendbereich kontrollieren kann, wird genau das Gegenteil bewirken, denn die Einschränkung der Gestaltungsfreiheit oftmals ehrenamtlicher Bürger ist nicht zukunftsfähig. Zwar sind diese Ansätze durch die sozialistische Brille gesehen nachvollziehbar, … (*Vereinzeltes Gelächter und Unruhe im Saal*) … doch wundert es uns sehr, dass eine liberale Ministerin diese Ansätze verteidigt. Von dem Leitsatz „Freiheit durch Verantwortung" ist in diesem Dekretentwurf jedenfalls nichts zu spüren. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei der CSP und bei VIVANT*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: An dieser Stelle möchte ich die Zuschauer im Besucherraum darauf aufmerksam machen, dass sie während der Plenarsitzung keine Meinungsäußerungen abgeben dürfen. Für die SP-Fraktion hat nun Herr J.-L. Velz das Wort.

HERR J.-L. VELZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste im Zuschauerraum! Es freut mich, hier im Saal so voll besetzte Reihen sehen zu dürfen!

Der Jugenddekretentwurf liegt heute zur Abstimmung vor. Dieser Dekretentwurf hat im Vorfeld schon für einigen Gesprächsstoff gesorgt. In der Öffentlichkeit wurde er hochgekocht; sogar so hoch, dass er überkochte. Doch, werte Kolleginnen und Kollegen, wie ein Sprichwort schon sagt: Es wird nichts so warm gegessen, wie es gekocht wird!.

Was soll dieser Dekretentwurf bezwecken? Diese Frage ist einfach zu beantworten. Er regelt die Förderung junger Menschen, der Jugendarbeit, der Jugendeinrichtungen und des Jugendrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die Organisation von Aus- und Weiterbildungen für Jugendliche und für die in der Jugendarbeit tätigen Personen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Im Klartext: Für alle Akteure in der Jugendarbeit sollen klare Strukturen und Leitlinien geschaffen werden, die dafür sorgen, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft alle Jugendlichen in allen neun Gemeinden die gleichen Chancen haben, von den Angeboten der Jugendzentren und -organisationen zu profitieren. Auch die Jugendorganisationen und -einrichtungen selbst haben jetzt die Möglichkeit, die für ihre jeweilige Jugendarbeit notwendigen und angemessenen Mittel und Unterstützungen seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erhalten. Das wird fortan durch den vorliegenden Dekretentwurf geregelt, sodass es künftig weder Bevorzugungen noch Benachteiligungen geben wird. In diesem Zusammenhang wird das Gleichheitsprinzip gewahrt, was die SP-Fraktion mit ihrer sozialistischen, sozialdemokratischen Brille ausdrücklich begrüßt.

Dazu gehört natürlich auch, dass sich die Einrichtungen und Zentren, die in den Genuss der Bezuschussungen oder der Begleitung seitens des Ministeriums kommen möchten, verpflichten, sich als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht (VoG) zu konstituieren, damit sie überhaupt bezuschussungsfähig werden. Somit sind diese Organisationen und Einrichtungen administrativ gesehen gleichwertig. Inhaltlich ist das eine andere Geschichte, da bekanntlich jede VoG selbst entscheiden kann, wie ihre Arbeit im Dienst der Jugend und im Sinne des Jugenddekrets aussieht.

Wie eingangs erwähnt, wurde an diesem Jugenddekretentwurf viel Kritik geübt. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen kleinen, jedoch wichtigen Unterschied hinweisen. Zum einen gab es Kritik vonseiten einiger weniger Jugendeinrichtungen und -zentren, die sich meiner Meinung nach auf Verständnisfragen und Interpretationen des Dekrets bezog, und zum anderen gab es parteipolitisch motivierte Kritik, die von einigen Oppositionsmitgliedern mit dem Ziel geäußert wurde, die Ängste der Verantwortlichen der soeben erwähnten Jugendeinrichtungen so zu schüren, dass sie, die Oppositionsmitglieder, die großen Helden sind und wir, die ach so schlimme Mehrheit, als die Kopfnicker der Regierung erscheinen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie allen Ernstes, dass uns die Belange und die Zukunft der Jugend so gleichgültig sind? Auch wir von der SP-Fraktion haben Verständnis für die Bemerkungen und Fragen, die seitens der Verantwortlichen verschiedener Jugendzentren und -organisationen geäußert wurden. Nach den Gesprächen haben wir bei der zuständigen Ministerin nachgefragt und um Aufklärung gebeten und auf die meisten unserer Fragen auch vernünftige und plausible Antworten erhalten.

Aber – von wegen Kopfnicker! – auch wir haben darauf gedrängt, dass einige wichtige Punkte im Dekretentwurf abgeändert werden, sodass mehr Einrichtungen davon profitieren können und nicht nur Einzelfälle. Denn es kommt darauf an, dass alle gleich behandelt werden und keine Sonderstatuten geschaffen werden.

Dennoch möchte ich auf einige der geäußerten Kritikpunkte eingehen. Es wurde behauptet, die Jugendzentren hätten keine Lobby und die Regierung könne mit ihnen machen, was sie wolle, und die Jugendarbeit verstaatlichen. Wenn behauptet wird, man würde die Jugendarbeit mit diesem Dekretentwurf verstaatlichen, dann war sie vorher auch schon verstaatlicht.

In meinen Augen ist es nicht mehr wie selbstverständlich, dass jede VoG den Erhalt einer finanziellen Unterstützung vonseiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, also im weitesten Sinne vom Steuerzahler, rechtfertigen und durch Aktivitäten belegen muss und dass diese Aktivitäten auch mit den klaren Richtlinien einhergehen müssen, die der Dekretentwurf vorsieht. So war es vorher und so wird es auch weiterhin bleiben, mit dem Unterschied, dass die Regierung, wenn man den vollständigen Dekretentwurf betrachtet, noch mehr Gelder zur Verfügung stellt und das Ministerium die Arbeit der Jugendorganisationen noch intensiver begleitet. Im Übrigen sind es nicht die Jugendorganisationen, die eine Lobby brauchen, sondern die Jugendlichen. Diese erhalten sie durch diejenigen, die diesem Dekretentwurf zustimmen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass einige Zentren der Meinung sind, ihre Autonomie würde beeinträchtigt oder gar zunichtegemacht. Das steht nicht im Dekretentwurf und wurde auch immer wieder vonseiten der Regierung dementiert und klargestellt. Wenn sich die Jugendzentren, um dem Dekret gerecht zu werden, in der einen oder anderen Gemeinde zu einer Dach-VoG zusammenschließen müssen und wenn es pro Gemeinde nur einen Leistungsauftrag gibt, bedeutet das noch lange nicht, dass die jeweiligen Zentren ihre Individualität und Freiheit einbüßen. Wer nämlich die Gesetzgebung für Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht kennt, weiß, dass diese in ihren Statuten festlegen können, dass die angeschlossenen Vereinigungen die jeweiligen Arbeitgeber ihrer Jugendarbeiter bleiben.

Es wurde bemängelt, dass dies so nicht im Dekretentwurf geschrieben steht. Wer jedoch neben dem Dekretentwurf auch die Gesetzgebung für VoGs zurate zieht, dem wird diese Tatsache ersichtlich. Zudem wird dieser Sachverhalt heute nochmals erwähnt. Meines Erachtens wird Frau Ministerin Weykmans diesen nochmals bestätigen. Folglich wird er auch im *Ausführlichen Bericht* wortwörtlich nachzulesen sein, der doch ein offizielles Parlamentsdokument ist und in direkter Verbindung zum Dekret steht.

In einem Punkt möchte ich den Raerener Jugendheimen jedoch recht geben. Bei ihrer Kundgebung war auf den Bannern zu lesen: „Die drei Jugendzentren aus Raeren bleiben eigenständig." Mit dieser Aussage haben sie vollkommen recht. Es war auch recht erfreulich zu sehen, wie gut insbesondere diese drei Jugendheime zusammenarbeiten können. Das ist sicherlich ein gutes Omen für die Zukunft.

Ein weiterer Kritikpunkt war die angeblich mangelnde Partizipation. Werte Kolleginnen und Kollegen, Tatsache ist, dass der Rat der deutschsprachigen Jugend, in dem bekanntlich die meisten Jugendorganisationen vertreten sind, um sein Gutachten zum Dekretvorentwurf gebeten worden ist. Dessen Gutachten – Herr Frank erwähnte es bereits – war ein 32-seitiges Dokument, das Kritik und Vorschläge enthielt. Nach mehrfacher Überarbeitung des Dekretentwurfs bekamen wir zuletzt im Ausschuss II ein nur mehr zwei Seiten starkes Dokument mit zehn sogenannten Knackpunkten, von denen die meisten zu diesem Zeitpunkt allerdings schon entschärft worden sind.

Wo, werte Kolleginnen und Kollegen, mangelt es hier an Partizipation? Tatsache ist auch, dass die betroffenen Organisationen im Ausschuss II angehört wurden und die Ministerin ihnen Rede und Antwort stehen musste. Daraus resultierend wurden von den Fraktionen Abänderungsvorschläge eingereicht und im Ausschuss teilweise gutgeheißen.

Als letzten Kritikpunkt möchte ich noch die aufgeworfene Frage zur Mehrarbeit der Jugendarbeiterinnen und -arbeiter behandeln. In der Tat verlangt das Dekret auch den betroffenen Jugendorganisationen ein wenig Arbeit ab, zum Beispiel die Gründung einer VoG oder das Erstellen einer Sozialraumanalyse. Jedoch dürfte die Gründung einer VoG für die meisten Einrichtungen kein Problem darstellen, da sie doch über qualifiziertes Personal verfügen, das in der Lage sein sollte, diese administrative Aufgabe zu bewältigen. Die Sozialraumanalyse ist eine Herausforderung für alle Zentren. Seien wir jedoch ehrlich: Die meisten Jugendzentren leisten schon seit einigen Jahren, ja sogar seit Jahrzehnten sehr gute Arbeit und kennen bereits das soziale Umfeld ihrer Jugendlichen. Daher müsste es doch ein Klacks sein, die erforderlichen Daten zu sammeln und gemeinsam mit Experten auszuwerten.

Das soll natürlich nicht bedeuten, dass die VoGs mit dem administrativen Aufwand alleingelassen werden. Nein, eine Begleitung seitens des Ministeriums in diesen technischen Fragen ist – wie bereits erwähnt – im Dekretentwurf vorgesehen und wird auch Anwendung finden. Es sollte doch als Mehrwert angesehen werden, dass man bei der Sozialraumanalyse Unterstützung von der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhält, um das Angebot der jeweiligen Jugendzentren zu optimieren.

Sicherlich gab es eine Reihe von Kritikpunkten, die meiner Ansicht nach jedoch nur die Ängste vor einer Veränderung ausdrücken. So freut es mich, im Ausschuss II erlebt zu haben, dass beispielsweise die ECOLO-Fraktion bis zuletzt konstruktiv am Dekretentwurf mitgewirkt hat, sodass wir einigen ihrer Abänderungsvorschläge auch zustimmen konnten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass bei all den Diskussionen rund um das Jugenddekret leider das Wesentliche fast ganz aus den Augen verloren wurde, nämlich die Jugend selbst. In der heutigen Zeit wird die Arbeit mit der Jugend immer schwieriger. Das soziale Umfeld, der Medienkonsum, die Probleme in den Elternhäusern usw. haben sich in den letzten Jahren stark geändert, zumindest wenn ich einen Vergleich zu meiner Jugendzeit ziehe, die allerdings noch gar nicht so lange zurückliegt.

Hier im Plenarsaal sind einige anwesend, … (*Vereinzeltes Gelächter*) … Ich habe jetzt nur zufällig in eine Richtung geschaut … (*Allgemeines Gelächter*) … die aus einer älteren Generation stammen, die dies jedoch sicherlich bestätigen können.

Zuletzt wurde bei der Vorstellung der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Konsum-, Medien- und Gewaltverhalten der Jugendlichen vonseiten

des Referenten folgende Bemerkung gemacht: „Die Jugend braucht Richtlinien und Strukturen." Diese Bemerkung bestätigt der heute vorliegende Jugenddekretentwurf vollkommen, denn meiner Meinung nach zählt diese Bemerkung auch für die Verantwortlichen der Jugendeinrichtungen, -zentren und -organisationen.

Sicherlich dürfen wir die Elternhäuser nicht von ihren erzieherischen Aufgaben befreien, doch sollten sie vonseiten der Politik eine optimale Unterstützung erhalten. Ich selbst habe einen kleinen Sohn, der gerade einmal 14 Monate alt ist. Das ist auch schon ein schwieriges Alter, aber doch noch angenehm zu ertragen. … (*Vereinzeltes Gelächter*) … Erfreulich sogar!

Doch was wird in 14 Jahren sein? Ich habe absolut keine Ahnung. Ich gehe davon aus, dass meine Frau und ich noch berufstätig sein werden, und hoffe, dass ich meinem Sohn bis dahin ein gutes Zuhause gegeben haben werde. Auch wünsche ich mir, dass ich keine Bedenken zu haben brauche, wenn er als Jugendlicher in ein Jugendzentrum oder zu einer Jugendorganisation geht, weil ich weiß, dass er dort in guten Händen ist und ich dieser Organisation vertrauen kann.

Werte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne werden wir von der SP-Fraktion diesem Dekretentwurf unser Vertrauen aussprechen und ihm zustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der SP, der PFF und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Arens das Wort.

FRAU ARENS (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Dieser neue Jugenddekretentwurf enthält gute Vorsätze und große Ambitionen. Er möchte der Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine solide Grundlage geben, die Arbeit professioneller gestalten und Qualität vor Quantität stellen.

Das klingt eigentlich sehr gut. Dennoch wurde bei der Veröffentlichung des ersten Vorentwurfs ein Aufschrei der Empörung vonseiten der Akteure im Jugendbereich laut. Dieser ist bis heute zum Teil noch nicht verstummt. Wie es scheint, hat die Regierung damals vergessen, die Jugendorganisationen und die Jugendzentren zu fragen, was sie von dem Vorhaben halten. Sie hat es verpasst, bei den Vorbereitungsarbeiten rechtzeitig auf diese Einrichtungen zuzugehen, um deren Erfahrungen in die Verbesserung des Jugenddekrets einfließen zu lassen. Das zeigt sich nicht nur an den Reaktionen des Jugendsektors, sondern auch an den vielen Veränderungen, die die Regierung selbst noch nach den beiden Gutachten des Jugendrates am Dekretentwurf vorgenommen hat.

Was den offenen Umgang mit dem Sektor betrifft, hat die Regierung diesen Dekretentwurf scheinbar von Anfang an falsch angepackt, und bis heute setzt sich diese Spannung im Parlament fort. Weil die Regierung das Jugenddekret noch vor Jahresende unbedingt im Parlament durchbringen möchte, wurde es im Ausschuss nach langen Anhörungen letzten Endes im Hauruckverfahren verabschiedet. Jetzt steht es nach stundenlangen Haushaltsdebatten auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung, was die Chancen für eine konstruktive öffentliche Diskussion vermindert.

Eine solche Diskussion wäre sicherlich noch nötig. Unabhängig von den Anhörungen im Ausschuss hat die ECOLO-Fraktion selbst Gespräche mit allen betroffenen Einrichtungen gesucht. Für uns ist klar: Auch nach den vielen Änderungen am Dekretentwurf bleiben noch Aspekte übrig, die die Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schwieriger und in manchen Fällen auch ärmer machen können.

Die Jugendarbeit, besonders die Offene Jugendarbeit, wird in Zukunft abhängiger von Regierung und Verwaltung werden. Gerade auch die inhaltliche Arbeit der Einrichtungen

kann von den Instanzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft stärker als bisher beeinflusst werden. Damit wird die Jugendarbeit bürokratischer. Ob sie dadurch auch besser wird, stelle ich in Frage.

Jugendarbeit wird hauptsächlich von jungen Menschen getragen, die sich dafür in ihrer Freizeit engagieren und ihre Talente in die Gesellschaft einbringen möchten. Professionalität zu fordern, ist richtig. Die jugendlichen Ehrenamtlichen dabei jedoch übermäßig zu belasten, ist keine gute Sache.

Demnach sind die Anforderungen an die Ausbildung der ehrenamtlichen Jugendlichen gestiegen und werden bereits im Dekretentwurf festgelegt. Sie liegen also noch nicht einmal im Ermessen der Jugendkommission, die eigentlich für das Konzept dieser Ausbildungen zuständig werden soll.

Auch in die interne Funktionsweise der Jugendorganisationen greift der Dekretentwurf ein. So werden die Strukturen, die die KLJ an ihre nationale Dachorganisation binden, aus bürokratischen Gründen aufgeweicht. Dabei sind die inhaltliche und auch die finanzielle Unterstützung, die ihr bisher vonseiten dieses Dachverbandes gewährt wurden, eine Grundlage für ihre ausgezeichnete Arbeit als größte Jugendorganisation in Ostbelgien.

Besondere Sorge bereitet die Entwicklung in der Offenen Jugendarbeit. Für alle Gemeinden soll es ein einheitliches Schema geben. Dass die noch bestehenden autonomen Jugendzentren Sorge um die Vielfalt haben, können wir verstehen. Sie werden sich mit den anderen Zentren in ihrer Gemeinde zusammenschließen müssen. Wenn sie dabei ihre bisherige Jugendarbeit weiterführen möchten, werden sie sich den dafür notwendigen Platz erst schaffen müssen.

In der mobilen Jugendarbeit gibt es zwar keine Rückschritte, aber es gibt auch keine neuen Visionen. Beispielsweise setzt sich ECOLO bereits seit Langem für die Ausdehnung des Streetworks auf die gesamte Deutschsprachige Gemeinschaft ein. Dieser Jugenddekretentwurf wäre die Gelegenheit gewesen, solche Pläne umzusetzen.

Der heute zur Abstimmung vorliegende Dekretentwurf weist also klare Schwächen auf. Nach dem denkbar schlechten Start haben die Initiativen der Jugendeinrichtungen und die beiden Gutachten des Jugendrates dennoch zu vielen Verbesserungen geführt. Auch die Arbeit im zuständigen Ausschuss – so gehetzt sie zum Schluss auch gelaufen ist – hat doch noch einige Änderungen mit sich gebracht. Das ist beruhigend, denn im Grunde birgt der Dekretentwurf auch starke und wichtige Ansätze für die Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Auch diese Erkenntnis haben wir bei unseren Gesprächen mit den Jugendeinrichtungen herausgehört. Viele Aspekte des Dekretentwurfs sehen wir also durchaus positiv.

Mit einem auf fünf Jahre angelegten Strategieplan wird sich die Regierung selbst in Zukunft ein Konzept geben, mit dem sie auf die Bedürfnisse der Jugend reagiert. Dabei wird sie nicht nur den Jugendsektor, sondern alle Lebensbereiche der Jugendlichen einbeziehen: u. a. den Sozial- und Gesundheitsbereich, den Beschäftigungs-, den Ausbildungs-, den Kulturbereich. Ein derart wichtiges Instrument sollte nicht an der öffentlichen Debatte vorbei entschieden werden. Demzufolge sind wir zufrieden, dass nach unserem Abänderungsvorschlag nun auch der Strategieplan vor seiner Verabschiedung durch die Regierung den Weg der öffentlichen Diskussion im Parlament gehen wird.

Alles in allem werden auch deutlich mehr Mittel für die Jugendarbeit vorgesehen, und zwar in allen Bereichen: in der Offenen Jugendarbeit, in der organisierten Jugendarbeit und in der Jugendinformation. Nach den Änderungen im Parlament sieht der Dekretentwurf nun auch eine eigenständige Finanzierung für die kleinsten Jugendgruppen der

Gemeinschaft vor. Die Unterstützung dieser Gruppen war uns sehr wichtig, denn gerade kleine ehrenamtliche Strukturen können die Kreativität in der Jugendarbeit bereichern.

Statt der bisherigen Erbsenzählerei von Stunden und Aktivitäten wird die Arbeit der Jugendeinrichtungen in Zukunft an inhaltlichen Kriterien gemessen. Sie soll auf einem Konzept beruhen, das von ihnen selbst erarbeitet wird und an dem sie ihre Arbeit orientieren können. Wichtig ist uns dabei, dass dieses Konzept auch wirklich dem Willen der Einrichtungen entspricht und dass Regierung und Verwaltung hinterher nicht noch Inhalte hineinschleusen können. Mit der Annahme unserer Abänderungsvorschläge zu den Konzepten wurde dieses Ziel besser gesichert.

Die Jugendarbeit soll in Zukunft noch stärker den Bedürfnissen der Jugendlichen in den einzelnen Gemeinden Rechnung tragen. In regelmäßigen Abständen sollen Sozialraumanalysen durchgeführt werden, die als Grundlage für die lokale Jugendarbeit dienen. Nach unserem Änderungsvorschlag im Ausschuss ist nun auch klargestellt worden, dass diese Ergebnisse nicht nur innerhalb der Gemeinden genutzt werden, sondern dass sie auch auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Strategieplan der Regierung einfließen.

Es ist verständlich, dass die Jugendzentren diesem Modell skeptisch gegenüberstehen, denn auf die Jugendarbeiter wird viel Arbeit zukommen. Das Jugendbüro spricht von 400 Arbeitsstunden für eine solche Sozialraumanalyse. Demzufolge ist es in unseren Augen wichtig, dass die Jugendarbeiter bei dieser Aufgabe auch wirklich angemessen unterstützt werden. Sonst läuft man nämlich Gefahr, dieses Wissen auf Kosten der regulären Arbeit zu erwerben, womit den Jugendlichen in der Gemeinde sicherlich nicht gedient wäre.

Indem die unterstützende Rolle des Jugendbüros dekretal festgelegt wurde, soll gerade diese Unterstützung gesichert werden. Wir sind zufrieden, dass auch unser diesbezüglicher Abänderungsvorschlag angenommen wurde, der explizit nicht nur die beratende, sondern auch die unterstützende Funktion des Jugendbüros vorsieht.

Die Jugendinformation soll in Zukunft die gesamte Deutschsprachige Gemeinschaft erreichen, und bereits jetzt ist man auf dem besten Weg, dieses Ziel auch umzusetzen. Der Aufgabenbereich der Jugendinformationszentren wird damit um die aufsuchende Jugendinformation erweitert. Das bedeutet, dass den Jugendlichen die Informationen in Zukunft nicht mehr nur in den Büros in Eupen und St. Vith zur Verfügung stehen werden, sondern dass man sie auch aktiv zu ihnen hinbringt.

Der flächendeckende Ansatz ist der Grund dafür, dass sich die noch eigenständigen Jugendzentren in den einzelnen Gemeinden zusammenschließen sollen. Der Idee einer Jugendarbeit für die ganze Gemeinde verschließen wir uns nicht. Wie ich bereits erwähnt habe, darf diese Idee jedoch auf keinen Fall dazu führen, dass die Jugendarbeit in allen Gemeinden einem stets gleichbleibenden Schema angeglichen wird.

Dass die bisher unabhängigen Jugendzentren genau davor Angst haben, können wir verstehen, denn hier müssen verschiedene Einrichtungen mit teils sehr unterschiedlichen Konzepten einen gemeinsamen Weg finden, ohne ihre eigene Identität aufzugeben. Die Umsetzung des Dekretentwurfs bedeutet für diese Organisationen also eine große Herausforderung. Unseres Erachtens sollten sie die dafür notwendige Unterstützung erfahren und vor allem ausreichend Zeit erhalten, um diese Herausforderung zu meistern.

In Anbetracht der von mir erwähnten Probleme und der aufgeheizten öffentlichen Debatte um den Dekretentwurf sehen wir die Gefahr, dass die diesbezügliche Abstimmung zu einem Kräftemessen zwischen der Ministerin und manchen Jugendeinrichtungen oder -zentren und schließlich zwischen der Mehrheit und der Opposition wird. Die Mehrheit kann sich natürlich durchsetzen. Der Jugendarbeit und insbesondere den Kindern und Jugendlichen unserer Gemeinschaft ist damit jedoch nicht gedient.

Alles in allem hat dieser Dekretentwurf für ECOLO genügend gute und wichtige Ansätze, dass wir ihm trotz seiner Schwachpunkte zustimmen könnten. Zwei große Knackpunkte, zu denen wir zu Beginn dieser Sitzung noch einmal Abänderungsvorschläge hinterlegt haben, hindern uns jedoch daran. Zum einen geht es uns darum, den unabhängigen Jugendzentren mehr Zeit zu geben, um die gemeinsame Arbeit in ihrer Gemeinde zu festigen. Sie leisten jetzt schon gute Arbeit, und wir sollten ihnen auch die Möglichkeit geben, ihre Funktionsweise den neuen Anforderungen Schritt für Schritt anzupassen. Zum anderen möchten wir der KLJ in Ostbelgien die Möglichkeit geben, ihrer Mutterorganisation weiterhin genauso eng verbunden zu bleiben, wie sie es zurzeit ist und eigentlich auch bleiben möchte. Die KLJ in der Deutschsprachigen Gemeinschaft funktioniert schon lange nach genau der Philosophie, die dieser Dekretentwurf für die organisierte Jugendarbeit vertritt. Im Übrigen gewährt sie der Regierung und dem Ministerium durch ihre getrennte Buchführung, durch die getrennt geführten Mitgliederlisten und durch die Einsicht in ihre Bücher bereits die Garantie, dass die Gemeinschaftsgelder ausschließlich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgegeben werden. Die KLJ in Ostbelgien von ihrem flämischen Verband abzusplitten, wird sie schwächen. Deshalb halten wir die aus bürokratischen Gründen vorgesehene Aufspaltung der Organisation für unangebracht.

Wir bieten der Mehrheit an, einzulenken und unseren beiden Abänderungsvorschlägen zuzustimmen. Wenn diese in den Dekretentwurf aufgenommen werden, wird die ECOLO-Fraktion dem Entwurf zustimmen. Ansonsten wird sie diesen ablehnen.

Ziel ist, den gemeinsamen Weg einer offenen und flexiblen Jugendpolitik zu wählen. Neben Elternhaus und Schule bleibt die Jugendarbeit in all ihren Formen ein wichtiges Standbein für die Entwicklung der Jugendlichen zu mündigen Bürgern. Sie bietet Raum zur Selbstentfaltung, zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und zum Erproben gesellschaftlicher Verantwortung. Die Arbeit im Jugendsektor verlangt eine Flexibilität wie kaum ein anderer Bereich unserer Gesellschaft, und zwar nicht nur von den Menschen, die sich ehrenamtlich oder beruflich damit beschäftigen, sondern auch von Politik und Gesetzgebung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei ECOLO*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Laschet das Wort.

HERR LASCHET (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Zurzeit wird die Jugendpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Großteil auf Basis quantitativer Kriterien gefördert, und dies im Wesentlichen über zwei Dekrete aus den Jahren 1992 und 1998, die aufgrund von EU-Vorgaben – denn in der EU leben wir nicht auf einer Insel – und der Entwicklung des Jugendsektors in den letzten Jahren mehrfach angepasst worden sind. Dies hat zur Folge, dass die legale Basis nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen des Sektors entspricht.

Der neue vorliegende Dekretentwurf zur Förderung der Jugendarbeit verfolgt das Ziel, den Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen und ihn ganzheitlich zu betrachten sowie qualitative Ansätze in den Fokus der Gestaltung und Bewertung der Jugendpolitik zu rücken. Kurzum: Man möchte Qualität statt Quantität.

In meinem heutigen Redebeitrag möchte ich vor allem auf drei Aspekte des neuen Jugenddekrets eingehen: auf den Strategieplan, auf die Sozialraumanalyse sowie auf die Selbstbestimmung und Verantwortung der Jugendorganisationen.

Zunächst ist der Dekretentwurf die Umsetzung und Darstellung der politischen Schwerpunktsetzung dieser Mehrheit, die da lautet: „Die Jugend ist unsere Zukunft und hat mehr öffentliche Wahrnehmung verdient." Im Strategieplan werden die Prioritäten für die Jugendförderung in allen Zuständigkeitsbereichen, beispielsweise in der

Beschäftigungs- und Sozialpolitik, festgehalten. Der Plan befasst sich also nicht ausschließlich mit der Jugendpolitik. Zudem kommt er gewissermaßen einer Regierungserklärung gleich. Die Tatsache, dass für jede Legislaturperiode ein Strategieplan erstellt werden muss, zeigt, dass die Jugend zu einer wahren Priorität der Regierung wird. Demzufolge ist dieses Dokument für die Entwicklung einer wissensbasierten, transparenten und überprüfbaren Jugendpolitik nach dem Vorbild der anderen Gemeinschaften und Regionen Belgiens sowie der Länder Europas von großer Bedeutung.

In Bezug auf die Durchführung von Sozialraumanalysen in der Offenen Jugendarbeit hat es seitens der Kritiker geheißen, dass diese zwar für die Jugendpolitik von Wichtigkeit seien, jedoch für die Fachkräfte in der Jugendarbeit einen zu großen Zeitaufwand darstellen würden. Eine Sozialraumanalyse ermöglicht einen direkten Einblick in das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen eines Ortes oder einer Gemeinde. Sie gibt Aufschluss über Interessen und Bedürfnisse und bindet die jungen Menschen in die Evaluierung mit ein.

So frage ich Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, wer, wenn nicht die Fachkräfte in der Jugendarbeit, ist eher imstande, eine solche Analyse durchzuführen? Schließlich sind sie es, die tagtäglich mit den Betroffenen arbeiten. Hinzu kommt, dass keiner sie so gut kennt wie die Jugendarbeiter selbst.

Des Weiteren handelt es sich in keiner Weise um verlorene Zeit, da die Durchführung einer Sozialraumanalyse zu den Basisaufgaben der Jugendarbeiter gehört. Die Ergebnisse der Sozialraumanalyse können in das zu erarbeitende Konzept einfließen. Somit wird auf Gemeindeebene zielgerecht gearbeitet. Um alle Organisationen gleichermaßen gut auf diese Aufgabe vorzubereiten, werden Weiterbildungen angeboten. Da die erste Sozialraumanalyse erst 2014 durchgeführt werden wird, ist genügend Zeit zur Vorbereitung vorgesehen.

Eine Sozialraumanalyse, ein Konzept und ein Leistungsauftrag pro Gemeinde, so lauten die Anforderungen an die Offene Jugendarbeit. Mit einem Leistungsauftrag wird zum Teil schon seit zehn Jahren gearbeitet. Der neue Dekretentwurf ermöglicht nun, Offene Jugendarbeit flächendeckend in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzubieten.

An dieser Stelle erlaube ich mir, ein Wort zum Konzept zu sagen. Anstelle des jährlichen Tätigkeitsberichts soll fortan alle fünf Jahre ein Konzept eingereicht werden, das Auskunft über die inhaltliche Arbeit sowie über die finanziellen, personellen und materiellen Gegebenheiten einer Organisation gibt. Damit für die Jugendorganisationen der administrative Aufwand bei der Erstellung des Konzepts so gering wie möglich gehalten wird, erstellt das Ministerium ein Raster, das es nur noch auszufüllen gilt. Das Jugendbüro kann dabei natürlich Hilfestellung leisten.

Im Falle der Offenen Jugendarbeit stellt das Konzept die Basis für den Leistungsauftrag dar. Für die Jugendorganisationen ist es Teil einer Selbstreflexion. Die jährlich stattfindenden Wirksamkeitsdialoge ersetzen ebenfalls die Tätigkeitsberichte.

Es ist nicht wichtig zu wissen, ob 99 oder 100 Aktivitäten durchgeführt wurden, sondern ob die von den Jugendorganisationen gesetzten Ziele erreicht wurden. Dies bringt mich zu meinem dritten Punkt, und zwar zur Eigenständigkeit und Verantwortung der Jugendorganisationen. Nehmen wir den Leistungsauftrag, bei dem es sich um nichts anderes handelt als um einen Vertrag, der ausgehend von einem gemeinsamen Dialog zwischen der öffentlichen Hand – Deutschsprachige Gemeinschaft und Gemeinde – und einer Träger-VoG festgelegt wird. Verhandelt wird auf Augenhöhe und es werden Ziele

festgelegt, die innerhalb der Wirkungsdauer des Vertrags erreicht werden sollen. Die Ziele ergeben sich aus dem von der Träger-VoG ausgearbeiteten Konzept und werden ab 2014 auf der von mir bereits erwähnten Sozialraumanalyse basieren.

Die Tatsache, dass Qualitätskriterien festgelegt und kontrolliert werden, ist nachvollziehbar. Schließlich handelt es sich bei den Zuschüssen um Steuergelder. Ich möchte es mit den Worten von Professor Christian Pfeiffer untermauern, der hier in Eupen weilte und gesagt hat: „Man muss sich ganz genau anschauen, was die Vereinigungen machen." Das ist schon richtig.

Wer von Verstaatlichung spricht, hat wohl die Philosophie des Dekretentwurfs nicht verstanden. Es geht ausschließlich darum, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine wissensbasierte, verifizierbare und dadurch transparente Jugendpolitik zu verankern. Die Autonomie der einzelnen Jugendeinrichtungen geht nicht verloren. Die Gründung eines Dachverbands kann eine Veränderung darstellen, die darin besteht, dass der Dachverband dort, wo es bereits mehrere Akteure und Standorte der Offenen Jugendarbeit gibt, die Aufgabe der Träger-VoG übernimmt. Wie das im Endeffekt geschieht, ist den Akteuren vor Ort überlassen. Allerdings ist die strukturelle Zusammenarbeit unerlässlich, denn es gibt eine Sozialraumanalyse, ein Konzept und einen Leistungsauftrag. Deshalb ist es unerlässlich, dass Gemeinde und Gemeinschaft mit einer Träger-VoG ganzheitlich zusammenarbeiten. Welche weiteren Aufgaben dieser Dachverband erfüllt, liegt im Ermessen seiner Gründungsmitglieder, nämlich der bestehenden VoGs.

Die Arbeitgeberfunktion, die für die bisher autonomen Jugendzentren – beispielsweise für die Jugendheime in meiner Heimatgemeinde Raeren, die übrigens hervorragende Arbeit leisten und sehr viel Erfahrung haben, weil sie bereits seit Jahrzehnten bestehen – eine wichtige Rolle spielt, ist im vorliegenden Dekretentwurf gewährleistet, insofern sich die Jugendtreffs untereinander einigen und die Übertragung der Arbeitgeberrolle in den Statuten des Dachverbands festlegen. Die Entscheidung obliegt alleine den Jugendorganisationen und nicht der Regierung. Ich möchte das noch einmal betonen und so steht es auch im Bericht.

Es ist Ziel der Regierung, in jeder Gemeinde einen einzigen Ansprechpartner zu haben, die Jugendpolitik einer Gemeinde ganzheitlich betrachten und evaluieren zu können und somit auch Ressourceneffizienz zu erreichen. Als Liberaler kann ich diese Maßnahmen nur begrüßen, da sie die Flexibilität vergrößern und Transparenz mit sich bringen werden.

Abschließend möchte ich die Dialog- und Kompromissbereitschaft von Frau Ministerin Weykmans loben und besonders hervorheben. Wie soeben bereits erwähnt, hat sie keine Zeit und Mühen gescheut, sich in unzähligen Versammlungen mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und über Abänderungen und Anpassungen zu diskutieren. Vom RdJ wurden zwei Gutachten erfragt, und die Bearbeitung des vorliegenden Dekretentwurfs hat mehr als ein Jahr gedauert. Von einem überstürzten Vorgehen kann hier wirklich nicht die Rede sein! Übrigens hat der letzte Ausschuss zu diesem Dekretentwurf nur eine Stunde gedauert. Die vorgesehenen zwei Stunden wurden also noch nicht einmal benötigt.

Es hat unter anderem keine Kürzungen der Personalzuschüsse für die Offene Jugendarbeit gegeben. Auch wurde eine Zwischenstufe eingeführt, die für Träger der Offenen Jugendarbeit in einer Gemeinde mit 2.000 bis 4.000 Jugendlichen und mindestens drei Standorten einen Funktionszuschuss in Höhe von 30.000 Euro vorsieht, was der Istsituation in Raeren entspricht. Auch bei den BVA-Stellen, deren Verträge um fünf Jahre verlängert wurden, ist die Ministerin den Jugendzentren entgegengekommen.

Aus den Anhörungen im Ausschuss ging hervor, dass die große Mehrheit diesen Dekretentwurf aufgrund der guten Zusammenarbeit mit dem Jugendsektor begrüßt und dass die Akteure bereit sind, neue Wege zu gehen. Besser noch: Ihres Erachtens befindet man sich mit der inhaltlichen Ausrichtung des Dekretentwurfs auf dem richtigen Weg. Man bedenke auch, dass 250.000 Euro mehr im Jugendbereich eingesetzt werden, was

einer Steigerung von 20 % entspricht, und dies in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Ich möchte noch ein letztes Wort zu dem teilweise grenzwertigen Verhalten einiger Kollegen sagen, die Ängste schüren und eher aus parteipolitischem Kalkül heraus handeln als im Interesse der Jugend. Es fordert schon politischen Mut, Reformen wie die heute besprochenen durchzuführen. Wenn über Reformen heftig diskutiert wird und nicht alle mit ihnen einverstanden sind, bedeutet das nicht zwingend, dass diese Reformen schlecht oder falsch sind. Im Gegenteil, sich selbst und seine Entscheidungen in Frage zu stellen, ist ein Zeichen der zukunftsorientierten Weiterentwicklung, ein Zeichen dafür, dass man den Anspruch an die Jugendpolitik im Interesse der Kinder und Jugendlichen in unserer Gemeinschaft erhöhen und sich eben nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen will.

Der vorliegende Dekretentwurf zur Förderung der Jugendarbeit setzt neue zukunftsorientierte Ziele. Aus diesem Grund wird die PFF-Fraktion diesem Dekretentwurf zustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der PFF, der SP und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Mertes das Wort.

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Herr Präsident, Mitglieder von Regierung und Parlament, werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Das uns hier vorliegende Dekret zur Förderung der Jugendarbeit soll, wie der Titel es sagt, die Förderung der Jugendlichen, der Jugendarbeiter, der Jugendeinrichtungen, des RdJ, der Organisationen für Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen und aller in der hiesigen Jugendarbeit tätigen Personen regeln.

Auf der einen Seite bringt das neue Dekret für viele Organisationen und Menschen Verbesserungen bzw. Klarheit. So werden u. a. Aspekte wie die Bezuschussung von Jugendorganisationen geregelt. Im Bereich der offenen Jugendarbeit finden vor allem jüngere Einrichtungen im neuen Dekret einen Rahmen und Hilfestellungen, die ihnen den Auf- und Ausbau ihrer Arbeit erleichtern bzw. sie dabei unterstützen. Bei langjährig etablierten Organisationen hingegen führt der durch dieses Dekret auferlegte Rahmen eher zum Gegenteil. Diese Einrichtungen sehen Probleme auf sich zukommen, die sie vorher nicht kannten und die einzig und allein dem neuen Dekret zu verdanken sind.

Tatsache ist, dass durch das Dekret von oben herab eine feste Struktur auferlegt wird. Für Organisationen in der Startphase kann dies, wie gesagt, wie eine Leiter sein, an der sie ihren Aufbau ausrichten. Für jahrzehntelang gewachsene Einrichtungen mit stabilen Strukturen muss es sich anfühlen, als würden sie in ein Korsett gepresst. Konkret betrifft dies zum Beispiel Organisationen wie Patro und KLJ sowie die Jugendheime und den Jugendtreff der Gemeinde Raeren. Zwar wurden die erforderlichen Mindestmitgliederzahlen durch das Schaffen einer zusätzlichen Kategorie gesenkt, sodass auch kleinere Vereinigungen in den Genuss einer finanziellen Unterstützung kommen können, doch wurde beispielsweise die Auflage, pro Gemeinde eine einzige Träger-VoG zu gründen, nicht fallen gelassen. Dies ist für die betroffenen Einrichtungen mit einem erheblichen bürokratischen und zeitlichen Mehraufwand verbunden. Ein Nutzen, ein Mehrwert hingegen ist nicht erkennbar. Es vereinfacht möglicherweise die Arbeit des Ministeriums, doch hier sprechen wir hauptsächlich über ehrenamtlich tätige Personen.

Die VIVANT-Fraktion ist der Meinung, dass das Ministerium den Jugendeinrichtungen die Arbeit erleichtern sollte, statt ihnen zusätzliche Arbeit aufzubürden. Ich verstehe auch nicht, wie die für Jugend zuständige Ministerin das so umsetzen kann, wo sie auf der anderen Seite doch das Ehrenamt aufwerten und fördern will. Für mich ist das ein Widerspruch.

Ein anderer Streitpunkt ist die Arbeitgeberfunktion, die besonders die Jugendheime der Gemeinde Raeren weiterhin gerne selber wahrnehmen würden. Wir von der VIVANT-Fraktion sehen dies als sehr positiv. Das Ausüben einer solchen Funktion kann für die dort engagierten Menschen doch nur bereichernd sein. Sonderbar ist in diesem

Zusammenhang auch, dass die Frau Ministerin den Betroffenen noch im Juni dieses Jahres versichert hat, dass die bereits bestehenden VoGs die Arbeitgeberfunktion für den Jugendarbeiter ihres Standorts weiterhin ausüben können. Es wurde eben von den Vertretern der Mehrheit nochmals erklärt, dass man das über die VoG-Statuten regeln kann. In Artikel 28 des Dekrets steht jedoch wörtlich: „Der Arbeitgeber ist entweder die jeweilige Gemeinde, der Träger der offenen Jugendarbeit der Gemeinde oder das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft." ... *(Zwischenruf)* ... Das Übertragen an die einzelnen VoGs ändert nichts an der Verpflichtung der Gründung einer Dachorganisation.

Was u. a. den Artikel 28 betrifft, so haben sich vor allem die Vertreter der Verwaltungsräte der Jugendheime Hauset und Raeren sowie des Jugendtreffs Eynatten vehement gegen diese Veränderungen ausgesprochen. Sie taten dies in zahlreichen Leserbriefen, Pressemitteilungen und in der Anhörung im zuständigen Parlamentsausschuss. Ich glaube, klarere Worte hätte man nicht finden können. Mein Eindruck war jedoch, dass all diese Proteste die Ministerin nicht wirklich berührten.

Wie müssen sich wohl die Ehrenamtlichen dieser Vereinigungen fühlen? Über Jahrzehnte hinweg haben sie Strukturen aufgebaut, die erfolgreich funktionieren und auf die sie zu Recht stolz sind. Natürlich ist nichts perfekt, sondern kann weiter verbessert werden. Dessen sind sich die Verantwortlichen bewusst. Aber plötzlich sagt die Regierung indirekt: „Das, was ihr da tut, ist nicht gut. Ab jetzt macht ihr das anders." Das tut weh und steigert nicht gerade das Vertrauen zwischen der Politik und den in der Jugendarbeit tätigen Personen. Ganz zu schweigen vom Signal, das man damit an die Jugendlichen selbst sendet.

Wundert es Sie da noch, Frau Ministerin, dass manche Vertreter von Jugendeinrichtungen Definitionen, wie sie in Artikel 27 zum Begleitausschuss stehen, als Gefahr für die Demokratie und die Selbstbestimmung sehen? Den Gegenvorschlag vonseiten der Verwaltungsräte der drei soeben erwähnten Jugendheime, der darauf abzielt, Artikel 11 zum Wirksamkeitsdialog anzupassen, können wir nur unterstützen. Leider sind Sie auch darauf nicht eingegangen, Frau Ministerin.

Zum Abschluss möchte ich noch auf die im Dekret definierten Werkzeuge wie Sozialraumanalyse, Strategieplan, Leistungsauftrag und Erstellung eines Konzepts eingehen. Im Rahmen der Ausarbeitung des Jugenddekrets wurde eine sogenannte Jugendkonferenz organisiert. Sinn und Zweck dieser Veranstaltung sollte der Austausch der betroffenen Akteure aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Experten aus der Jugendarbeit sein. Dabei kamen auch die oben erwähnten Begriffe zur Sprache. So zumindest hatten es jedenfalls viele Besucher und auch ich selbst verstanden. Wir alle wurden jedoch eines Besseren belehrt. Es hätte ebenso gut eine Veranstaltung an einer Hochschule oder Universität sein können, wo Professoren und Experten über Jugendarbeit austauschen. Da aber diese Veranstaltung meines Wissens für Menschen gedacht war, die in der Jugendarbeit und -politik aktiv sind, interessiert uns vor allem die Frage: Was hat es den Besuchern gebracht? Nun, die leeren Leinwände im Flur, auf denen die Beteiligten zu den verschiedenen Fragen hätten antworten können, sagen einiges aus.

Die akademischen Vorträge haben meiner Meinung nach komplett am Ziel vorbeigeschossen, insofern es denn Ziel war, den Menschen an der Basis in ihrer täglichen Arbeit weiterzuhelfen bzw. gemeinsam über eine konkrete, fördernde Jugendpolitik auszutauschen. Ehrlich gesagt, stelle ich mir noch immer die Frage, ob Sie, Frau Ministerin, es nicht besser wissen oder ob womöglich noch etwas anderes dahintersteckt? Warum haben Sie diese Konferenz in dieser Form organisiert? Warum kam nichts Konkretes, die tägliche Arbeit Betreffendes zur Sprache? Warum wurde letzten Endes nur Unwesentliches bewegt? Ich habe manchmal den Verdacht, dass Sie im stillen Kämmerlein schon lange das ganze Dekret in der Schublade hatten und dessen

Verabschiedung so durchziehen wollten. Diese Veranstaltung und auch viele andere Gespräche kommen mir da wie eine Inszenierung vor. Ich möchte Ihnen das nicht unterstellen, doch ich verstehe den Sinn und Zweck solcher Veranstaltungen nicht. Viele Teilnehmer empfinden übrigens ähnlich. Dies gilt übrigens nicht nur für die Jugendkonferenz, denn viele Veranstaltungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft laufen nach diesem Schema ab. Seltsam finde ich es, dass man sich im Ministerium wundert, dass solche Veranstaltungen immer weniger Besucher anziehen. Manche Bürger, die für Gemeinschaftseinrichtungen arbeiten, fühlen sich immer öfter zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen gedrängt. Ob das wirklich hilfreich ist?

Die Jugendkonferenz hat rund 6.000 Euro gekostet, gebracht hat sie wenig. Sollten wir in Zukunft nicht die Betroffenen, die Jugendlichen, die Jugendarbeiter fragen: Was für Hilfe braucht ihr in eurer Arbeit? Welche Gesetze unterstützen euch? Warum gehen wir nicht auf die Menschen an der Basis ein und lassen sie sagen, was sie brauchen? Die Politik sollte dann den Rahmen unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls abstecken: also eine Politik von unten nach oben, anstatt von oben nach unten.

Sozialraumanalyse, Strategieplan, Leistungsauftrag und Definition von Konzepten können hilfreiche Werkzeuge sein. Sie sollten aber nicht überbewertet und zum Maß aller Dinge erklärt werden. Sie dort zur Pflicht zu machen, wo die eigentliche Arbeit mit den Jugendlichen auch ohne sie sehr gut funktioniert, ist fatal. Dabei geht es doch letzten Endes um die tagtägliche Arbeit mit den Jugendlichen vor Ort und um die Frage, wie wir diese Menschen dabei unterstützen und stärken können. Davon ist in diesem Dekret nicht viel zu spüren.

Die VIVANT-Fraktion ist nicht gegen ein Jugenddekret. Auch gibt es im vorliegenden Dekret zumindest positive Ansätze. Aus diesem Grund werden wir uns bei der Abstimmung zur Gesamtheit des Dokuments der Stimme enthalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Frau Schmitz das Wort.

FRAU SCHMITZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen von Regierung und Parlament! Das Jugenddekret, wie es uns heute zur Abstimmung vorliegt, hat einen langen Weg hinter sich. Es unterscheidet sich erheblich vom Ursprungsdokument. Viele Anregungen unterschiedlicher Akteure sind übernommen worden: die zahlreichen Bemerkungen aus den RdJ-Gutachten – die übrigens sehr fundiert ausgearbeitet waren –, die Inhalte aus dem Staatsratsgutachten und Anregungen aus weiteren Konzertierungen. Zudem wurden zahlreiche Abänderungsvorschläge eingereicht und vielen, zumindest denen von ECOLO, ist zugestimmt worden. Und trotzdem soll das Dekret nach dem Willen der CSP-Fraktion neu verfasst werden, da es angeblich in keiner Weise den Prinzipien, den Grundsätzen und den Werten der CSP entspricht.

Im Mittelpunkt des uns hier vorliegenden Dekrets sollte der Jugendliche stehen und nicht die Vereinbarkeit mit den Prinzipien oder Grundsätzen einer Partei. *(Allgemeiner Applaus)* Deshalb ist die ProDG-Fraktion der Frage nachgegangen, welchen Mehrwert das Jugenddekret für die jungen Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bringt.

Dazu nun einige Beispiele: Erstens, das Dekret geht vom jungen Menschen aus und integriert den ganzen Jugendsektor, d. h. die Jugendorganisationen, die Jugendinformationszentren, die Offene Jugendarbeit, den Jugendrat, die Jugendkommission, die Aus- und Weiterbildung von ehrenamtlichen und professionellen Jugendarbeitern und das Jugendbüro. Dies ist ein ganzheitlicher Ansatz im Sinne des Jugendlichen.

Zweitens, das Dekret baut auf dem Grundsatz der Partizipation als Grundbedingung für alle Jugendeinrichtungen auf. Dieser Ansatz kommt nicht nur dem Entschluss des Rates der Europäischen Union nach; er bindet den Jugendlichen bei der Gestaltung seines Lebensraums konkret ein.

Drittens, in Kooperation mit den Jugendorganisationen und unter Beteiligung junger Menschen – wie vom RdJ gefordert – wird die gesamte Regierung pro Legislaturperiode einen fachübergreifenden Strategieplan erstellen. Fachübergreifend heißt, dass auch Überlegungen aus den Bereichen Unterricht und Soziales einfließen werden. Schwerpunkte der Jugendarbeit, basierend auf Statistiken und Studien wie der KFN-Studie oder der Sozialraumanalyse, soll der Strategieplan beinhalten. Die Regierung setzt sich also Ziele und ist selbst für deren Umsetzung verantwortlich. Sie setzt einen langfristigen, nachhaltigen Rahmen, den der Jugendsektor und damit die Jugendlichen gestalten können.

Viertens, die Deutschsprachige Gemeinschaft macht die Jugendförderung zu einer politischen Priorität. Zukünftig werden jährlich 1,5 Millionen Euro in die Jugendarbeit fließen. Das ist eine Erhöhung von 20 % im Vergleich zu der bestehenden Förderung. Es ist bezeichnend, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten viel mehr Geld für die Jugendpolitik frei macht. Das kann für die Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur gut sein.

Fünftens, jede Jugendorganisation muss alle fünf Jahre ein Konzept ausarbeiten, das unter anderem die inhaltliche Arbeit der Organisation, ihre Schwerpunkte und ihre Zukunftsvision beinhaltet. Bis dato mussten die Jugendorganisationen einen Tätigkeitsbericht einreichen. Es steht also nicht mehr vorwiegend eine Auflistung von Tätigkeiten im Vordergrund, vielmehr geht es um die Festlegung von Zielen und Visionen. Der administrative Aufwand soll so klein wie möglich gehalten werden, indem das Ministerium als Vorlage ein Raster zum Konzept ausarbeitet. Außerdem wird das Jugendbüro bei der Erstellung des Konzepts begleitend zur Seite stehen. Qualität steht vor Quantität. Das kann den Jugendlichen nur zugutekommen.

Sechstens, sieben Schwerpunkte der Jugendarbeit werden im Dekret definiert. Kurz zusammengefasst: Die Entwicklung der Persönlichkeit und des Verantwortungsbewusstseins, eine sinnvolle Freizeitgestaltung und die Teilnahme der Jugendlichen als aktive und kritische Bürger sollen gefördert werden. Alle Jugendeinrichtungen müssen in ihrem Konzept vier dieser sieben Schwerpunkte benennen. Dies sorgt für Qualitätssicherung und wertet inhaltlich die Jugendarbeit auf. Dies hat übrigens nichts mit wachsender Einflussnahme der Regierung auf die inhaltliche Gestaltung der Jugendarbeit zu tun. Jede Jugendeinrichtung entscheidet selbst, welche Methode sie bei der Jugendarbeit anwendet. Natürlich kann sie selbst eigenverantwortlich Akzente setzen.

Siebtens, der jährlich stattfindende Wirksamkeitsdialog zwischen Vertretern der Jugendorganisationen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist ein neues Instrument. Die Regierung will in den Dialog treten, um über die Umsetzung des Konzepts, die Tätigkeiten des Vorjahrs und eventuelle Zusatzzuschüsse auszutauschen. Zudem soll über mögliche Probleme und mögliche Lösungsansätze diskutiert werden und sollen Zielvereinbarungen für das kommende Jahr festgelegt werden. Dies ermöglicht einen konstruktiven Austausch, der letzten Endes auch den Jugendlichen Nutzen bringen wird. Auch hier spricht die CSP-Fraktion völlig zu Unrecht von inhaltlicher Einmischung.

Für Professor Dr. Christian Pfeiffer, den Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, ist jedoch eine andere Schlussfolgerung klar: „Man muss sich ganz genau anschauen, was die Vereinigungen machen." Wer Steuergelder zur Bezuschussung dieser Organisationen ausgebe, habe auch das Recht und die Pflicht, Qualitätskriterien festzulegen und Qualität zu kontrollieren.

Achtens, die Bezuschussung bei Beschäftigung von Jugendarbeitern durch Jugendorganisationen wurde aufgestockt. Warum? Man hat festgestellt, dass durch die Einstellung von Jugendarbeitern bei großen Jugendorganisationen eine Verbesserung der Arbeit entsteht, weil sie die Arbeit der Ehrenamtlichen durch die Zuarbeit von pädagogischem Material und Methoden unterstützen. Außerdem wurden die

Pauschalzuschüsse für das Personal aufgrund der mit den Organisationen geführten Gespräche aufgestockt. So erhält zum Beispiel die KLJ ab Inkrafttreten des Jugenddekrets 19.000 Euro mehr Zuschuss.

Neuntens, das vorliegende Jugenddekret legt die Basis für die gleichermaßen von den Jugendlichen wie von den Akteuren gewünschte aufsuchende Jugendinformationsarbeit. Die strukturell geforderte Einbeziehung der Gemeinden bei aufgewerteter Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft schafft für die Jugendinformationszentren in Eupen und St. Vith neue Voraussetzungen. Sie können nun über die Arbeit in ihren Standorten hinaus, die Jugendlichen mit neuen Infos, Tipps und Hinweisen in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft versorgen - nämlich da, wo sie leben, ihre Freizeit verbringen und ihre Ausbildung absolvieren.

Bisher wurden Zweijahresverträge mit den Jugendinformationszentren abgeschlossen. Durch die neue fünfjährige Laufzeit gibt es zwei Vorteile: Zum einen wird eine bessere Vorbereitung und Koordinierung der Arbeit ermöglicht, zum anderen ist die Finanzierung der Zentren während fünf Jahren gesichert. Das schafft Planungssicherheit für die Jugendinformationszentren und gewährleistet nach den Prinzipien der europäischen Charta das Recht auf Information für den Jugendlichen.

Zehntens, die Offene Jugendarbeit hat als Ziel, zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beizutragen. Sie knüpft dabei an ihre Interessen und Bedürfnisse an und wird von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet.

Um also effektive Offene Jugendarbeit betreiben zu können, muss man aber die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen kennen. Dies gewährleistet die nun zu erstellende Sozialraumanalyse, auf die ich später noch eingehen werde. Wichtig ist, dass in der Offenen Jugendarbeit alle vier Methoden angewendet werden: die Projektarbeit, die Treffarbeit, die aufsuchende Arbeit und die Einzelfallhilfe. Nur so kann man so viele Jugendliche wie möglich erreichen.

Das große Ziel dieses Dekrets ist es, den Bedürfnissen der nicht organisierten Jugendlichen flächendeckend in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachzukommen. Auch in der Gemeinde, in der bisher noch keine Offene Jugendarbeit gewachsen ist, wird dies nun ermöglicht. Wer behauptet, dass dies keine Aufwertung für den Jugendsektor darstelle, der macht sich unglaubwürdig.

Elftens, die mobile Jugendarbeit, d. h. das Streetwork, ist im Jugendbüro angesiedelt und erfährt schon ab dem nächsten Jahr eine personelle Aufwertung, denn dann wird es zwei Streetworker geben. Die Streetworker begleiten und beraten junge Menschen in besonderer Lebenslage durch die Straßenarbeit, die Gruppenarbeit und die Einzelfallhilfe. Leider sind die Anforderungen auch in diesem Bereich in den letzten Jahren stark angestiegen, sodass fast nur noch die Einzelfallhilfe zum Tragen kommt. Mit dem Ziel, die Effizienz des Konzeptes „Streetwork" in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu steigern, fand am 22. November 2011 eine Tagung statt, die die Vernetzung zwischen den Diensten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorantreiben wollte.

Ich durfte an dieser Veranstaltung teilnehmen und war beeindruckt, wie zahlreiche Akteure konkrete Vorschläge zur Vernetzung, zur Notfallhilfe, zur Elternarbeit und zur Prävention beitragen können. Mit Spannung erwarte ich die Resultate der zuständigen Arbeitsgruppe, die unsere Vorschläge aus den Workshops aufgreifen und weiterentwickeln wird.

Im zweiten Teil meiner Rede möchte ich die Sozialraumanalyse näher beleuchten. Sie ist eine Methode, um den Bedarf im Jugendbereich zu erfassen. Sie stellt zukünftig die Basis für die Arbeit der Offenen Jugendarbeit dar. Ja, die Sozialraumanalyse ist eine aufwendige, aber lohnenswerte Sache. Der Jugendarbeiter lernt durch die Erstellung der Sozialraumanalyse, die im Wesentlichen eine aufsuchende Jugendarbeit ist, die Lebenswelten von Jugendlichen kennen, die selbst nicht den Treff aufsuchen. Er erfährt, welche Angebote sie nutzen, welche Bedürfnisse sie haben, was den jungen Menschen

fehlt, um ihre Fähigkeiten einzusetzen und ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Daneben kann der Jugendarbeiter eine Vielzahl von Kontakten knüpfen, die für seine Arbeit von Nutzen sein können. Das Wichtigste ist jedoch, dass viele Jugendliche den Jugendarbeiter ihrer Gemeinde und die Angebote der Offenen Jugendarbeit über diesen Weg kennenlernen.

Ein Vertrauensaufbau zwischen Jugendlichen und Jugendarbeiter kann nur im direkten Kontakt entstehen und kann für die Arbeit des Jugendarbeiters nur von Nutzen sein. Dies entkräftet die Kritik, dass Externe die Sozialraumanalyse durchführen sollen oder diese nur per Kanton umgesetzt werden soll. Außerdem werden die Jugendarbeiter von einer Fachkraft des Jugendbüros begleitet. Diese Begleitung besteht aus der Einarbeitung, der Beratung und der Unterstützung bei der Umsetzung und Auswertung der Daten und Erkenntnisse. Zudem wird ein Handbuch ausgearbeitet. Bei all diesen Unterstützungsmaßnahmen handelt es sich um ein Angebot, keineswegs um eine Verpflichtung. Der Jugendarbeiter kann die Offene Jugendarbeit allgemein in der Bevölkerung bekannter machen und eventuelle Vorurteile abbauen. So berichtete die Jugendarbeiterin der Gemeinde Lontzen, die in einer Pilotphase eine Sozialraumanalyse durchführte, dass die Jugendlichen in der Regel sehr positiv überrascht waren, dass sich jemand für sie und ihre Meinung interessierte; die Erwachsenen wären in diesem Punkt eher skeptisch gewesen.

Abschließend möchten wir noch eine Anregung von Kollege Meyer aus dem Ausschuss aufgreifen: Die Auswertung der Daten von externen Fachleuten auf diesem Gebiet oder von Soziologen mit dem Blick von außen erachten wir als wichtig und erstrebenswert. Ferner möchte ich betonen, dass die Sozialraumanalyse nur einen Teil der Arbeit des Jugendarbeiters ausmacht. Es muss weiterhin flexibel gearbeitet werden, kurzfristig auf den Bedarf eingegangen werden und Freiräume in der Arbeit müssen bestehen bleiben. Das widerspricht nicht den Zielen der Sozialraumanalyse.

Nun möchte ich noch auf einige Abänderungsvorschläge eingehen, die hinterlegt wurden. Die Mehrheitsfraktionen haben einen Abänderungsvorschlag hinterlegt, in dem die Gründung einer neuen Zuschusskategorie für Jugendorganisationen mit mindestens 50 Mitgliedern hinzugefügt wird. Die Vorgabe, dass eine Jugendorganisation für die Förderfähigkeit jährlich mindestens 100 Mitglieder nachweisen müsse, hätte etablierte Jugendgruppen – auch aufgrund des demografischen Wandels – vor Schwierigkeiten stellen können. Außerdem eröffnet dieser Abänderungsvorschlag auch neu gegründeten Organisationen die Möglichkeit einer Förderung. Dieser Abänderungsvorschlag wurde fraktionsübergreifend befürwortet. Wer also behauptet, auf den Mehrheitsrängen würden nur „Abnicker" sitzen, die die Gesetzesvorschläge der Regierung vorbehaltlos durchwinken, der irrt. Auch wir diskutieren und streiten inhaltlich, tun dies aber außerhalb dieses Hauses und treten hier geschlossen auf. Der eine oder andere Kompromiss muss dabei gefunden werden. Das ist gar nicht so einfach, aber das gehört dazu. Wichtig ist dabei, dem Koalitionspartner, dem Fraktionskollegen und dem Bürger gegenüber loyal zu bleiben. Letzterem und einzig ihm allein sind wir am Ende Rechenschaft schuldig.

Den Abänderungsvorschlägen der CSP-Fraktion konnten wir leider nicht zustimmen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Opposition Dekrete kritisch hinterfragt. Jedoch braucht eine sachliche und offene politische Kultur gute Ideen, die der Grundphilosophie des Dekrets entsprechen. Und die konnten wir leider nicht ausmachen. Im Gegensatz dazu war die ECOLO-Fraktion zu konstruktiven Vorschlägen bereit, denen wir teilweise zugestimmt haben bzw. denen wir nach begründeten Anpassungen zustimmen konnten. Soweit ich weiß, wurde seitens der VIVANT-Fraktion kein einziger Abänderungsvorschlag eingereicht. Das spricht für sich und dazu erübrigt sich jeder Kommentar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Jugendpolitik soll die Lebensverhältnisse von Jugendlichen unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Anliegen gestalten. Jugendpolitik muss daher vielfältig und offen sein, muss die Herausforderungen einer immer komplexer werdenden Lebenswelt erkennen und bewältigen. Jugendpolitik darf nicht verordnen, sie muss Ziele setzen, moderieren und fördern. Das uns vorliegende Jugenddekret bietet hierzu die nötigen Voraussetzungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei ProDG, der PFF und der SP*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die Regierung hat Frau Ministerin Weykmans das Wort.

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, mithilfe meiner Notizen zu den unterschiedlichen Themenblöcken auf alle Anmerkungen eingehen zu können.

Kommen wir zunächst zum Strategieplan, der sowohl von den Oppositions- als auch von den Mehrheitsfraktionen mehrfach erwähnt worden ist. Meines Erachtens ist der Strategieplan mehrheitlich als positives Instrument bewertet worden, das die Jugend in Zukunft zu einer politischen Priorität macht. Alle kommenden Regierungen müssen in einem Strategieplan Schwerpunkte in der Jugendpolitik setzen und sich an der praktischen Umsetzung dieses Plans messen lassen.

Die CSP-Fraktion hat gesagt, dass sie dem Strategieplan in der Form nicht zustimmen kann. Sie hat gefordert, dass auch der Jugendrat strukturell in die Ausarbeitung des Strategieplans eingebunden wird. In diesem Zusammenhang muss ich die CSP eines Besseren belehren, denn diese Einbindung des Jugendrates ist in Artikel 49 des Dekretentwurfs bereits als Aufgabe des Jugendrates festgehalten.

Natürlich kann man einen Strategieplan nicht einfach aus dem Ärmel schütteln; vielmehr beruht er auf Erhebungen, Daten, Studien und Sozialraumanalysen. Ich habe es eben eingehend dargelegt. Bevor der Strategieplan mit seinen konkreten Maßnahmen im Parlament hinterlegt wird, findet eine ausführliche Konzertierung mit allen Partnern statt. So ist es vorgesehen. Alle anderen Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit.

Die Sozialraumanalyse ist in der Tat ein Novum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es geht darum, die Jugendarbeit als Teil der Offenen Jugendarbeit in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedarfsorientiert zu organisieren. Die Offene Jugendarbeit wird natürlich gemeindespezifisch organisiert und wird dementsprechend auch gemeindespezifisch unterstützt. Hinzu kommt, dass in der Offenen Jugendarbeit immer professionelle Jugendarbeiter tätig sind, was bei den Jugendorganisationen nicht der Fall ist. Ich betone dies, weil in der Diskussion oftmals die Bemerkung gemacht wurde, dass die Ehrenamtlichen nicht in der Lage seien, eine Sozialraumanalyse durchzuführen. Wir reden in diesem Zusammenhang nicht von den ehrenamtlichen, sondern von den professionellen Jugendarbeitern, und zu deren Aufgaben gehört es, Sozialraumanalysen zu erstellen. Frau Schmitz hat das soeben erwähnt. Die Sozialraumanalyse ist somit keine verlorene Arbeit, sondern Teil der aufsuchenden Jugendarbeit, die laut Dekretentwurf im Rahmen der Offenen Jugendarbeit ebenfalls zu den Aufgaben des Jugendarbeiters gehört.

Die ECOLO-Fraktion war nicht ganz zufrieden mit dem, was im Dekretentwurf über das Streetwork steht. Ich möchte daran erinnern, dass wir immer gesagt haben, dass wir den Bedarf an Streetwork, an Einzelfallhilfe, an etwas Konkretem festmachen müssen. Genau das geschieht nun durch die Sozialraumanalyse. Natürlich können wir diesen Bedarf nur feststellen, wenn wir den Sozialraum der Jugendlichen analysiert haben. Wenn wir aufgrund der Sozialraumanalyse feststellen, dass in mehreren Gemeinden ein solcher Bedarf besteht, dann können wir das Streetwork in dieser Form auch einsetzen. Wenn wir jedoch davon ausgehen können, dass überall in der Offenen Jugendarbeit auch

aufsuchende Jugendarbeit stattfindet, dann kann bereits ein Großteil des Bedarfs an Streetwork dadurch aufgefangen werden.

Um bedarfsorientiert arbeiten zu können, benötigen wir die Sozialraumanalyse. Nur so können wir den Bedarf verifizieren. Ich sehe, dass Sie den Kopf schütteln, deswegen betone ich noch einmal, dass die Resultate der Sozialraumanalyse als Basis für die Bedarfsbestimmung dienen.

Die Durchführung der Sozialraumanalyse ist eine neue Aufgabe, die den Jugendarbeitern Mehrarbeit abverlangt. In der Gemeinde Lontzen haben wir in einem Pilotprojekt zum ersten Mal eine Sozialraumanalyse erstellt. Dabei haben wir uns auch von Experten aus Österreich begleiten lassen, die mit der Jugendarbeiterin und dem Jugendbüro die Resultate analysiert haben. Wenn das Projekt abgeschlossen ist, werden wir evaluieren, auf welche Herausforderungen man bei dieser Arbeit gestoßen ist und welche Hilfen wir den Jugendarbeitern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anbieten müssen, damit sie diese Aufgabe unter guten Voraussetzungen erfüllen können. Ich denke da an Weiterbildung und Begleitung, vor allem bei der Analyse der gesammelten Daten. Das sind Dinge, die wir gemeinsam mit den Akteuren vor Ort festlegen werden. Wir haben ja noch Zeit bis 2014.

Ich komme zum Konzept und zum Prinzip des Leistungsauftrags: Bei den Diskussionen hört man immer wieder den Vorwurf heraus, dass die Träger der Offenen Jugendarbeit ein Konzept erstellen müssten, dass vom Ministerium begutachtet und von der Regierung genehmigt werden müsse. Die Inhalte des Konzepts sind aber im Dekretentwurf genau festgelegt. Die Regierung oder das Ministerium werden folglich nichts anderes verlangen als das, was im Dekretentwurf steht. Alle anderen Aussagen entsprechen nicht der Wahrheit. Übrigens arbeiten wir bereits seit zehn Jahren nach diesem System, und das hat immer sehr gut funktioniert. Außerdem ist es auch nichts Neues, dass man im professionellen Bereich mit Konzepten arbeitet, dass man sich Ziele setzt und auch versucht, diese zu erreichen.

Wenn also die Träger der Offenen Jugendarbeit eine Sozialraumanalyse durchgeführt haben, deren Ergebnisse auswerten und dementsprechend ein Konzept ausarbeiten, das als Basis für den Leistungsauftrag mit klaren Zielvorgaben dient, dann ist das ein schlüssiges Vorgehen. Im Endeffekt geht es vor allem um eine qualitäts-, zukunfts- und bedarfsorientierte Jugendpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Der Dekretentwurf beschreibt diese Vorgehensweise ganz genau.

In diesem Zusammenhang möchte ich wie einige Fraktionssprecher bekräftigen, dass wir keineswegs in die Inhalte der Jugendarbeit eingreifen, sondern dass natürlich die Träger-VoG die inhaltlichen Schwerpunkte setzt. So wird es schon seit Beginn der Unterstützung der Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor 25 Jahren gehandhabt.

Angesprochen wurde auch die Flexibilität des Dekrets. Es ist in der Tat flexibel und kann sich an die Gegebenheiten in einer jeden Gemeinde anpassen. Es definiert ganz deutlich, wer die Partner sind – die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Gemeinde und die Träger-VoG – und wie die Jugendarbeit organisiert und finanziert wird.

Über die Leistungsaufträge, die wir bereits seit zehn Jahren erstellen, haben wir die Möglichkeit geschaffen, vor allem die lokale Ebene viel stärker in die Gestaltung der Jugendarbeit einzubeziehen. Übrigens sind die Leistungsaufträge und Konzepte nicht nur für die Orte gut, in denen es noch keine Jugendarbeit gibt. Im Gegenteil, auch die Akteure, die schon seit zehn oder zwanzig Jahren in der Jugendarbeit tätig sind, müssen bereit sein, sich neuen Qualitätsnormen anzupassen. Ich sehe keinen Grund, warum man dies in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich handhaben sollte. Das Dekret zur Förderung der Jugendarbeit hat auch nichts mit einer sozialistischen, sondern ganz einfach mit einer demokratischen Sichtweise zu tun.

Manche Jugendorganisationen argumentieren, dass sie bisher zwar immer anders, dafür aber auch gut funktioniert haben. Bei diesem Dekretentwurf geht es jedoch nicht um die Frage, ob eine Organisation gut oder schlecht arbeitet, sondern es wird ein Bezuschussungsprinzip definiert, das auf klaren Qualitätskriterien basiert, die es zu erfüllen gilt. Nicht mehr und nicht weniger. Ob dafür eine Träger-VoG gegründet wird oder eine andere VoG diese Aufgabe übernimmt, ist mir eigentlich relativ egal. Wichtig ist nur, dass es jemanden gibt, der für die inhaltliche Arbeit vor Ort verantwortlich zeichnet, und das ist für uns die Träger-VoG.

Die Kritiker des Dekretentwurfs sind der Meinung, manche Akteure seien bei den Konzertierungen übergangen worden, weil sie inhaltlich nicht mit allem einverstanden sind. Mit dieser Aussage machen sie es sich meines Erachtens sehr einfach. Bei der Ausarbeitung des Dekretentwurfs haben wir uns durchaus genügend Zeit gelassen; wir haben uns mit vielen Gesprächspartnern aus dem Jugendsektor konzertiert. Es hat also ein Dialog stattgefunden. Mit Ausnahme der kontroversen Auseinandersetzung in der hiesigen Presse hat der Entwurf einen völlig normalen Werdegang gekannt.

Ich habe den Eindruck, dass in der Diskussion administrative Maßnahmen wie die neue Bezuschussungsregelung instrumentalisiert werden, um Kritik am Inhalt zu üben und beispielsweise zu behaupten, die Autonomie der VoGs werde eingeschränkt. Ich hoffe, dass anhand meiner heutigen Darlegungen jeder verstanden hat, dass das nicht der Fall ist.

Das neue Jugenddekret zielt lediglich darauf ab, dass auf Gemeindeebene alle in der Jugendarbeit tätigen Akteure strukturell zusammenarbeiten. Wir können es uns nicht leisten, Leistungsaufträge pro Ortschaft vorzusehen. Das hieße ja, dass wir im Süden unserer Gemeinschaft 100 Leistungsaufträge erstellen müssten. Das wäre weder machbar noch sinnvoll. … (*Zwischenruf*) … Wir möchten die Ressourcen bündeln: diejenigen, die die Mittel für die Jugendarbeit bereitstellen, und diejenigen, die mit ihren Ideen die Inhalte der Jugendarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mitgestalten möchten. Das ist die Realität und nichts anderes.

Es ärgert mich, dass wir darüber diskutieren müssen, dass sich eine bestimmte Jugendorganisation nicht als VoG konstituieren will. Alle anderen Jugendorganisationen, auch jene, die ebenfalls Teil einer auf nationaler Ebene angesiedelten Jugendbewegung sind, haben damit kein Problem. Ich verstehe nicht, warum das für die KLJ ein Problem sein sollte. Die Gründung einer VoG tut doch der Tatsache, dass sie einem flämischen Dachverband mit Sitz in Leuven angehört, keinen Abbruch.

Hier geht es um ein formales Kriterium, beim dem das Gleichheitsprinzip eine ganz wichtige Rolle spielt. Unser Ziel ist es nicht, die Jugendarbeit inhaltlich gleichzuschalten, sondern dass alle, die in den Genuss der Bezuschussung seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft kommen möchten, diese vorgegebenen formalen Kriterien erfüllen. Um diese beiden Knackpunkte drehte sich die ganze Diskussion. Mit der Umsetzung der inhaltlichen Ziele des Jugenddekrets hat das jedoch nichts zu tun. Deshalb ärgert es mich, dass wir die ganze Zeit nur über Formfragen diskutieren und nicht darüber, was wir in Zukunft mit diesem Dekretentwurf für die jungen Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erreichen können. Es geht letzten Endes um die Kinder und Jugendlichen und um das, was die Jugendorganisationen, -einrichtungen und die Offene Jugendarbeit morgen schaffen können.

Auch die Behauptung, mit der Forderung, eine Träger-VoG zu gründen, gehe es uns darum, weniger Verwaltungsarbeit zu haben, ist absolut lächerlich. Es soll pro Gemeinde *eine* Träger-VoG geben, weil es auch nur *eine* Sozialraumanalyse, *ein* Konzept und *einen* Leistungsauftrag gibt und weil alle Akteure in der Jugendarbeit strukturell zusammenarbeiten müssen. Diese Zusammenarbeit wird in einer VoG gewährleistet. Für die starken Jugendorganisationen, die sich schon seit vielen Jahren in der Jugendarbeit engagieren und bereits viel Erfahrung gesammelt haben, dürfte das meines Erachtens kein großes Problem sein.

Das waren eigentlich die Hauptpunkte, auf die ich eingehen wollte. Herr Präsident, ich blicke gerade noch einmal auf meine Notizen, denn ich habe ja noch drei Minuten Redezeit zur Verfügung. Meines Erachtens bin ich jedoch auf alles eingegangen.

Die Regierung setzt mit diesem Dekret einen ganz klaren Schwerpunkt auf die Jugendförderung. Das tut sie nicht nur, indem sie sich bezüglich der Jugendförderpolitik

inhaltlich verpflichtet, sondern auch, indem sie mehr Geld für die Jugend investiert. Leider hat niemand erwähnt, dass in der Finanzierungstabelle, die bereits in der Haushaltsdebatte mehrfach angesprochen wurde, die diesbezüglichen Mittel in schwarzen Zahlen stehen. Das bedeutet, dass diese Mittel effektiv zur Verfügung stehen. Das ist eine gute Sache, die man auch einmal erwähnen sollte.

Ich hoffe, dass dieser Jugenddekretentwurf jetzt verabschiedet wird und ab dem 1. Januar 2012 in Kraft treten kann. Darauf freue ich mich. Ich danke Ihnen!
(*Applaus bei der PFF, der SP und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Möchte jemand die Gelegenheit zur Replik nutzen? Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Mertes das Wort.

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Herr Präsident, werte Mitglieder von Regierung und Parlament, werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Die Ministerin und der Redner der PFF-Fraktion sprachen von wissensbasierter Politikgestaltung. Wissen sollte *ein* Aspekt bei der Politikgestaltung sein. Wenn dies jedoch der einzige Aspekt ist, geschieht das, was mit dem Jugenddekretentwurf geschehen ist: Er ist einseitig. Es gibt andere Aspekte, die mindestens genauso bedeutend sind, wie zum Beispiel die Lebenserfahrung und die Menschlichkeit. Wohin uns rein wissensbasierte Vorgehensweisen führen, zeigt doch die Entwicklung in unserer Welt. Noch nie gab es so viele Experten, Sachverständige, Wissenschaftler usw. Unser Wissen hat uns jedoch nicht geholfen, die grundlegenden Probleme in der Welt zu lösen; und wir sägen trotzdem fleißig weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen. Außer den wissenschaftlichen Aspekten sollten wir uns meiner Meinung nach auch anderen Aspekten öffnen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Dokuments 86. Wenn unsere Prognosen stimmen, wird es recht kompliziert. Ich bitte Sie also um äußerste Konzentration.

Die Artikel 1 bis 3 sind mit 18 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen angenommen.

Artikel 4 ist mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Zu Artikel 5 hat die ECOLO-Fraktion zu Beginn der Plenarsitzung einen Abänderungsvorschlag hintergelegt. Es handelt sich um den Abänderungsvorschlag Nr. LXXV, veröffentlicht im Dokument 86 (2011-2012) Nr. 10. Frau Franzen hat dazu das Wort.

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Ich möchte unseren Abänderungsvorschlag kurz erklären. Wir schlagen vor, Artikel 5 dahin gehend abzuändern, dass auch die Bezuschussung von Jugendorganisationen, die einem nationalen Verband angeschlossen sind, möglich ist, sofern die Kontrolle der gewährten Zuschüsse durch die Regierung gewährleistet bleibt. Um diese Möglichkeit zu schaffen, müsste in Artikel 5 der Passus abgeändert werden, der vorschreibt, dass sich eine Jugendorganisation als VoG innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft konstituieren muss.

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ich schreite zur Abstimmung über den Abänderungsvorschlag.

Der Abänderungsvorschlag Nr. LXXV ist mit 9 Jastimmen gegen 13 Neinstimmen abgelehnt.

Artikel 5 in seiner ursprünglichen Form wird mit 13 Jastimmen gegen 9 Neinstimmen angenommen.

Die Artikel 6 und 7 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 8 ist mit 18 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen angenommen.

Die Artikel 9 bis 11 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 12 ist mit 18 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen angenommen.

Artikel 13 ist mit 13 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Artikel 14 ist mit 13 Jastimmen gegen 7 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 15 bis 22 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 23 bis 27 sind mit 16 Jastimmen gegen 6 Neinstimmen angenommen.

Artikel 28 ist mit 13 Jastimmen gegen 6 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 29 bis 38 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 39 bis 40 sind mit 13 Jastimmen gegen 7 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 41 bis 44 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 45 ist mit 13 Jastimmen gegen 7 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 46 ist mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 47 ist mit 13 Jastimmen gegen 7 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 48 ist mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 49 ist mit 13 Jastimmen gegen 6 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 50 bis 52 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 53 ist mit 13 Jastimmen gegen 7 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 54 bis 73 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Zu Artikel 74 liegt ein Abänderungsvorschlag der ECOLO-Fraktion vor. Es handelt sich um den Abänderungsvorschlag Nr. LXXVI, veröffentlicht im Dokument 86 (2011-2012) Nr. 10. Frau Franzen hat das Wort.

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Die Abänderungsvorschläge Nr. LXXVI und Nr. LXXVII gehören eigentlich zusammen. Es geht darum, dass man den unabhängigen Jugendzentren eine dreijährige Übergangszeit gewährt, um sich an die neuen Bedingungen anzupassen, so wie meine Kollegin Frau Arens es eben erklärt hat. Im Artikel 74 ist vorgesehen, dass die Jugendzentren bis Ende 2012 nach den jetzigen

Bedingungen bezuschusst werden. Diesen Passus würden wir gerne streichen. Dafür würden wir in Artikel 78 einen Passus einfügen, der vorsieht, dass die unabhängigen Jugendzentren bis Ende 2014, also maximal drei Jahre, Zeit haben, um zu einer VoG zusammenzuwachsen. Das sind unsere beiden Abänderungsvorschläge.

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ich schreite zur Abstimmung über den Abänderungsvorschlag zu Artikel 74.

Der Abänderungsvorschlag Nr. LXXVI ist mit 3 Jastimmen gegen 19 Neinstimmen abgelehnt.

Artikel 74 in seiner ursprünglichen Form wird mit 13 Jastimmen gegen 7 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Artikel 75 bis 78 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Zu Artikel 78.1 liegt ein Abänderungsvorschlag der ECOLO-Fraktion vor. Es handelt sich um den Abänderungsvorschlag Nr. LXXVII, veröffentlicht im Dokument 86 (2011-2012) Nr. 10, den Frau Franzen soeben bereits erklärt hat.

Ich schreite zur Abstimmung über den Abänderungsvorschlag.

Der Abänderungsvorschlag Nr. LXXVII ist mit 3 Jastimmen gegen 19 Neinstimmen abgelehnt.

Die Artikel 79 bis 81 sind mit 16 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 86 in seiner ursprünglichen Form.
Es stimmen mit Ja Frau N. ROTHEUDT, Herr F. SCHRÖDER, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, die Herren A. VELZ, J.-L. VELZ, F. CREMER, E. DANNEMARK, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG und Herr H.-D. LASCHET.
Es stimmen mit Nein Frau R. ARENS, die Herren K.-H. BRAUN, R. CHAINEUX, Frau P. CREUTZ, Herr L. FRANK, Frau F. FRANZEN und Herr P. MEYER.
Es enthalten sich der Stimme die Herren M. BALTER und A. MERTES.

Das Dekret ist mit 13 Jastimmen gegen 7 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.
(Vom Plenum verabschiedeter Text: Dokument 86 (2011-2012) Nr. 11)

Die Tagesordnung ist erschöpft. Die nächste Plenarsitzung findet am Donnerstag, dem 8. Dezember 2011 um 17 Uhr statt. Ich wünsche Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, und den Gästen im Zuschauerraum eine gute Heimfahrt. Vielen Dank für Ihr Interesse und noch einen schönen Abend! Ich schließe die heutige Sitzung.

Der Präsident schließt die Sitzung um 22.12 Uhr.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Eröffnung und Anwesenheiten 1

2. Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 3. Dezember 2009 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2010 – Dokument 5-HH2010-3. Anpassung (2011-2012) Nr. 2

   Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2010 – Dokument 6-HH2010-Endgültige Abrechnung (2011-2012) Nr. 3

   Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 9. Dezember 2010 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 – Dokument 5-HH2011-2. Anpassung (2011-2012) Nr. 3

   Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2012 – Dokument 4-HH2012-Festlegung (2011-2012) Nr. 5

   - Diskussion (Fortsetzung) 2
   - Organisationsbereich 50 – Gesundheit und Soziales 2
   - Organisationsbereich 40 – Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung, Kultur, Sport und Tourismus 28

3. Dekretentwurf zur Förderung der Jugendarbeit – Dokument 86 (2011-2012) Nr. 9

   - Diskussion und Abstimmung 48

4. Inhaltsverzeichnis 92